

# **Die Lösung - Phase 1:**

## **Die Umsetzung des Potsdamer Abkommens**

**Das Potsdamer Abkommen schafft den ewigen Frieden auf der gesamten Erde.**

Die Alliierten Mächte Groß-Britannien, die USA und die UdSSR haben am 02. August 1945 in Potsdam völkerrechtlich beschlossen und verkündet, den Feindstaat „Deutsches Reich“ - gleichbedeutend mit dem Staatsbegriff „Deutschland“ - nicht aufzulösen, sondern den handlungsunfähigen Staat für eine unbestimmte Dauer zu besetzen.

Zur völkerrechtlichen Beendigung des Kriegszustandes wurden am 02. August 1945 durch die hohen Mächte völkerrechtlichen Festlegungen vereinbart, die als „Mitteilung der Drei-Mächte Konferenz“ oder als „Potsdamer Abkommen“ völkerrechtlich verbrieft wurden.

Mitverantwortlich gemäß Teil II des Abkommens sind Frankreich und China.

**Die entrechteten Deutschen wurden** als besetzte Feinde in Teil III des Potsdamer Abkommens ihrerseits **ebenfalls in die Verantwortung dieser völkerrechtlichen Vereinbarung genommen!** Die Russische Föderation hat die Rechtsnachfolge der UdSSR angetreten.

Das **Potsdamer Abkommen** ist ein komplexes **völkerrechtlich-verbindliches Vertragswerk** zwischen den Alliierten Mächten Groß-Britannien, den Vereinigten Staaten von Amerika und der UdSSR - heute als Rechtsnachfolger die Russische Föderation **zur Ausrottung des Nazismus und Militarismus in den Besatzungszonen und der Beendigung des Kriegszustandes zwischen allen kriegsbeteiligten Nationen und Völkern.**

In Bezug auf Deutschland gilt seither völkerrechtlich folgendes:

**Der deutsche Nazismus und Militarismus müssen ausgerottet werden (Teil III). Dies soll in den Besatzungszonen vollzogen werden. Alle nationalsozialistischen Gesetze sollen aufgehoben und die Urheber, Repräsentanten und Anhänger zur Verantwortung gezogen werden.**

Von Deutschland soll nie wieder eine Gefahr für die freien Völker und den Welt-Frieden ausgehen. Dies wurden völkerrechtlich-verbindliche Vereinbarungen, die in den jeweiligen Besatzungszonen hätten vollzogen werden müssen.

**Zu gegebener Zeit soll schließlich eine geeignete Regierung für ganz Deutschland eingesetzt werden mit dem Ziel der Entgegnahme und Zeichnung von Friedensverträgen zur Beendigung des Kriegszustandes (Teil II).**

**Zur völkerrechtlichen Umsetzung der Potsdamer Beschlüsse aus Teil III wurden die indigenen Deutschen und deren Nachfahren auch nach dem 08. Mai 1945 bis heute in diesen völkerrechtlichen Prozess rechtsverbindlich eingebunden:**

Die Deutschen wurden in ihrer Gesamtheit für den blinden Gehorsam und die offene Billigung der nationalsozialistischen Herrschaft und deren Verbrechen mitverantwortlich gemacht (Teil III).

Ihre völkerrechtlich-auferlegte Aufgabe ist es, unablässig ihren Willen auf die Erreichung der Ziele des Potsdamer Abkommens auszurichten.

Erfüllung der völkerrechtlichen Verantwortung der Vertragsparteien -

**Die Deutschen betreffend:**

*Teil III Deutschland (Original-Wortlaut)*

„Alliierte Armeen führen die Besetzung von ganz Deutschland durch und das **deutsche Volk** fängt an, die furchtbaren Verbrechen zu büßen, die unter der Leitung derer, welche es zurzeit ihrer Erfolge offen gebilligt hat und denen es **blind gehorcht** hat, begangen wurden. Auf der Konferenz wurde eine Übereinkunft erzielt über die politischen und wirtschaftlichen Grundsätze der gleichgeschalteten Politik der Alliierten in Bezug auf das besiegte Deutschland in der Periode der alliierten Kontrolle.

Das Ziel dieser Übereinkunft bildet die Durchführung der Krim-Deklaration über Deutschland. **Der deutsche Militarismus und Nazismus werden ausgerottet, und die Alliierten treffen nach gegenseitiger Vereinbarung in der Gegenwart und in der Zukunft auch andere Maßnahmen, die notwendig sind, damit Deutschland niemals mehr seine Nachbarn oder die Erhaltung des Friedens in der ganzen Welt bedrohen kann.**

(...)Entsprechend der Übereinkunft über **das Kontrollsystem in Deutschland** wird die **höchste Regierungsgewalt in Deutschland** durch die Oberbefehlshaber der Streitkräfte der Vereinigten Staaten von Amerika, des Vereinigten Königreichs, der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der Französischen Republik nach den Weisungen ihrer entsprechenden Regierungen ausgeübt **und zwar von jedem in seiner Besatzungszone** sowie gemeinsam in ihrer Eigenschaft als Mitglieder des Kontrollrates in den Deutschland als Ganzes betreffenden Fragen. (...)“

„Es ist nicht die Absicht der Alliierten, das deutsche Volk zu vernichten oder zu versklaven. Die Alliierten wollen dem deutschen Volk die Möglichkeit geben, sich darauf vorzubereiten, sein Leben auf einer demokratischen und friedlichen Grundlage von neuem wieder aufzubauen. **Wenn die eigenen Anstrengungen des deutschen Volkes unablässig auf die Erreichung dieses Zieles gerichtet sein werden, wird es ihm möglich sein, zu gegebener Zeit seinen Platz unter den freien und friedlichen Völkern der Welt einzunehmen.**“

Die Umsetzung der beschlossenen politischen Grundsätze der Entnazifizierung und Entmilitarisierung Deutschlands ist somit völkerrechtliche Pflicht und Verantwortung der Alliierten Mächte und auch für die indigenen Deutschen geworden.

**Dazu wurden Entnazifizierungsvorschriften völkerrechtlich-verbindlich erlassen wie zum Beispiel das umfangreiche „Gesetz Nr. 104 zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus“. Diese Beschlüsse gelten bis heute fort!**

Hinweis zur Gültigkeit unter anderem im Artikel 139 des sog. Grundgesetzes für die angloamerikanische Besatzungsverwaltung „Bundesrepublik Deutschland“ („BRD“):

**„Fortgelten der Vorschriften über Entnazifizierung:**

**Die zur „Befreiung des Deutschen Volkes vom Nationalsozialismus und Militarismus“ erlassenen Rechtsvorschriften werden von den Bestimmungen dieses Grundgesetzes nicht berührt.“**

Durch diesen unveränderten völkerrechtlichen Zustand sind die indigenen Deutschen auch heute noch völkerrechtlich-verbindlich aufgefordert und verpflichtet, unablässig ihren friedfertigen und freiheitlichen Willen zur Abkehr vom Nationalsozialismus, Militarismus zwecks Erfüllung des Potsdamer Abkommens zu zeigen!

Dieser Verpflichtung kommt die Nationale Befreiungsbewegung Deutschland vom Nazismus und Militarismus - staatenlos.info als deutsche Minderheit mit aller Entschlossenheit unablässig nach.

Die alliierten Siegermächte USA, Großbritannien und die Russische Föderation als Rechtsnachfolger der UdSSR sind gemäß diesem völkerrechtlichen Sachstand zur Umsetzung der politischen Grundsätze (Teil III) verpflichtet und darüber hinaus auch dazu verpflichtet (Teil II und Teil III), die unablässigen Bemühungen dieser deutschen Minderheit völkerrechtlich anzuerkennen!

Erfüllung der völkerrechtlichen Verantwortung der Vertragsparteien -  
Die insgesamt fünf Alliierten Mächte betreffend:

**„Teil II: Die Einrichtung eines Rates der Außenminister (originaler Wortlaut)**

Die Konferenz erreichte eine Einigung über die Errichtung eines Rates der Außenminister, welche die fünf Hauptmächte vertreten zur Fortsetzung der notwendigen vorbereitenden Arbeit zur friedlichen Regelung und zur Beratung anderer Fragen, welche nach Übereinstimmung zwischen den Teilnehmern in dem Rat der Regierungen von Zeit zu Zeit an den Rat übertragen werden können. Der Text der Übereinkunft über die Errichtung des Rates der Außenminister lautet:

1. Es ist ein Rat zu errichten, bestehend aus den Außenministern des **Vereinigten Königreiches, der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, Chinas, Frankreichs und der Vereinigten Staaten von Amerika.** (...)

3. (I) Als eine vordringliche und wichtige Aufgabe des Rates wird ihm **aufgetragen, Friedensverträge für Italien, Rumänien, Bulgarien, Ungarn und Finnland aufzusetzen**, um sie den Vereinten Nationen vorzulegen und Vorschläge zur Regelung der ungelösten territorialen Fragen, die in Verbindung mit der Beendigung des Krieges in Europa entstehen, auszuarbeiten. **Der Rat wird zur Vorbereitung einer friedlichen Regelung für Deutschland benutzt werden, damit das entsprechende Dokument durch die für diesen Zweck geeignete Regierung Deutschlands angenommen werden kann, nachdem eine solche Regierung gebildet sein wird.“**

Quelle: [https://www.1000dokumente.de/pdf/dok\\_0011\\_pot\\_de.pdf](https://www.1000dokumente.de/pdf/dok_0011_pot_de.pdf)

## **Bekanntmachung!**

Die Nationale Befreiungsbewegung Deutschland - staatenlos.info als Vertreter der deutschen Minderheit,

- ihrer völkerrechtlich-verbindlichen Verantwortung nachkommend,
- ausgerichtet auf das hohe Ziel zur Erfüllung des Potsdamer Abkommens
- in dem unablässigen Bestreben,
- die Entnazifizierung und Entmilitarisierung Deutschlands in seiner völkerrechtlich beschlossenen Wirkung herbeizuführen,
- entschlossen die erfolgreich vollzogenen Täuschungen der alten und der neuen Nazi-Teufel zu offenbaren,
- der Zensur und politischen Verfolgung zum Trotze,
- der Wahrheit verpflichtet und ihrer Vernunft öffentlich Gebrauch machend nach bestem Wissen und Gewissen,
- im fortdauernden Bemühen die nationale und internationale Öffentlichkeit über den tatsächlichen und offenkundigen völkerrechtlichen Sachstand aufzuklären,
- macht hiermit der internationalen Weltgemeinschaft, den alliierten Mächten, insbesondere den Vertretern der Russischen Föderation als Rechtsnachfolger der UdSSR und somit Hauptsiegermacht über Deutschland das Folgende bekannt:

**Die Nationale Befreiungsbewegung Deutschland - staatenlos.info - als deutsche Minderheit ist bereit, ihren Teil der völkerrechtlichen Verantwortung wahrzunehmen!**

Sie lehnt den Nazismus und Militarismus aus tiefsten Herzen ab und begrüßt die Beschlüsse des Potsdamer Abkommen ausdrücklich!

Die Nationale Befreiungsbewegung Deutschland - staatenlos.info - die deutsche Minderheit erkennt hiermit das internationale Völkerrecht und die völkerrechtlichen Ergebnisse in Bezug auf Deutschland vom 02. August 1945 vollständig an!

Der Fortbestand der „deutschen Staatsangehörigkeit“ vom 05. Februar 1934 und die Anwendung nationalsozialistischer Gesetzgebung sind nicht hinnehmbar! Der blinde Gehorsam ist Ihnen fremd!

Die deutsche Minderheit und deren Nationale Befreiungsbewegung – Deutschland staatenlos.info - besteht aus frei-denkenden, wohlwollenden, natur- und gottverbundenen Menschen, die für eine friedliche Welt der freien Völker eintreten.

Wohlwissend, dass die hohen Vertreter der alliierten Mächte und deren Verbündete mit der Besatzungsverwaltung „Bundesrepublik Deutschland“ handelsrechtliche Verträge abgeschlossen haben und wirtschaftliche Beziehungen pflegen, ist eine schrittweise Umgestaltung der hoheitlichen Befugnisse unter Rücksichtnahme wirtschaftlicher Interessen sehr verständlich.

Weil aber die Erfüllung des Potsdamer Abkommens den dauerhaften Kriegszustand beenden kann, wird die Bürgerinitiative Nationale Befreiungsbewegung Deutschland - staatenlos.info - isoliert, medial verächtlich gemacht, politisch verfolgt, kriminalisiert, sabotiert und bedroht. Deren völkerrechtliche Aufklärungsarbeit wird massiv behindert bzw. unterdrückt.

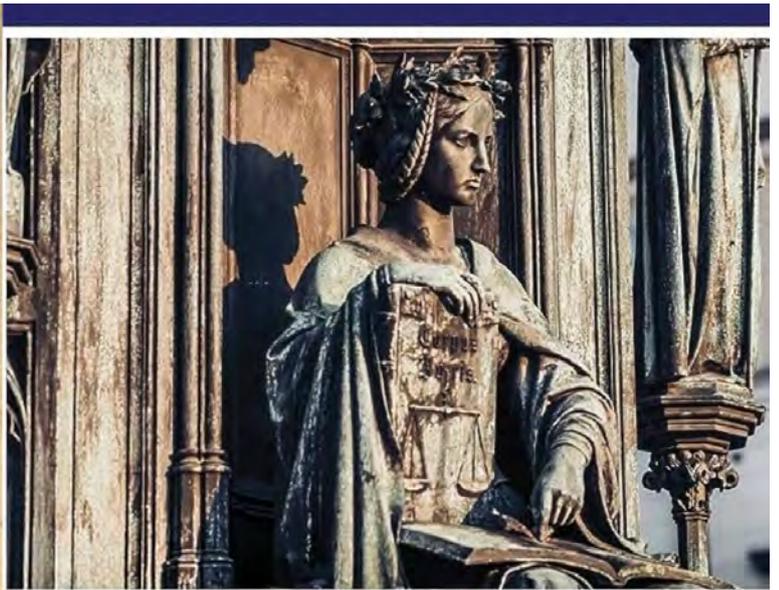
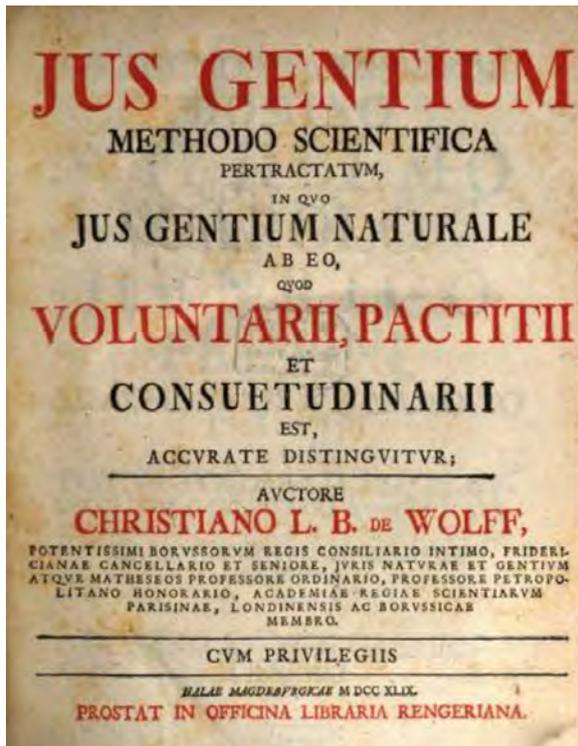
Den letzten überlebenden indigenen Deutschen muss bei Ihren Bemühungen, das Potsdamer Abkommen ihrerseits umzusetzen, umgehend geholfen werden, bevor die Nazi-Teufel ihr mörderisches Vernichtungswerk in Deutschland vollendet haben!

Die heutigen modernen Nazis und deren Auftraggeber versuchen diesen Vorgang mit allen Mitteln zu verhindern.

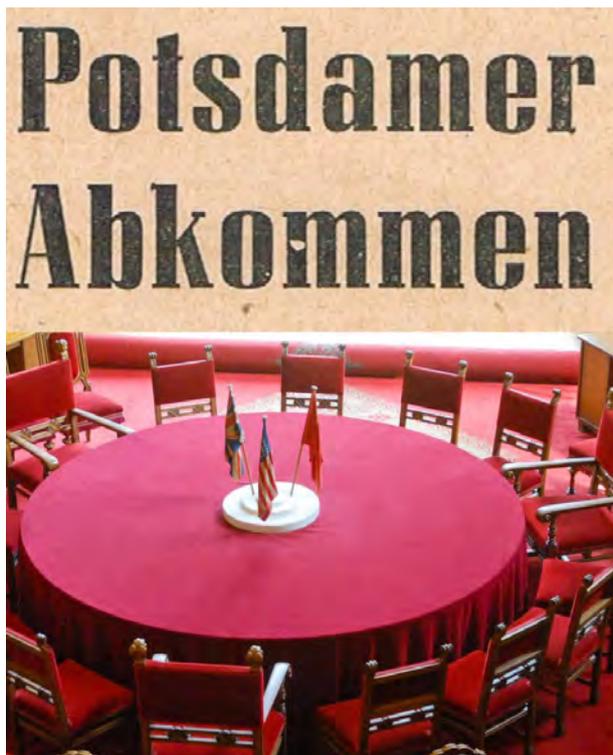
Die Nazi-Teufel führen listig und heimtückisch den aktiven und profitablen Kriegszustand mit dem fortbestehenden „Nazi-Deutschland“ fort, um ihre eigenen, satanisch-niederer Weltherrschaftsziele zu verfolgen.

<b>POTSDAMER ABKOMMEN</b>	<p><b>Nazi-Deutschland besteht bis heute weiter fort!</b></p> <p><b>Das angloamerikanische BRD-Besatzungsregime ist nicht Deutschland!</b></p> <p><b>Der „Zweite Weltkrieg“ wurde bis heute NICHT beendet!</b></p> <p><b>Artikel 139 Grundgesetz für die BRD:</b></p> <p><b>Fortgelten der Vorschriften über Entnazifizierung!</b></p> <p><b>=</b></p> <p><b>Das völkerrechtliche Potsdamer Abkommen muss umgesetzt werden!</b></p> <p><b>staatenlos.info</b></p>
	

Die Deutschen sind eine absolute Minderheit auf deutschem Boden und durch die satanische Umerziehung der fremden Mächte an Körper, Geist und Seele schwer erkrankt. Bis auf abzählbar wenige Ausnahmen sind die meisten restlichen Deutschen der psychologischen Kriegsführung zum Opfer gefallen und haben sich der Herrschaft der Satane aus Nützlichkeit, Feigheit, Boshaftigkeit und niederen Beweggründen unterworfen. Somit ist nur die nationale Befreiungsbewegung Deutschlands vom Nazismus und Militarismus - staatenlos.info -, der einzige Rest der Deutschen, der volkssouverän handeln kann und ist bereit seinen Teil der Verantwortung für Heimat und Weltfrieden zu übernehmen!



## Völkerrecht ius gentium



**Der völkerrechtliche Hergang zur Entstehung des  
bis heute völkerrechtlich-verbindlichen Potsdamer Abkommens  
vom 02.08.1945**



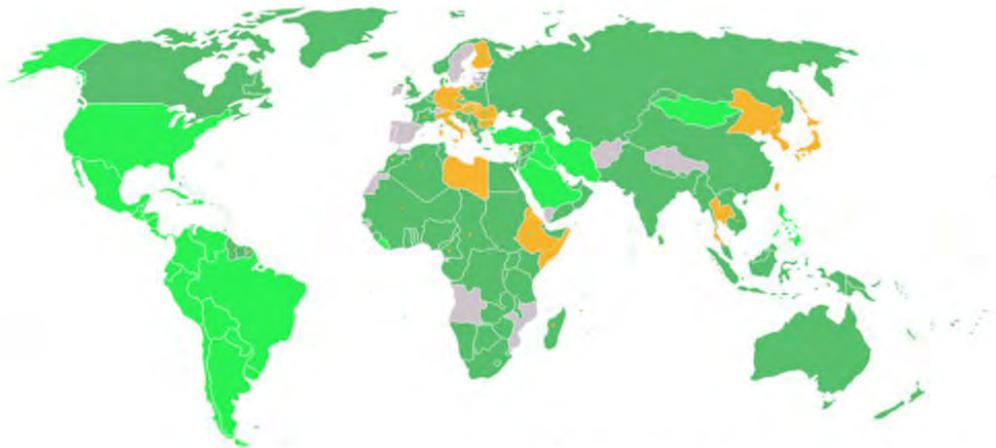
**Die Ursache...**

Quelle: <https://www.dhm.de/lemo/kapitel/ns-regime/aussenpolitik/der-dreimaechtepakt.html>



# Kriegführende Staaten im Zweiten Weltkrieg

**Kriegführende Staaten im Zweiten Weltkrieg** gehörten mehrheitlich einem der beiden großen Bündnisse an, dem von Deutschland geführten einerseits („Achse“ oder Dreimächtepakt) oder dem, das sich aus der britisch-französischen Zusammenarbeit entwickelt hat (Alliierte). Einige Staaten haben nur gegen einen Teil des gegnerischen Bündnisses Krieg geführt, und manche haben während des Krieges die Seite gewechselt.



Quelle: [https://de.wikipedia.org/wiki/Kriegf%C3%BChrende\\_Staaten\\_im\\_Zweiten\\_Weltkrieg](https://de.wikipedia.org/wiki/Kriegf%C3%BChrende_Staaten_im_Zweiten_Weltkrieg)



# Dreimächtepaktstaaten und Verbündete

Staat	Kriegseintritt		
Deutsches Reich	1. September 1939	Königreich Bulgarien	19. April 1941
Slowakische Republik	1939	Unabhängiger Staat Kroatien	1941
Republik Finnland	30. November 1939	Königreich Rumänien	22. Juni 1941
Königreich Italien	10. Juni 1940	Kaiserreich Japan	7. Juli 1937 bzw. 7. Dezember 1941
Königreich Ungarn	11. April 1941	Kaiserreich Mandschukuo	1936 bzw. 7. Dezember 1941
Königreich Bulgarien	19. April 1941	Königreich Thailand	21. Dezember 1941
Unabhängiger Staat Kroatien	1941	Italienische Sozialrepublik	23. September 1943

## **Krim-Konferenz (auch Konferenz von Jalta genannt) am 11. Februar 1945**

Mitteilung über die Konferenz der Chefs der drei Alliierten Mächte Sowjetunion, Vereinigte Staaten von Amerika und Großbritannien auf der Krim 11. Februar 1945

# Konferenz von Jalta

---

Die **Konferenz von Jalta** (auch **Krim-Konferenz**) war ein diplomatisches Treffen der alliierten Staatschefs Franklin D. Roosevelt (USA), Winston Churchill (Vereinigtes Königreich) und Josef Stalin (UdSSR) im auf der Krim gelegenen Badeort Jalta vom **4. bis zum 11. Februar 1945.**



Quelle: [https://de.wikipedia.org/wiki/Konferenz\\_von\\_Jalta](https://de.wikipedia.org/wiki/Konferenz_von_Jalta)

### ***I. Niederwerfung Deutschlands***

**Wir haben die militärischen Pläne der drei Alliierten Mächte für die endgültige Niederwerfung des gemeinsamen Feindes erwogen und festgesetzt.** (...) Ein voller Austausch von Informationen hat stattgefunden. Zeitliche Folge, Umfang und Koordinierung von neuen und noch kraftvolleren, gegen das Herz Deutschlands von Osten, Westen, Norden und Süden her von unseren Heeres- und Luftstreitkräften zu führenden Schlägen sind in vollem Einvernehmen beschlossen und in allen Einzelheiten geplant worden. (...)

Das nationalsozialistische Deutschland ist dem Untergang geweiht. Dem deutschen Volk wird seine Niederlage nur noch teurer zu stehen kommen, wenn es versucht, einen hoffnungslosen Widerstand fortzusetzen.

### ***II. Besetzung und Kontrolle***

Wir sind über die gemeinsame Politik und Planlegung zur Durchführung der Bestimmungen der bedingungslosen Kapitulation übereingekommen, die wir gemeinsam dem nationalsozialistischen Deutschland auferlegen werden, nachdem der bewaffnete deutsche Widerstand endgültig gebrochen ist. Diese Bestimmungen werden erst bekanntgegeben werden, wenn die endgültige Niederwerfung Deutschlands vollzogen ist. (...)

Es ist unser unbeugsamer Wille, den deutschen Militarismus und Nationalsozialismus zu zerstören und dafür Sorge zu tragen, dass Deutschland nie wieder imstande ist, den Weltfrieden zu stören. Wir sind entschlossen, alle deutschen Streitkräfte zu entwaffnen und aufzulösen; den deutschen Generalstab, der wiederholt die Wiederaufrichtung des deutschen Militarismus zuwege gebracht hat, für alle Zeiten zu zerschlagen; sämtliche deutschen militärischen Einrichtungen zu entfernen oder zu zerstören; die gesamte deutsche Industrie, die für militärische Produktion benutzt werden könnte, zu beseitigen oder unter Kontrolle zu stellen; alle Kriegsverbrecher vor Gericht zu bringen und einer schnellen Bestrafung zuzuführen sowie eine in gleichem Umfang erfolgende Wiedergutmachung der von den Deutschen verursachten Zerstörungen zu bewirken; die Nationalsozialistische Partei, die nationalsozialistischen Gesetze, Organisationen und Einrichtungen zu beseitigen, alle nationalsozialistischen und militärischen Einflüsse aus den öffentlichen Dienststellen sowie dem kulturellen und wirtschaftlichen Leben des deutschen Volkes auszuschalten und in Übereinstimmung miteinander solche Maßnahmen in Deutschland zu ergreifen, die für den zukünftigen Frieden und die Sicherheit der Welt notwendig sind. Es ist nicht unsere Absicht, das deutsche Volk zu vernichten, aber nur dann, wenn der Nationalsozialismus und Militarismus ausgerottet sind, wird für die Deutschen Hoffnung auf ein würdiges Leben und einen Platz in der Völkergemeinschaft bestehen.

(...)

## **VI. Über Polen**

Wir sind zur Krim-Konferenz zusammengekommen, um unsere Meinungsverschiedenheiten in der polnischen Frage beizulegen. (...) Es wurde folgendes Abkommen erzielt: In Polen ist mit der vollständigen Befreiung durch die Rote Armee eine neue Lage entstanden. (...) Nach Ansicht der Chefs der drei Regierungen soll die Ostgrenze Polens entlang der Curzonlinie verlaufen, wobei sie in einigen Gebieten 5 bis 8 km zugunsten Polens davon abweichen soll. Die drei Regierungschefs erkennen an, dass Polen einen beträchtlichen Gebietszuwachs im Norden und im Westen erhalten muss. Sie sind der Ansicht, dass die Meinung der neuen polnischen Regierung der Nationalen Einheit über den Umfang dieses Gebietszuwachses zu gegebener Zeit einzuholen ist und dass die endgültige Festlegung der Westgrenze Polens bis zur Friedenskonferenz zurückzustellen ist.

## **IX. Einigkeit im Frieden wie im Kriege**

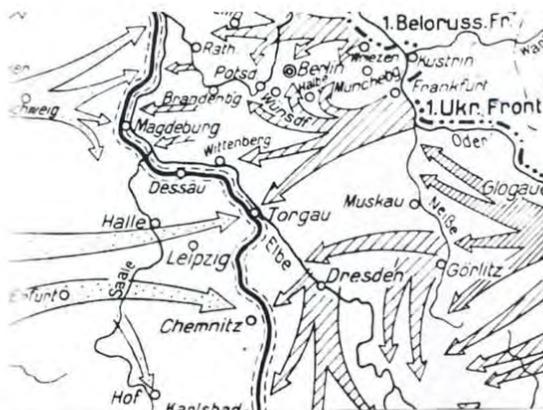
Unsere Zusammenkunft hier auf der Krim hat unseren gemeinsamen Entschluss von neuem bestätigt, die Einheitlichkeit der Zielsetzung und des Vorgehens, welche den Vereinten Nationen den Sieg in diesem Krieg ermöglicht und gesichert hat, im kommenden Frieden aufrechtzuerhalten und zu stärken. Wir glauben, dass dies eine heilige Pflicht ist, deren Erfüllung unsere Regierungen ihren eigenen Völkern sowie den Völkern der Welt schulden. Nur durch fortlaufende und wachsende Zusammenarbeit und Verständigung unter unseren drei Ländern und unter allen friedliebenden Nationen können die höchsten Bestrebungen der Menschheit verwirklicht werden, nämlich ein sicherer und dauerhafter Frieden, der, in den Worten

der Atlantik-Charta, «Gewähr dafür bietet, dass alle Menschen in allen Ländern ihr Leben frei von Furcht und Not verbringen können». Wir sind der Ansicht, dass der Sieg in diesem Kriege und die Gründung der vorgeschlagenen internationalen Organisation die größte Gelegenheit in der Geschichte bieten wird, in den kommenden Jahren die für einen solchen Frieden wesentlichen Voraussetzungen zu schaffen.

(Dieser Bericht ist von Winston S. Churchill, Franklin D. Roosevelt und J. W. Stalin unterzeichnet.)

QUELLE Amtsblatt des Kontrollrats in Deutschland, Ergänzungsblatt Nr. 1, Berlin (1946), S. 4f.; (Teheran, Jalta, Potsdam. Dokumentensammlung), Moskau 1967, S. 141 ff. (Übersetzung der Abschnitte IV, VI, VII und VIII: Dr. Eduard Ullmann, Berlin.)

Wenige Tage zuvor, am 25. April 1945, waren die Einheiten der Sowjetarmee in der Nähe von Torgau mit Einheiten der amerikanischen Truppen zusammengetroffen. Am gleichen Tage trat die Konferenz der Vereinten Nationen zusammen, um die Charta dieser Weltorganisation auszuarbeiten.



1975 by Staatsverlag der DDR, Berlin 3., durchgesehene Auflage 1980, VLN 610 DDR LSV 0436 Lektor: Brigitte Schiek Einbandgestaltung: Hans Döhmel  
 Typografie: Rosemarie Lebek Printed in the German Democratic Republic  
 Gesamtherstellung: Staatsdruckerei der Deutschen Demokratischen Republik (Rollenoffsetdruck) Bestell-Nr. 771 312 0 EVP 10,00 Mark

Quelle: <https://de.wikipedia.org/wiki/Debellatio>

## Debellatio

Mit **Debellatio** bzw. **Debellatio** (lat.: „vollständige Besiegung, Kriegsbeendigung“; *bellum* ‚Krieg‘, auch **kriegerische Niederwerfung**) bezeichnet man das durch vollständige Zerstörung und militärische Niederringung eines feindlichen **Staates** herbeigeführte Ende eines **Krieges**.



### 09. Mai 1945 Kapitulation der Wehrmacht:

**Debellatio = Das Ende des Krieges wird HERBEIGEFÜHRT, doch muss die Beendigung des Kriegszustandes zuletzt auch völkerrechtlich vollzogen werden!**

## Die militärische Kapitulationsurkunde

8. Mai 1945

1. Wir, die hier Unterzeichneten, die wir im Auftrage des Oberkommandos der Deutschen Wehrmacht handeln, übergeben hiermit bedingungslos dem Obersten Befehlshaber der Alliierten Expeditionstreitkräfte und gleichzeitig dem Oberkommando der Roten Armee alle gegenwärtig unter deutschem Befehl stehenden Streitkräfte zu Lande, zu Wasser und in der Luft.
2. Das Oberkommando der Deutschen Wehrmacht wird unverzüglich allen deutschen Land-, See- und Luftstreitkräften und allen unter deutschem Befehl stehenden Streitkräften den Befehl geben, die Kampfhandlungen um 23.01 Uhr mitteleuropäischer Zeit am 8. Mai 1945 einzustellen, in den Stellungen zu verbleiben, die sie in diesem Zeitpunkt innehaben, und sich vollständig zu entwaffnen, indem sie ihre Waffen und Ausrüstung den örtlichen alliierten Befehlshabern oder den von den Vertretern der obersten alliierten Militärführung bestimmten Offizieren übergeben. Kein Schiff, Seefahrzeug oder Flugzeug irgendeiner Art darf zerstört werden, noch dürfen Schiffsrümpfe, maschinelle Einrichtungen oder Geräte, Maschinen irgendwelcher Art, Waffen, Apparaturen und alle technischen Mittel zur Fortsetzung des Krieges im Allgemeinen beschädigt werden.
3. Das Oberkommando der Deutschen Wehrmacht wird unverzüglich den zuständigen Befehlshabern alle von dem Obersten Befehlshaber der Alliierten Expeditionstreitkräfte und dem Oberkommando der Roten Armee erlassenen zusätzlichen Befehle weitergeben und deren Durchführung sicherstellen.
4. Diese Kapitulationserklärung stellt kein Präjudiz für an ihre Stelle tretende allgemeine Kapitulationsbestimmungen dar, die durch die Vereinten Nationen oder in deren Namen festgesetzt werden und Deutschland und die Deutsche Wehrmacht als Ganzes betreffen werden.
5. Im Falle, dass das Oberkommando der Deutschen Wehrmacht oder irgendwelche unter seinem Befehl stehende Streitkräfte es versäumen sollten, sich gemäss den Bestimmungen dieser Kapitulationserklärung zu verhalten, werden der Oberste Befehlshaber der Alliierten Expeditionstreitkräfte und das Oberkommando der Roten Armee alle diejenigen Straf- und anderen Massnahmen ergreifen, die sie als zweckmässig erachten.
6. Diese Erklärung ist in englischer, russischer und deutscher Sprache aufgesetzt. Allein massgebend sind die englische und die russische Fassung. Unterzeichnet zu Berlin am 8. Mai 1945. *gez. v. Friedeburg gez. Keitel gez. Stumpff* Für das Oberkommando der Deutschen Wehrmacht In Gegenwart von: Für den Obersten Befehlshaber der Alliierten Expeditionstreitkräfte *gez. A.W. Tedder* Bei der Unterzeichnung waren als General, Oberstkommandieren der der Ersten Französischen Armee *gez. J. de Lattre-Tassigny* Für das Oberkommando der Roten Armee *gez. G. Shukow* Zeugen auch zugegen: Kommandierender General der Strategischen Luftstreitkräfte der Vereinigten Staaten *gez. Carl Spaatz*

QUELLE: *Amtsblatt des Kontrollrats in Deutschland, Ergänzungsblatt Nr. 1, Berlin (1946), S. 6.*



"Durch die, mit meiner Vollmacht am 9. Mai 1945 abgeschlossene bedingungslose Kapitulation der drei deutschen Wehrmachtsteile, hat weder das Deutsche Reich aufgehört zu bestehen, noch ist dadurch mein Amt als Staatsoberhaupt beendet worden.

Auch die von mir berufene geschäftsführende Regierung ist im Amt geblieben; mit ihr hat die alliierte Überwachungskommission in Flensburg bis zum 23. Mai im Geschäftsverkehr gestanden."

Quelle: *Vom Bismarck-Reich zum geteilten Deutschland.* Berlin : de Gruyter, 1960. (Deutsche Geschichte ; Band 6) Bühler, Johannes

## Debellatio

Quelle: <https://de.wikipedia.org/wiki/Debellatio>

Mit **Debellatio** bzw. **Debellatio** (lat.: „vollständige Besiegung, Kriegsbeendigung“; *bellum* ‚Krieg‘, auch *kriegerische Niederwerfung*) bezeichnet man das durch vollständige Zerstörung und militärische Niederrichtung eines feindlichen **Staates** herbeigeführte Ende eines Krieges.



Die Deutschen wurden ab 1945 als sog. "Entwaffnete Feinde" (engl. „Disarmed Enemy Forces“) im handlungsunfähigen Feindstaat Deutschland mit der „deutschen Staatsangehörigkeit“ vom 05.02.1934 entrechtet und entmachtet.

## Brief über die Rechtlosigkeit deutscher Kriegsgefangener unter der britischen Besatzungsmacht

<Status of Surrendered Enemy Forces.

A260, 28 Jun 45.  
GERMAN HQ

Reference your letter Br B Nr 7/45 dated 25 June 1945.

1. You have no legal status.
2. The term "Unconditional Surrender" means precisely what it say namely that GERMANS, both military and civilian, and others who have fought or been associated with the war against the Allies, have absolutely no s whatever.  
within the discretion of the Allies whether you Prisoners of War or as Surrendered Personnel, s may be changed from time to time according of the Allies.  
A or any other convention does not apply nor ed any Protecting Power, nor do you enjoy as vileges normally accorded to Prisoners of war.  
HQ have confirmed the above.



Lt Col, AAG  
21 Tk Bde Force.  
CMF  
[web05 Overmans, S.88]

<Der Status von feindlichen Streitkräften, die sich ergeben haben

Der deutsche Kommandeur eines Internierungslagers in Norddeutschland richtete die schriftliche Frage an den britischen Kommandeur, welchen Status er und seine Soldaten nach der Kapitulation besitzen. Am 28. Juni 1945 kam die schriftliche Antwort:

Ihren Brief Nr. 7/45 vom 25. Juni betreffend

1. Sie haben keinen Rechtsstatus.
2. Die Bezeichnung "Bedingungslose Kapitulation" meint genau, was sie sagt, nämlich, dass die Deutschen, sowohl Soldaten als auch Zivilisten, und alle anderen, die gekämpft haben oder mit den Deutschen im Krieg gegen die Alliierten verbündet waren, absolut keine Rechte oder irgendwelche Ansprüche haben.
3. Es liegt völlig im Ermessen der Alliierten, ob Sie als Kriegsgefangene oder entwaffnete Personen behandelt werden, und ihr Status kann von Zeit zu Zeit entsprechend den Wünschen der Alliierten geändert werden.
4. Die Genfer oder andere Konventionen werden nicht angewandt, noch erhalten Sie Schutz oder Rechte wie normale Kriegsgefangene.
5. Das alliierte Oberkommando ist von dieser Feststellung informiert worden.

Gez. XXX  
Oberstleutnant  
21. Panzerbrigade.>  
[web05 Overmans, S.89, Übersetzung von Herrn Overmans]

## Der Alliierte Kontrollrat

Alliiertes Kontrollrat / Gründung

# 5. Juni 1945



05. Juni 1945: Der Alliierte Kontrollrat übernimmt die Verantwortung für das gesamte Deutschland = das Deutsche Reich und ist die oberste Gewalt.

Feststellung seitens der Regierungen des Vereinigten Königreichs, der Vereinigten Staaten von Amerika und der Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken sowie der Provisorischen Regierung der Französischen Republik über das Kontrollverfahren in Deutschland

5. Juni 1945

1. Während der Zeit, in der Deutschland die sich aus der bedingungslosen Kapitulation ergebenden grundlegenden Forderungen erfüllt, wird in Deutschland die oberste Gewalt von den Oberbefehlshabern Grossbritanniens, der Vereinigten Staaten, Sowjetrusslands und Frankreichs auf Anweisung ihrer Regierungen ausgeübt, von jedem in seiner eigenen Besatzungszone und gemeinsam in allen Deutschland als ein Ganzes betreffenden Angelegenheiten. Die vier Oberbefehlshaber bilden zusammen **den Kontrollrat**. Jeder Oberbefehlshaber wird von einem politischen Berater unterstützt.

2. Der Kontrollrat, dessen Entscheidungen einstimmig getroffen werden müssen, trägt für eine angemessene Einheitlichkeit des Vorgehens der einzelnen Oberbefehlshaber in ihren entsprechenden Besatzungszonen Sorge und trifft im gegenseitigen Einvernehmen Entscheidungen über alle Deutschland als Ganzes betreffenden wesentlichen Fragen.

(...)

5. Die Verbindung zu den anderen hauptsächlich interessierten Regierungen der Vereinten Nationen wird durch Ernennung von Militärmissionen (denen auch Zivilpersonen angehören können) bei dem Kontrollrat seitens dieser Regierungen hergestellt. Diese Missionen haben zu den die Kontrolle ausübenden Dienststellen auf dem entsprechenden Dienstweg Zutritt.

6. Organisationen der Vereinten Nationen, sofern sie von dem Kontrollrat zur Betätigung in Deutschland zugelassen werden, sind dem Alliierten Kontrollapparat untergeordnet und ihm gegenüber verantwortlich.

7. Die Verwaltung des Gebietes von Gross-Berlin wird von einer Interalliierten Behörde geleitet, die unter der Leitung des Kontrollrates arbeitet und aus vier Kommandanten besteht, deren jeder abwechselnd als Hauptkommandant fungiert. Sie werden von einem Stab von Sachbearbeitern unterstützt, der die Tätigkeit der örtlichen deutschen Behörden überwacht und kontrolliert.

8. Die oben dargelegte Regelung gilt für die der deutschen Kapitulation folgende Besatzungszeit, innerhalb welcher Deutschland die sich aus der bedingungslosen Kapitulation ergebenden grundlegenden Forderungen erfüllt. Eine Regelung für die darauffolgende Zeit wird Gegenstand einer Sondervereinbarung bilden.

5. Juni 1945

QUELLE *Amtsblatt des Kontrollrats in Deutschland, Ergänzungsblatt Nr. 1, Berlin (1946), S. 10.*



## Das Potsdamer Abkommen ist völkerrechtlich verbindlich



(...) **Das Potsdamer Abkommen enthält als verbindliche Festlegungen vor allem: völlige Abrüstung und Entmilitarisierung Deutschlands, Verbot jeglicher nazistischer Tätigkeit und Propaganda, Säuberung des gesamten politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens von Naziaktivisten und Kriegsschuldigen, Bestrafung der Kriegsverbrecher, Zerschlagung der Macht des Monopolkapitals als des Hauptschuldigen an der Errichtung der faschistischen Diktatur und der Entfesselung des Aggressionskrieges, Aufbau demokratischer Selbstverwaltungsorgane, Förderung der demokratischen politischen Parteien wie überhaupt endgültige Umgestaltung des deutschen politischen Lebens auf demokratischer Grundlage.**

(...)

**Die konsequente Erfüllung des Potsdamer Abkommens entspricht voll und ganz den Lebensinteressen aller Völker, darunter auch des deutschen Volkes selbst. Die konkrete Verwirklichung der Forderungen, die es mit völkerrechtlicher Verbindlichkeit gestellt hatte, musste dabei Aufgabe des deutschen Volkes selbst sein.**

### Textauszüge-Quelle:

1975 Staatsverlag der DDR, Berlin 3., durchgesehene Auflage 1980 VLN 610 DDR LSV 0436 Lektor: Brigitte Schiek Einbandgestaltung: Hans Döhmel Typografie: Rosemarie Lebek Printed in the German Democratic Republic Gesamtherstellung: Staatsdruckerei der Deutschen Demokratischen Republik (Rollensetdruck) Bestell-Nr. 771 312 0 EVP 10,00 Mark

## Mitteilung über die Dreimächtekonferenz von Berlin vom 02. August 1945

<https://www.spsg.de/aktuelles/ausstellung/schloss-cecilienhof-und-die-potsdamer-konferenz/>



[AKTUELLES](#)

[SCHLÖSSER & GÄRTEN](#)

[FORSCHUNG & SAMMLUNGEN](#)

[UNTERSTÜTZEN & FÖRDERN](#)

[TAGEN & FEIERN](#)

[ÜBER UNS](#)



[Startseite](#) > [Aktuelles](#) > [Ausstellungen](#) > [Schloss Cecilienhof und die Potsdamer Konferenz](#)

### SCHLOSS CECILIENHOF UND DIE POTSDAMER KONFERENZ DIE DREIMÄCHTEKONFERENZ UND DAS POTSDAMER ABKOMMEN 1945



**1.** Am 17. Juli 1945 trafen sich der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika, Harry S. Truman, der Vorsitzende des Rates der Volkskommissare der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, Generalissimus J. W. Stalin, und der Premierminister Großbritanniens, Winston S. Churchill, sowie Herr Clement R. Attlee auf der von den drei Mächten beschickten Berliner Konferenz. Sie wurden begleitet von den Außenministern der drei Regierungen, W. M. Molotow, Herrn D. F. Byrnes und Herrn A. Eden, den Stabschefs und anderen Beratern. In der Periode vom 17. bis 25. Juli fanden neun Sitzungen statt. Darauf wurde die Konferenz für zwei Tage unterbrochen, an denen in England die Wahlergebnisse verkündet wurden. Am 28. Juli kehrte Herr Attlee in der Eigenschaft als Premierminister in Begleitung des neuen Außenministers, Herrn E. Bevin, zu der Konferenz zurück. Es wurden noch vier Sitzungen abgehalten. Während der Konferenz fanden regelmäßige Begegnungen der Häupter der drei Regierungen, von den Außenministern begleitet, und regelmäßige Beratungen der Außenminister statt. Die Kommissionen, die in den Beratungen der Außenminister für die vorherige Vorbereitung der Fragen eingesetzt worden waren, tagten gleichfalls täglich. Die Sitzungen der Konferenz fanden in Cecilienhof bei Potsdam statt.

Die Konferenz schloss am 2. August 1945. Es wurden wichtige Entscheidungen und Vereinbarungen getroffen. Es fand ein Meinungs austausch über eine Reihe anderer Fragen statt. Die Beratung dieser Probleme wird durch den Rat der Außenminister,

der auf dieser Konferenz geschaffen wurde, fortgesetzt. Präsident Truman, Generalissimus Stalin und Premierminister Attlee verlassen diese Konferenz, welche das Band zwischen den drei Regierungen fester geknüpft und den Rahmen ihrer Zusammenarbeit und Verständigung erweitert hat, mit der verstärkten Überzeugung, dass ihre Regierungen und Völker, zusammen mit anderen Vereinten Nationen, die Schaffung eines gerechten und dauerhaften Friedens sichern werden.

## ***II. Die Errichtung eines Rates der Außenminister***

Die Konferenz erreichte eine Einigung über die Errichtung eines Rates der Außenminister, welche die fünf Hauptmächte vertreten, zur Fortsetzung der notwendigen vorbereitenden Arbeit zur friedlichen Regelung und zur Beratung anderer Fragen, welche nach Übereinstimmung zwischen den Teilnehmern in dem Rat der Regierungen von Zeit zu Zeit an den Rat übertragen werden können.

**Der Text der Übereinkunft über die Errichtung des Rates der Außenminister lautet:**

1. Es ist ein Rat zu errichten, bestehend aus den Außenministern des Vereinigten Königreichs, der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, Chinas, Frankreichs und der Vereinigten Staaten von Amerika. (...)

3. (I) Als eine vordringliche und wichtige Aufgabe des Rates wird ihm aufgetragen, Friedensverträge für Italien, Rumänien, Bulgarien, Ungarn und Finnland aufzusetzen, um sie den Vereinten Nationen vorzulegen und Vorschläge zur Regelung der ungelösten territorialen Fragen, die in Verbindung mit der Beendigung des Krieges in Europa entstehen, auszuarbeiten.

**Der Rat wird zur Vorbereitung einer friedlichen Regelung für Deutschland benutzt werden, damit das entsprechende Dokument durch die für diesen Zweck geeignete Regierung Deutschlands angenommen werden kann, nachdem eine solche Regierung gebildet sein wird.**

### **Hinweis zum Teil II**

**Die im Teil II ebenfalls völkerrechtlich-verbindliche Planlegung zur Aufsetzung von Friedensverträgen für Italien, Rumänien, Bulgarien, Ungarn und Finnland ist in den Folgejahren ab 1946 umgesetzt worden!**

**Die völkerrechtliche Umsetzung Teil II und Teil III in Bezug auf Deutschland wurden bis heute nicht erfüllt. Der völkerrechtliche Kriegszustand mit Nazi-Deutschland wurde bis heute nicht beendet.**

# Pariser Friedenskonferenz 1946

Die **Pariser Friedenskonferenz** war eine Konferenz in Paris vom **29. Juli bis zum 15. Oktober 1946** der im Zweiten Weltkrieg alliierten und assoziierten Mächte einerseits sowie Italien und den ehemaligen Verbündeten der Achsenmächte andererseits.<sup>[1][2][3][4][5]</sup>

Der Abschluss von Friedensverträgen mit Italien, Rumänien, Ungarn, Bulgarien und Finnland war im Sommer 1945 auf der Potsdamer Konferenz im Hinblick auf eine Aufnahme in die Organisation der Vereinten Nationen vereinbart<sup>[6]</sup> und das Verfahren in einem Kommuniqué des Rats der Außenminister vom Dezember 1945 konkretisiert worden.<sup>[7][8]</sup>

Da an der Konferenz 33 Staaten teilnahmen, von denen 21 stimmberechtigt waren, wird sie auch *Konferenz der 21 Nationen* genannt.<sup>[9][10]</sup> Die Konferenz gab den Staaten, die sich aktiv am Krieg gegen die Achsenmächte beteiligt hatten, Gelegenheit, zu den Vertragsentwürfen der Großmächte Stellung zu nehmen.<sup>[11]</sup>

Die Anti-Hitler-Koalition, vor allem die Sowjetunion, die Vereinigten Staaten und Großbritannien, verhandelten auf dieser Konferenz die Friedensbedingungen mit den europäischen Kriegsgegnern Italien, Rumänien, Ungarn, Bulgarien und Finnland. Italien blieb von den Beratungen ausgeschlossen. Ähnlich wie bei der Londoner Vorkonferenz durfte Ministerpräsident Alcide De Gasperi lediglich eine Ansprache halten.<sup>[12]</sup>

**Die am 10. Februar 1947 in Paris unterzeichneten Verträge beendeten den Kriegszustand zwischen den Vertragsparteien, regelten den Abzug der alliierten Besatzungstruppen und die Repatriierung\* der Kriegsgefangenen.**

\*von spätlateinisch repatriare „ins Vaterland zurückkehren“  
steht für: Zurückführung von Kriegs- oder Zivilgefangenen in die Heimat

Quelle: [https://de.wikipedia.org/wiki/Pariser\\_Friedenskonferenz\\_1946](https://de.wikipedia.org/wiki/Pariser_Friedenskonferenz_1946)

# Friedensvertrag von San Francisco

Quelle: [https://de.wikipedia.org/wiki/Friedensvertrag\\_von\\_San\\_Francisco](https://de.wikipedia.org/wiki/Friedensvertrag_von_San_Francisco)

Der **Friedensvertrag von San Francisco** (englisch *Treaty of Peace with Japan*, japanisch 日本国との平和条約, *Nihon-koku to no heiwa jōyaku*, wörtlich: „Friedensvertrag mit dem Staat Japan“) vom 8. September 1951 war Schlusspunkt der am 1. September 1951 in San Francisco eröffneten Friedenskonferenz. Er gab Japan auf den japanischen Hauptinseln und weiteren Inseln die volle Souveränität zurück und beendete dadurch offiziell die Besatzungszeit (1945–1952). Er wurde am 8. September 1951 unterzeichnet und trat am 28. April 1952 in Kraft.

49 Länder unterschrieben das Dokument. Allerdings fehlten wichtige Länder – nach Ausbruch des Kalten Krieges – auf der Konferenz oder verweigerten ihre Unterschrift, so beispielsweise die Volksrepublik China, die Sowjetunion und Indien. Mit den auf die Insel Taiwan geflüchteten Vertretern der Republik China wurde darauf folgend am Tag des Inkrafttretens des Friedensvertrages von San Francisco am 28. April 1952 ein separater Friedensvertrag (Vertrag von Taipeh) geschlossen, der in grundsätzlichen Fragen mit dem Vertrag von San Francisco übereinstimmt. Der Premierminister der Volksrepublik, Zhou Enlai, veröffentlichte am 18. September 1952 eine Erklärung, in der er den Friedensvertrag als illegal und ungültig bezeichnete. Mit der Volksrepublik China kam es im Jahr 1978 zum Abschluss eines Friedensvertrags. Friedensverhandlungen mit der Sowjetunion (und ab 1991 mit der Russischen Föderation) sind immer wieder an offenen Fragen gescheitert

Durch den Vertrag von San Francisco wurde der Zweite Weltkrieg im pazifischen Raum (Pazifikkrieg) auch diplomatisch beendet, und Japan gab die Rolle als imperiale Vormacht in Süd-Ost-Asien auf. Der Vertrag beruft sich in vielen Punkten auf die Charta der Vereinten Nationen und die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, um die Ziele der Alliierten zu unterstreichen und das Schicksal Japans in die Hände der Internationalen Gemeinschaft zu legen. Ziel der Vereinbarung war auch, Japans Aufnahme in die UNO vorzubereiten, das bei der Gründung sechs Jahre zuvor noch als Feindstaat betrachtet wurde (siehe UN-Feindstaatenklausel).



**Die Konferenz von San Francisco, auch bekannt als United Nations Conference on International Organization, fand vom 25. April 1945 bis zum 26. Juni 1945 statt.**

Die Konferenz erarbeitete die Charta der Vereinten Nationen, die am 26. Juni 1945 von 50 alliierten Staaten unterzeichnet wurde.

Nach der Erklärung der Atlantik-Charta 1941 durch die Vereinigten Staaten von Amerika und Großbritannien kam es durch die Mitarbeit der Sowjetunion und der Republik China an der neuen Friedensordnung nach dem Zweiten Weltkrieg zur Moskauer Deklaration der vier Mächte. Es sollte schnellstmöglich eine allgemeine, auf dem Prinzip der souveränen Gleichheit aller friedliebenden Staaten aufbauende Organisation zur Aufrechterhaltung des Friedens und der internationalen Sicherheit geschaffen werden.

Während des Zweiten Weltkriegs hatten sich die Völker, die sich gegen Deutschland, Italien, Japan und die von ihnen abhängigen Staaten verbündet hatten, als „Vereinte Nationen“ verstanden und bezeichnet.

Aus diesen Bündnissen sollte nun eine Organisation aller Nationen der Welt werden.

Quelle: [https://de.wikipedia.org/wiki/Konferenz\\_von\\_San\\_Francisco](https://de.wikipedia.org/wiki/Konferenz_von_San_Francisco)

## Die Nürnberger Prozesse



**Sie fanden vom 20. November 1945 bis 14. April 1949 statt und umfassten den Nürnberger Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher sowie mehrere sogenannte Nürnberger Nachfolgeprozesse.**

Quelle: <https://www.lpb-bw.de/nuernberger-prozesse>

**Die völkerrechtlich-verbindlichen Regelungen in Bezug auf den Feindstaat "Deutschland" = Deutsches Reich (Abschnitt III) des Potsdamer Abkommens vom 02.08.1945**

Die alliierten Siegermächte haben den Deutschen, aufgrund der offenen Billigung der Nazi-Führung und des blinden Gehorsams, die Verantwortung für die Verbrechen des Nationalsozialismus mit übertragen.

## Mitteilung über die Dreimächtekonzferenz von Berlin

2. August 1945 1 Allgemein unter der Bezeichnung «Potsdamer Abkommen» bekannt (d. Hrsg.).

### III Deutschland

Alliierte Armeen führen die Besetzung von ganz Deutschland durch, und das deutsche Volk fängt an, die furchtbaren Verbrechen zu büßen, die unter der Leitung derer, welche es zurzeit ihrer Erfolge offen gebilligt hat und denen es blind gehorcht hat, begangen wurden. Auf der Konferenz wurde eine Übereinkunft erzielt über die politischen und wirtschaftlichen Grundsätze der gleichgeschalteten Politik der Alliierten in Bezug auf das besiegte Deutschland in der Periode der alliierten Kontrolle. Das Ziel dieser Übereinkunft bildet die Durchführung der Krim-Deklaration über Deutschland. Der deutsche Militarismus und Nazismus werden ausgerottet, und die Alliierten treffen nach gegenseitiger Vereinbarung in der Gegenwart und in der Zukunft auch andere Massnahmen, die notwendig sind, damit Deutschland niemals mehr seine Nachbarn oder die Erhaltung des Friedens in der ganzen Welt bedrohen kann. Es ist nicht die Absicht der Alliierten, das deutsche Volk zu vernichten oder zu versklaven. Die Alliierten wollen dem deutschen Volk die Möglichkeit geben, sich darauf vorzubereiten, sein Leben auf einer demokratischen und friedlichen Grundlage von neuem wiederaufzubauen. Wenn die eigenen Anstrengungen des deutschen Volkes unablässig auf die Erreichung dieses Zieles gerichtet sein werden, wird es ihm möglich sein, zu gegebener Zeit seinen Platz unter den freien und friedlichen Völkern der Welt einzunehmen.

Der Text dieser Übereinkunft lautet: Politische und wirtschaftliche Grundsätze, deren man sich bei der Behandlung Deutschlands in der Anfangsperiode der Kontrolle bedienen muss:

#### A. Politische Grundsätze

1. Entsprechend der Übereinkunft über das Kontrollsystem in Deutschland wird die höchste Regierungsgewalt in Deutschland durch die Oberbefehlshaber der Streitkräfte der Vereinigten Staaten von Amerika, des Vereinigten Königreichs, der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der Französischen Republik nach den Weisungen ihrer entsprechenden Regierungen ausgeübt, und zwar von jedem in seiner Besatzungszone sowie gemeinsam in ihrer Eigenschaft als Mitglieder des Kontrollrates in den Deutschland als Ganzes betreffenden Fragen.
2. Soweit dies praktisch durchführbar ist, muss die Behandlung der deutschen Bevölkerung in ganz Deutschland gleich sein.
3. Die Ziele der Besetzung Deutschlands, durch welche der Kontrollrat sich leiten lassen soll, sind: (I) Völlige Abrüstung und Entmilitarisierung Deutschlands und die Ausschaltung der gesamten deutschen Industrie, welche für eine Kriegsproduktion benutzt werden kann, oder deren Überwachung. (...)

Die Nationalsozialistische Partei mit ihren angeschlossenen Gliederungen und Unterorganisationen ist zu vernichten; alle nationalsozialistischen Ämter sind aufzulösen; es sind Sicherheiten dafür zu schaffen, dass sie in keiner Form wieder auferstehen können; jeder nazistischen und militaristischen Betätigung und Propaganda ist vorzubeugen.

(IV) Die endgültige Umgestaltung des deutschen politischen Lebens auf demokratischer Grundlage und eine eventuelle friedliche Mitarbeit Deutschlands am internationalen Leben sind vorzubereiten.

4. Alle nazistischen Gesetze, welche die Grundlagen für das Hitlerregime geliefert haben oder eine Diskriminierung auf Grund der Rasse, Religion oder politischer Überzeugung errichteten, müssen abgeschafft werden. Keine solche Diskriminierung, weder eine rechtliche noch eine administrative oder irgendeiner anderen Art, wird geduldet werden.

5. Kriegsverbrecher und alle diejenigen, die an der Planung oder Verwirklichung nazistischer Massnahmen, die Greuel oder Kriegsverbrechen nach sich zogen oder als Ergebnis hatten, teilgenommen haben, sind zu verhaften und dem Gericht zu übergeben. Nazistische

**Parteiführer, einflussreiche Nazianhänger und die Leiter der nazistischen Ämter und Organisationen und alle anderen Personen, die für die Besetzung und ihre Ziele gefährlich sind, sind zu verhaften und zu internieren.**

**6. Alle Mitglieder der nazistischen Partei, welche mehr als nominell an ihrer Tätigkeit teilgenommen haben, und alle anderen Personen, die den alliierten Zielen feindlich gegenüberstehen, sind aus den öffentlichen oder halböffentlichen Ämtern und von den verantwortlichen Posten in wichtigen Privatunternehmungen zu entfernen. Diese Personen müssen durch Personen ersetzt werden, welche nach ihren politischen und moralischen Eigenschaften fähig erscheinen, an der Entwicklung wahrhaft demokratischer Einrichtungen in Deutschland mitzuwirken.**

(...)

**9. Die Verwaltung Deutschlands muss in Richtung auf eine Dezentralisation der politischen Struktur und der Entwicklung einer örtlichen Selbstverantwortung durchgeführt werden.**

Zu diesem Zwecke: (...)

(IV) **Bis auf weiteres wird keine zentrale deutsche Regierung errichtet werden.** Jedoch werden einige wichtige zentrale deutsche Verwaltungsabteilungen errichtet werden, an deren Spitze Staatssekretäre stehen, und zwar auf den Gebieten des Finanzwesens, des Transportwesens, des Verkehrswesens, des Außenhandels und der Industrie. Diese Abteilungen werden unter der Leitung des Kontrollrates tätig sein.

(...)

### ***IX Polen***

(...) b) Bezüglich der Westgrenze Polens wurde folgendes Abkommen erzielt: (...)

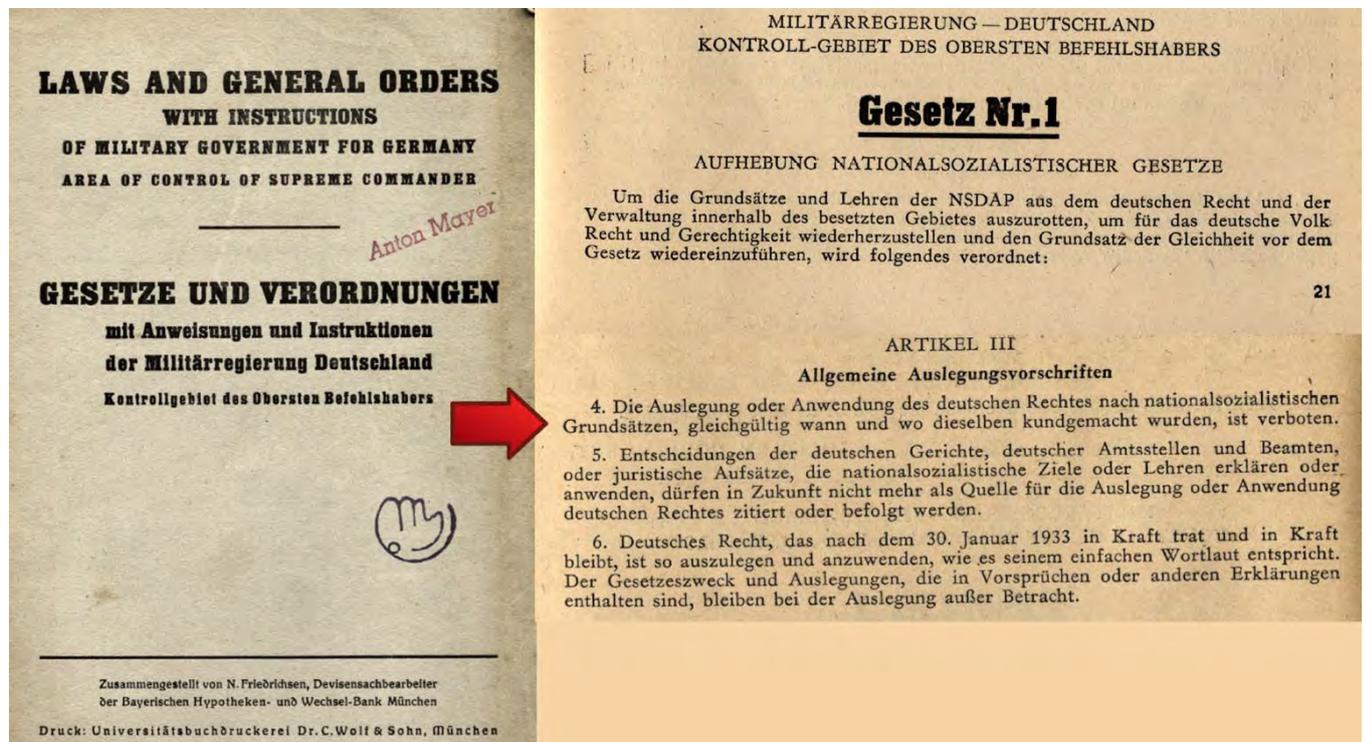
Die Häupter der drei Regierungen stimmen darin überein, dass **bis zur endgültigen Festlegung der Westgrenze Polens die früher deutschen Gebiete östlich der Linie, die von der Ostsee unmittelbar westlich von Swinemünde und von dort die Oder entlang bis zur Einmündung der westlichen Neiße und die westliche Neiße entlang bis zur tschechoslowakischen Grenze verläuft, einschließlich des Teiles Ostpreußens, der nicht unter die Verwaltung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in Übereinstimmung mit den auf dieser Konferenz erzielten Vereinbarungen gestellt wird, und einschließlich des Gebietes der früheren Freien Stadt Danzig, unter die Verwaltung des polnischen Staates kommen** und in dieser Hinsicht nicht als Teil der sowjetischen Besatzungszone in Deutschland betrachtet werden sollen.

(...)

#### Textauszüge-Quelle:

1975 Staatsverlag der DDR, Berlin 3., durchgesehene Auflage 1980 VLN 610 DDR LSV 0436 Lektor: Brigitte Schiek Einbandgestaltung: Hans Döhmel Typografie: Rosemarie Lebek Printed in the German Democratic Republic Gesamtherstellung: Staatsdruckerei der Deutschen Demokratischen Republik (Rollensetdruck) Bestell-Nr. 771 312 0 EVP 10,00 Mark

Entsprechend der völkerrechtlich-verbindlichen Beschlüsse der Alliierten Mächte vom 02.08.1945 wurde die Entnazifizierung Deutschlands = des Deutschen Reiches gesetzlich zu Wege gebracht.



## Kontrollratsdirektive Nr. 24

Entfernung von Nationalsozialisten und Personen, die den Bestrebungen der Alliierten feindlich gegenüberstehen, aus Ämtern und verantwortlichen Stellungen

vom 12. Januar 1946

geändert am 16. November 1946 (ABl. S. 228, ber. S. 287)

für die Bundesrepublik Deutschland außer Wirkung gesetzt durch  
Artikel 2 des Gesetzes Nr. A-37 der Alliierten Hohen Kommission vom 5. Mai 1955 (ABl. AHK S. 3268)

für die DDR außer Wirkung gesetzt durch  
Beschluß des Ministerrats der UdSSR über die Auflösung der Hohen Kommission der Sowjetunion in  
Deutschland vom 20. September 1955

Der Kontrollrat erläßt die folgende Direktive:

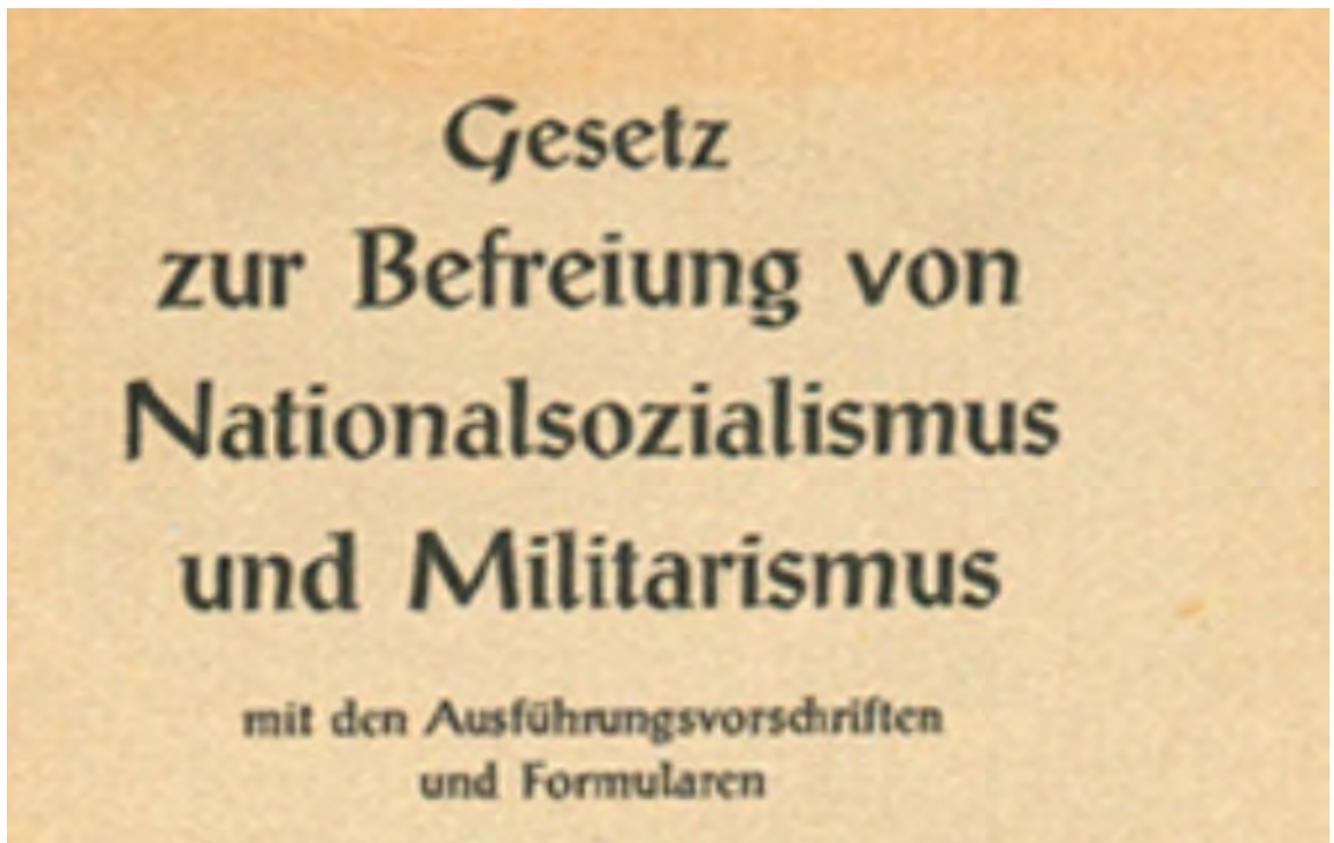
### 1. Zweck und Ziel

Die Dreimächte-Konferenz in Berlin stellte als Ziel der Besetzung Deutschlands unter anderem fest: Die Entfernung aller Mitglieder der Nationalsozialistischen Partei, die

ihr aktiv und nicht nur nominell angehört haben, und aller derjenigen Personen, die den Bestrebungen der Alliierten feindlich gegenüberstehen, aus öffentlichen und halböffentlichen Ämtern und aus verantwortlichen Stellungen in bedeutenden privaten Unternehmen. Diese sind durch solche Personen zu ersetzen, die nach ihrer politischen und moralischen Einstellung für fähig erachtet werden, die Entwicklung wahrer demokratischer Einrichtungen in Deutschland zu fördern.

Quelle: <https://www.verfassungen.de/de45-49/kr-direktive24.htm>

**Das bis heute geltende Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus (sog. "Befreiungsgesetz") als Möglichkeit für die Deutschen ihre Verantwortung zur Erfüllung des Potsdamer Abkommens wahrzunehmen und bei der Entnazifizierung des eigenen Staates entscheidend mitzuwirken.**



## Als der Alliierte Kontrollrat eine Direktive zur Entnazifizierung erließ

Das am 5. März 1946 in der amerikanischen Zone erlassene „Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus“ bildete den ernsthaften Versuch, die Entnazifizierung von über acht Millionen Parteimitgliedern in die Wege zu leiten.

(...)

Am 12. Oktober 1946 erließen die Militärgouverneure der vier Besatzungszonen ihre „Kontrollratsdirektive Nr. 38“.

(...)

Quelle: <https://www.deutschlandfunk.de/vor-75-jahren-als-der-alliierte-kontrollrat-eine-direktive-100.html>

### Kontrollratsdirektive Nr. 38

**Die Kontrollratsdirektive Nr. 38 war (IST!) eine vom Alliierten Kontrollrat am 12. Oktober 1946 erlassene Direktive zur Entnazifizierung in Deutschland. Sie betraf laut ihrem Titel die „Verhaftung und Bestrafung von Kriegsverbrechern, Nationalsozialisten und Militaristen und die Internierung, Kontrolle und Überwachung von möglicherweise gefährlichen Deutschen“.[1]**

In der amerikanischen Besatzungszone galt (GILT!) bereits seit dem 5. März 1946 das Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus (Befreiungsgesetz). **Die Direktive Nr. 38 sollte nun einem einheitlichen Vorgehen in den vier Besatzungszonen dienen, insbesondere bei den Spruchkammerverfahren. Im Kern ging es darum, die im Befreiungsgesetz vorgenommene Einteilung der „Verantwortlichen“ in fünf Gruppen für alle Besatzungszonen allgemeinverbindlich zu machen.[2]**

Quelle: [https://de.wikipedia.org/wiki/Kontrollratsdirektive\\_Nr.\\_38](https://de.wikipedia.org/wiki/Kontrollratsdirektive_Nr._38)

### Kontrollratsdirektive Nr. 38

Verhaftung und Bestrafung von Kriegsverbrechern, Nationalsozialisten und Militaristen und Internierung, Kontrolle und Überwachung von möglicherweise gefährlichen Deutschen  
vom 12. Oktober 1946

#### Abschnitt II

(Auszug)

**Artikel 1. Gruppen der Verantwortlichen.** Zur gerechten Beurteilung der Verantwortlichkeit und zur Heranziehung zu Sühnemaßnahmen (ausgenommen in dem unten folgenden Falle 5) werden folgende Gruppen gebildet:

**1. Hauptschuldige;**

**2. Belastete (Aktivisten, Militaristen und Nutznießer);**

**3. Minderbelastete (Bewährungsgruppe);**

**4. Mitläufer;**

**5. Entlastete (Personen der vorstehenden Gruppen, welche vor einer Spruchkammer nachweisen können, daß sie nicht schuldig sind).**

**Diese Direktive ist zwar gültig, muss aber wieder in Wirkung gesetzt werden! Das betrifft alle Rechtsgrundlagen, wie Gesetze, Direktiven und Verordnungen zur Entnazifizierung und Entmilitarisierung des weiter existierenden Nazi-Deutschlands!**

**Die komplette Direktive – Quelle: <https://www.verfassungen.de/de45-49/kr-direktive38.htm>**

## Gesetz Nr. 104 zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus

vom 5. März 1946

geändert durch

Gesetz Nr. 902 vom 23. Oktober 1947 (RegBl. S. 119)

Gesetz Nr. 922 vom 29. März 1948 (RegBl. S. 58)

Gesetz Nr. 923 vom 31. März 1948 (RegBl. S. 58)

1. Nationalsozialismus und Militarismus haben in Deutschland zwölf Jahre die Gewaltherrschaft ausgeübt, schwerste Verbrechen gegen das deutsche Volk und die Welt begangen, Deutschland in Not und Elend gestürzt und das Deutsche Reich zerstört. **Die Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus ist eine unerläßliche Vorbedingung für den politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Wiederaufbau.**

2. Während der vergangenen Monate, die der Kapitulation folgten, hat die Amerikanische Militärregierung die Entfernung und den Ausschluß von Nationalsozialisten und Militaristen aus der Verwaltung und anderen Stellen durchgeführt.

3. Der Kontrollrat hat am 12. Januar 1946 für ganz Deutschland Richtlinien für diese Entfernung und den Ausschluß in der [Anweisung Nr. 24](#) aufgestellt, die für die deutschen Regierungen und für das deutsche Volk verbindlich sind.

4. Das Gesetz Nr. 8 der Militärregierung einschließlich seiner ersten Ausführungsverordnung hat die Befreiung auf das Gebiet der gewerblichen Wirtschaft ausgedehnt und das Vorstellungsverfahren durch deutsche Prüfungsausschüsse eingeführt.

5. Die Amerikanische Militärregierung hat nunmehr entschieden, daß das deutsche Volk die Verantwortung für die Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus auf allen Gebieten mitübernehmen kann. Der Erfüllung der damit dem deutschen Volk übertragenen Aufgabe dient dieses Gesetz, das sich im Rahmen der [Anweisung Nr. 24](#) des Kontrollrates hält.

**Das komplette Gesetz – Quelle:** <https://www.verfassungen.de/bw/wuerttemberg-baden/befreiungsgesetz46.htm>

**Zitat Potsdamer Abkommen 2. August 1945:** „Es ist nicht die Absicht der Alliierten, das deutsche Volk zu vernichten oder zu versklaven. Die Alliierten wollen dem deutschen Volk die Möglichkeit geben, sich darauf vorzubereiten, sein Leben auf einer demokratischen und friedlichen Grundlage von neuem wieder aufzubauen.

**Wenn die eigenen Anstrengungen des deutschen Volkes unablässig auf die Erreichung dieses Zieles gerichtet sein werden, wird es ihm möglich sein, zu gegebener Zeit seinen Platz unter den freien und friedlichen Völkern der Welt einzunehmen.“**

**In allen vier Besatzungszonen wurden zusätzlich Beschlüsse zur Enteignung und völligen Entmachtung des faschistischen Monopolkapitals und der Großgrundbesitzer angenommen.**

Quelle: [https://de.wikipedia.org/wiki/Datei:Stimmzettel\\_Volksentscheid\\_Hessen\\_1946.png](https://de.wikipedia.org/wiki/Datei:Stimmzettel_Volksentscheid_Hessen_1946.png)

<b>Volksentscheid I</b> (Verfassung)		<b>Volksentscheid II</b> (Aufnahme des Artikels 41 in die Verfassung)	
Stimmen Sie für die von der Verfassungberatenden Landesversammlung am 29. Oktober 1946 verabschiedete Verfassung des Landes Hessen?		Stimmen Sie für die Aufnahme folgenden Artikels 41 in die Verfassung? „Mit Inkrafttreten dieser Verfassung werden	
		1. <b>in Gemeineigentum überführt:</b> der Bergbau (Kohlen, Kali, Erze), die Betriebe der Eisen- und Stahlerzeugung, die Betriebe der Energiewirtschaft, das an Schienen oder Oberleitungen gebundene Verkehrswesen,	
		2. vom Staate beaufsichtigt oder verwaltet: die Großbanken und Versicherungsunternehmen und diejenigen in Ziffer 1 genannten Betriebe, deren Sitz nicht in Hessen liegt. Das nähere bestimmt das Gesetz.	
		Wer Eigentümer eines danach in Gemeineigentum überführten Betriebes oder mit seiner Leitung betraut ist, hat ihn als Treuhänder des Landes bis zum Erlaß von Ausführungsgesetzen weiter zu führen.“	
<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Ja	Nein	Ja	Nein

## Volksabstimmung bestätigt Verfassung mit großer Mehrheit, 1. Dezember 1946

In Hessen findet die von der amerikanischen Militärregierung geforderte Abstimmung über den am 29. Oktober 1946 beschlossenen [Verfassungsentwurf](#) statt. Dabei stimmen 1.156.710 Wähler mit Ja (76,75 % der gültigen Stimmen) und 350.358 (23,25 %) mit Nein. 216.148 Stimmen sind ungültig. Über den Artikel 41 der Verfassung, der die Verstaatlichung der Großbetriebe betrifft, wird gesondert abgestimmt. Mit Ja stimmen dabei 1.081.124 Wähler (71,92 % der gültigen Stimmen), mit Nein 422.159 (28,08 %). 219.971 Stimmen sind ungültig. Damit ist dieser Artikel wie die Verfassung insgesamt angenommen.

<https://www.lagis-hessen.de/de/subjects/idrec/sn/edb/id/141>

### **Volksabstimmung bestätigt Verfassung mit großer Mehrheit, 1. Dezember 1946**

In Hessen findet die von der amerikanischen Militärregierung geforderte Abstimmung über den am 29. Oktober 1946 beschlossenen [Verfassungsentwurf](#) statt. Dabei stimmen 1.156.710 Wähler mit Ja (76,75 % der gültigen Stimmen) und 350.358 (23,25 %) mit Nein. 216.148 Stimmen sind ungültig. Über den Artikel 41 der Verfassung, der die Verstaatlichung der Großbetriebe betrifft, wird gesondert abgestimmt. Mit Ja stimmen dabei 1.081.124 Wähler (71,92 % der gültigen Stimmen), mit Nein 422.159 (28,08 %). 219.971 Stimmen sind ungültig. Damit ist dieser Artikel wie die Verfassung insgesamt angenommen.  
Quelle: <https://www.lagis-hessen.de/de/subjects/idrec/sn/edb/id/141>



Horst Schneider

## Was des Volkes Hände schaffen, soll des Volkes eigen sein



Der Volksentscheid über die Enteignung der Kriegs- und Naziverbrecher am 30. Juni 1946 in Sachsen

Quelle: <https://buchparadies24.de/details/42114/was-des-volkes-haende-schaffen-soll-des-volkes-eigen-sein-der-volksentscheid-ueber-die-enteignung-der>

Quelle: [https://de.wikipedia.org/wiki/Volksentscheid\\_in\\_Sachsen\\_1946](https://de.wikipedia.org/wiki/Volksentscheid_in_Sachsen_1946)  
\*Anmerkung "nach dem Zweiten Weltkrieg" bekannte Kriegslist

## Volksentscheid in Sachsen 1946

Der Volksentscheid in Sachsen über das Gesetz über die Übergabe von Betrieben von Kriegs- und Naziverbrechern in das Eigentum des Volkes am 30. Juni 1946 war die erste Abstimmung in der Sowjetischen Besatzungszone und zugleich die erste direktdemokratische Abstimmung in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg. Das Gesetz sah die entschädigungslose Enteignung von Großgrundbesitzern, Kriegsverbrechern und aktiven Nationalsozialisten vor. Mit einer Mehrheit von 77,56 % nahmen die Abstimmenden die Vorlage an.

Das dem Entscheid nach damals in Sachsen geltender Rechtslage eigentlich zwingend vorausgehende Volksbegehren wurde aufgrund der Verordnung über Volksbegehren und Volksentscheid vom 4. April 1946 umgangen.<sup>[1]</sup> Insofern handelte es sich bei dem Volksentscheid in Sachsen um kein direktdemokratisches Initiativverfahren, sondern vielmehr um ein Referendum. Der Volksentscheid selbst wurde hingegen nach demokratischen Grundsätzen korrekt durchgeführt.

Der Volksentscheid in Sachsen über das Gesetz über die Übergabe von Betrieben von Kriegs- und Naziverbrechern in das Eigentum des Volkes am 30. Juni 1946 war die erste Abstimmung in der Sowjetischen Besatzungszone und zugleich die erste direktdemokratische Abstimmung in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg. Das Gesetz sah die entschädigungslose Enteignung von Großgrundbesitzern, Kriegsverbrechern und aktiven Nationalsozialisten vor. Mit einer Mehrheit von 77,56 % nahmen die Abstimmenden die Vorlage an.

Das dem Entscheid nach damals in Sachsen geltender Rechtslage eigentlich zwingend vorausgehende Volksbegehren wurde aufgrund der *Verordnung über Volksbegehren und Volksentscheid* vom 4. April 1946 umgangen.<sup>[1]</sup> Insofern handelte es sich bei dem Volksentscheid in Sachsen um kein direktdemokratisches Initiativverfahren, sondern vielmehr um ein Referendum. Der Volksentscheid selbst wurde hingegen nach demokratischen Grundsätzen korrekt durchgeführt.

Quelle: [https://de.wikipedia.org/wiki/Volksentscheid\\_in\\_Sachsen\\_1946](https://de.wikipedia.org/wiki/Volksentscheid_in_Sachsen_1946)

### **Als der Alliierte Kontrollrat eine Direktive zur Entnazifizierung erließ**

Am 12. Oktober 1946 erließen die Militärgouverneure der vier Besatzungszonen ihre „Kontrollratsdirektive Nr. 38“.

(...)

Das am 5. März 1946 in der amerikanischen Zone erlassene „Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus“ bildete den ernsthaften Versuch, die Entnazifizierung von über acht Millionen Parteimitgliedern in die Wege zu leiten.

(...)

„Mit diesem Gesetz wurden dann auch die deutschen Spruchkammern installiert – und diese Spruchkammern sollten nun sozusagen eine Sichtung vornehmen von echten Nazis, von den schweren Fällen, die man auch weiterhin vom öffentlichen Dienst ausschalten wollte, und der großen Masse der Mitläufer.“

Quelle: <https://www.deutschlandfunk.de/vor-75-jahren-als-der-alliierte-kontrollrat-eine-direktive-100.html>



## Telford Taylor

Der amerikanische Hauptankläger, Telford Taylor, im Nürnberger Kriegsverbrecherprozess gegen IG Farben sah die Entwicklung voraus, als er sagte: „Diese Verbrecher von IG Farben sind die wahren Kriegsverbrecher. Wenn die Schuld dieser Verbrecher nicht ans Licht gebracht wird und wenn sie nicht bestraft werden, werden sie eine viel größere Bedrohung für den zukünftigen Frieden in der Welt darstellen als der Hauptkriegsverbrecher Hitler.“

### **Telford Taylor**

Der amerikanische Hauptankläger, Telford Taylor, im Nürnberger Kriegsverbrecherprozess gegen IG Farben sah die Entwicklung voraus, als er sagte: „Diese Verbrecher von IG Farben sind die wahren Kriegsverbrecher. Wenn die Schuld dieser Verbrecher nicht ans Licht gebracht wird und wenn sie nicht bestraft werden, werden sie eine viel größere Bedrohung für den zukünftigen Frieden in der Welt darstellen als Hauptkriegsverbrecher Hitler.“

## **Das Totenreich der Verdammten!**

**Die Bundesrepublik Deutschland, als Besatzungsverwaltung auf  
Nazi-Deutschland, verkörpert das Reich der Toten.**

**„Die Abgestumpftheit ist der äußerste Grad des Todes“  
- Berthold Brecht**



**Alle Menschen, die in das BRD-Totenreich geboren werden, sind in eine üble Verdammnis geboren!**

**Seien es nun indigene Deutsche und deren Nachfahren oder der mehrheitliche Nachwuchs der Migranten!**

**Aufgeweckte freie Seelen werden wie in einer Höllenschmiede zu abgestumpften, ruhelosen Geistern um-geschmiedet.**

**Der freie Geist wird von Geburt an mittels ausgeklügelter Aufzuchtprogramme effektiv versklavt!**

**Alle Bedürfnisse wie Nahrung, Sicherheit, soziale Zugehörigkeit, Anerkennung, Selbstverwirklichung werden im Reich der Toten durch das primitive Geld- bzw. Geschäftsdanken befriedigt.**

**Das gesamte nichtmenschliche Verhalten der ruhelosen Geister dreht sich ausschließlich um den satanischen Moneta-Mammon-Götzen-Dienst.**

**Satanisch programmierte Eltern, Erzieher, Lehrer und die gesamte gesellschaftliche Höllenstruktur des Totenreiches transformieren den freien Willen des Neugeborenen schrittweise zu einem gleichgeschalteten Willen zum Nichts!**

**Der Wille zum Nichts ist das Ergebnis der Nihilismus-Programmierung. (Verneinung!)**

**Der durch die Erziehung „normal“ gemachte Sklave hat kein Verlangen nach höheren Werten und sieht keinen (höheren) Sinn im Leben.**

**Sein ruheloser Geist beherrscht alle Schutzmechanismen zur Abwehr der Wahrheit.**

**Das „Umlügen“ der eigenen Versklavung zum selbstzufriedenen „Gutmenschen“ vergoldet das Totenreich der Verdammnis!**

**Das unmenschliche BRD-System tritt so nach außen stets als ein buntes „Schlaraffenland“ in Erscheinung.**

**Die Ignoranz gegenüber dem offenen Nazismus, Militarismus, Satanismus, Krieg, Terror und Völkermord samt der kollektiven Abgestumpftheit als äußerster Grad des Todes bestimmen den Alltag im Totenreich der Verdammten. Die Religion im Totenreich ist die vollständige Unterwerfung, der blinde Gehorsam und die offene Billigung des ultimativ Bösen.**

**Nur der erkennende Geist, der wirklich frei werden will, kann aus der großen seelisch toten Mehrheit des BRD-Totenreiches heraustreten.**

**Dafür muss der erkennende Mensch verstehen, wovon er sich befreien will und wofür er denn frei werden möchte.**

**Nur durch unablässige geistige Arbeit und das Sammeln echter Erkenntnisse vom Boden der Wahrheit, kann sich der Versklavte, das noch nicht abgestumpfte Lebewesen, schrittweise aus dem Totenreich heraus entwickeln und sich als frei beseeltes Lebewesen „Mensch“ zurückgewinnen.**

**Sollte es sich um einen indigenen Deutschen handeln, so wird er sich automatisch der deutschen Minderheit anschließen.**

**Die NBB Deutschland – staatenlos.info ist kein Hüter des BRD-Totenreiches, sondern hat zum Ziel, Menschen aus dem Totenreich herauszulocken, so dass diese befreiten Seelen selbst eines Tages mitschaffende Verbündete im künftigen Heimatreich der Deutschen sein werden!**

**Das wahre Leben kann erst nach dem BRD-Totenreich beginnen!**



**Ein Kampf gegen Phantome (Geister) ist nicht mit irdischen Waffen zu gewinnen.**

Ein direkter Kampf gegen die toten BRD-Dämonen, deren Phantomverwaltung im Phantom-Deutschland ist völlig sinnlos!

Jeder „Schuss“ gegen das Reich der Toten und seine Symptom-Gespenster, die auch im Ausland ihr Unwesen treiben, verfehlt seine Wirkung.

Es gibt nur ein völkerrechtliches Mittel, um den Höllentanz der BRD-Toten zu beenden und die letzten Deutschen aus dem satanischen Bann-Fluch zu erlösen!



**Nur die Erfüllung des Potsdamer Abkommens zusammen mit der Nationalen Befreiungsbewegung Deutschlands – staatenlos.info verschafft die richtige Umsetzung als völkerrechtliche Grundlage zur Lösung aller Probleme!**



# **I. Die erste Schlacht um Mitteleuropa = Deutschland und Europa!**

**Der Bannfluch über Deutschland und die Deutschen, damit über die gesamte Menschheit, kann nur über das alliierte Militärrecht in Verbindung mit dem internationalen Völkerrecht gebrochen werden!**

**Umsetzung Befreiungsgesetz GG139 & Geltungsdauer der BRD GG146:  
Erst wenn das erkannt wird, kann die Schöpfung vor der satanischen Vernichtung gerettet werden!**

Die alliierten Siegermächte haben den Deutschen die Verantwortung für die Verbrechen des Nationalsozialismus mitübertragen.  
Der allgemeine Kriegszustand bleibt so lange aktiv, bis die Deutschen aus der Vergangenheit tatsächlich gelernt haben.

In den Bestimmungen des Potsdamer Abkommens Teil III Deutschland wurde den Deutschen die konkrete Möglichkeit gegeben, ihren Platz unter den freien Völkern wieder einzunehmen, wenn die Deutschen unablässig ihren Willen zur Entnazifizierung und zur Erfüllung des Potsdamer Abkommens zeigen!  
Nur so kann die Menschheit in den göttlichen Welt-Frieden kommen und vor der Vernichtung bewahrt werden!  
Damit liegt das Schicksal der gesamten Menschheit in den Händen einer kleinen deutschen Minderheit - der „Nationalen Befreiungsbewegung Deutschland staatenlos.info“!

Warum wird die Umsetzung des Potsdamer Abkommens so hartnäckig blockiert?

Die Vereinten Nationen mit deren 193 Mitgliedsstaaten sind das Feindstaatenbündnis gegen das weiter existierende, aber handlungsunfähige „Deutschland“ = das „Deutsche Reich“ im Rechts- und Gebietsstand vom 31. Dezember 1937.

Durch die Erfüllung des Potsdamer Abkommens wird dieser völkerrechtliche Staat „Deutschland“ wieder handlungsfähig, kann dadurch die Friedensverträge zur endgültigen Beendigung des „Zweiten Weltkrieges“ abschließen und seine vollständige Entnazifizierung und Entmilitarisierung durchführen.

Die sog. „Hochfinanz-Plutokratie“ IWF und die Weltbank sind Handelsorganisationen des UN-Feindstaatenbündnisses gegen Nazi-Deutschland.

Diese privaten Handelsorganisationen haben durch Kreditvergabe an die 193 UN- Mitgliedsstaaten die absolute Kontrolle auf der gesamten Erde inne.  
Gleichzeitig ist Deutschland = das Deutsche Reich nicht ein Teil der Vereinten Nationen und als handlungsunfähiger Staat, nicht bei der IWF oder Weltbank verschuldet.

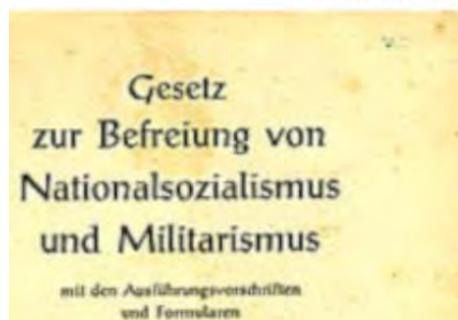
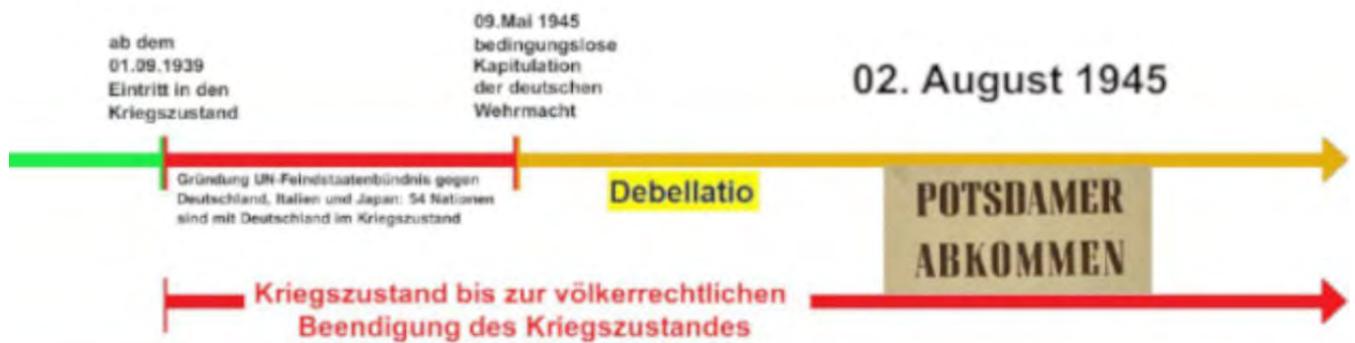
Erinnerung: Die BRD ist nicht Deutschland = siehe sog. „False Flag Operation“: „Die BRD ist nicht Deutschland“!

Die Weltbank und der IWF können darum nicht an der Beendigung des internationalen Kriegs- und Sklavenzustandes interessiert sein.

Die Deutschen haben durch die Erfüllung des Potsdamer Abkommens die Möglichkeit in freier Selbstbestimmung auch das satanische Geldsystem und den übervorteilenden Handel auf ihrem Staatsgebiet ein für alle Mal zu beenden.

Diese deutsche Minderheit hat eine eigene geistig-moralische Codierung, die nichts mit dem satanischen „Geschäftsdenken“ zu tun hat und sieht ihre Zukunft in einer eigenen, mildtätigen Gesellschaftsordnung.

**Alle rechtlichen Voraussetzungen sind den Deutschen gegeben!**



## Artikel 139 Fortgelten der Vorschriften über Entnazifizierung



Die zur "Befreiung des deutschen Volkes vom Nationalsozialismus und Militarismus" erlassenen Rechtsvorschriften werden von den Bestimmungen dieses Grundgesetzes nicht berührt.

# Gesetz Nr. 1

## AUFHEBUNG NATIONALSOZIALISTISCHER GESETZE

Um die Grundsätze und Lehren der NSDAP aus dem deutschen Recht und der Verwaltung innerhalb des besetzten Gebietes auszurotten, um für das deutsche Volk Recht und Gerechtigkeit wiederherzustellen und den Grundsatz der Gleichheit vor dem Gesetz wieder einzuführen, wird folgendes verordnet:

21

### ARTIKEL III

#### Allgemeine Auslegungsvorschriften

4. Die Auslegung oder Anwendung des deutschen Rechtes nach nationalsozialistischen Grundsätzen, gleichgültig wann und wo dieselben kundgemacht wurden, ist verboten.

5. Entscheidungen der deutschen Gerichte, deutscher Amtsstellen und Beamten, oder juristische Aufsätze, die nationalsozialistische Ziele oder Lehren erklären oder anwenden, dürfen in Zukunft nicht mehr als Quelle für die Auslegung oder Anwendung deutschen Rechtes zitiert oder befolgt werden.

6. Deutsches Recht, das nach dem 30. Januar 1933 in Kraft trat und in Kraft bleibt, ist so auszulegen und anzuwenden, wie es seinem einfachen Wortlaut entspricht. Der Gesetzeszweck und Auslegungen, die in Vorsprüchen oder anderen Erklärungen enthalten sind, bleiben bei der Auslegung außer Betracht.

## Potsdamer Abkommen und andere Dokumente

### INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort .....	3
Einleitung .....	4
Die Erklärung von Teheran vom 1. 12. 1943 .....	7
Die Erklärung von Jalta (Krim-Konferenz) vom 11. 2. 1945 .....	8
Das Potsdamer Abkommen vom 2. 8. 1945 .....	13
Die Warschauer Beschlüsse vom 24. 6. 1948 als An- wort auf die Londoner „Empfehlungen“ .....	25
Die westdeutsche Wirtschaft in der Zange des Ruhr- statuts .....	33
Das Besatzungsstatut als Herrschaftsinstrument ..	41
Das Schlußkommuniqué der Pariser Außenminister- konferenz vom 21. 6. 1949 .....	49
Anhang:	
Das Programm der Nationalen Front des demokrati- schen Deutschland vom 15. 2. 1950 .....	53

Herausgegeben vom Kongress-Verlag GmbH,  
Berlin W 8, Thälmannplatz 8/9

## Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland Art 25

Die allgemeinen Regeln des Völkerrechtes sind Bestandteil des Bundesrechtes. Sie gehen den Gesetzen vor und erzeugen Rechte und Pflichten unmittelbar für die Bewohner des Bundesgebietes.

## Artikel 139 Fortgelten der Vorschriften über Entnazifizierung

Die zur "Befreiung des deutschen Volkes vom Nationalsozialismus und Militarismus" erlassenen Rechtsvorschriften werden von den Bestimmungen dieses Grundgesetzes nicht berührt.

## Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland Art 146

Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.

## Gesetz Nr. 104

# zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus

vom 5. März 1946

1. Nationalsozialismus und Militarismus haben in Deutschland zwölf Jahre die Gewaltherrschaft ausgeübt, schwerste Verbrechen gegen das deutsche Volk und die Welt begangen, Deutschland in Not und Elend gestürzt und das Deutsche Reich zerstört. Die Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus ist eine unerläßliche Vorbedingung für den politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Wiederaufbau.
2. Während der vergangenen Monate, die der Kapitulation folgten, hat die Amerikanische Militärregierung die Entfernung und den Ausschluß von Nationalsozialisten und Militaristen aus der Verwaltung und anderen Stellen durchgeführt.
3. Der Kontrollrat hat am 12. Januar 1946 für ganz Deutschland Richtlinien für diese Entfernung und den Ausschluß in der Anweisung Nr. 24 aufgestellt, die für die deutschen Regierungen und für das deutsche Volk verbindlich sind.
4. Das Gesetz Nr. 8 der Militärregierung einschließlich seiner ersten Ausführungs-Verordnung hat die Befreiung auf das Gebiet der gewerblichen Wirtschaft ausgedehnt und das Vorstellungsverfahren durch deutsche Prüfungsausschüsse eingeführt.
5. Die Amerikanische Militärregierung hat nunmehr entschieden, daß das deutsche Volk die Verantwortung für die Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus auf allen Gebieten mitübernehmen kann. Der Erfüllung der damit dem deutschen Volk übertragenen Aufgabe dient dieses Gesetz, das sich im Rahmen der Anweisung Nr. 24 des Kontrollrates hält.

Auszug:

Gesetz (Nr. 104) zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus

Quelle: <https://www.verfassungen.de/bw/wuerttemberg-baden/>



## Mitteilung über die Dreimächtekonferenz von Berlin - Potsdamer Abkommen, 2. August 1945 III. Deutschland

Es ist nicht die Absicht der Alliierten, das deutsche Volk zu vernichten oder zu versklaven. Die Alliierten wollen dem deutschen Volk die Möglichkeit geben, sich darauf vorzubereiten, sein Leben auf einer demokratischen und friedlichen Grundlage von neuem wiederaufzubauen. Wenn die eigene Anstrengungen des deutschen Volkes unablässig auf die Erreichung dieses Zieles gerichtet sein werden, wird es ihm möglich sein, zu gegebener Zeit seinen Platz unter den freien und friedlichen Völkern der Welt einzunehmen.



Artikel 139  
(Befreiungsgesetz)  
Die zur „Befreiung des deutschen Volkes vom Nationalsozialismus und Militarismus“ erlassenen Rechtsvorschriften werden von den Bestimmungen dieses Grundgesetzes nicht berührt.



Die völkerrechtlichen Beschlüsse vom 02.08.1945 können nur durch Einigkeit der Alliierten Mächte gemeinsam mit den dafür geeigneten Deutschen umgesetzt werden!

Die Entnazifizierung und Entmilitarisierung von ganz Deutschland (Teil III) und die anschließende Vorbereitung von Friedensverträgen, die mit einer geeigneten Regierung für ganz Deutschland geschlossen werden sollen (Teil II), sind völkerrechtlich-verbindliche Vereinbarungen zur Beendigung des Kriegszustandes mit dem Deutschen Reich = Deutschland.

Die Frage aller Fragen:

WER oder WAS blockiert die alliierte Hauptsiegermacht Rußland bis heute bei der zwingend notwendigen Umsetzung des Potsdamer Abkommens???

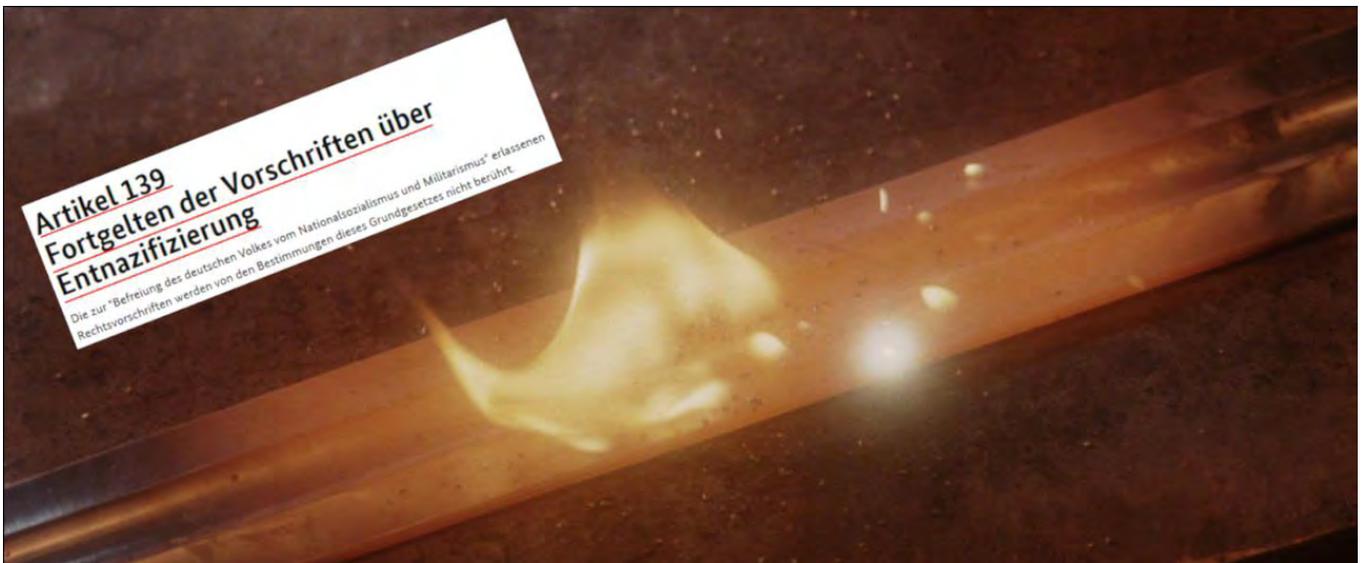


**Die 1. Episode des Endkampfes um das Schicksal der Menschheit!**

**GG139 - Entnazifizierung von Deutschland:  
Der Bannfluch gegen die Deutschen und die gesamte Menschheit wird gebrochen!**

















## Artikel 139 Fortgelten der Vorschriften über Entnazifizierung

Die zur "Befreiung des deutschen Volkes vom Nationalsozialismus und Militarismus" erlassenen Rechtsvorschriften werden von den Bestimmungen dieses Grundgesetzes nicht berührt.

## Artikel 139 Fortgelten der Vorschriften über Entnazifizierung



**POTSDAMER  
ABKOMMEN**





**1. Ergebnis und notwendige Maßnahmen zur  
Erlangung der Freiheit und Einheit der Deutschen zur  
Wiederherstellung des Welt-Friedens in der  
natürlichen Ordnung!**



**Zusammengefasst akute und unmittelbare Folge-Gefährdung der körperlichen und seelischen Unversehrtheit aller Menschen auf der Erde - natürliches Recht auf Notwehr für Jedermann**

**Damit liegt auch Verstoß gegen Artikel 20 Grundgesetz Absatz 1- 3 vor:**

Grundgesetz

II. Der Bund und die Länder (Art. 20 - 37)

**Art. 20**

(1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.

**(2)** Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.

**(3)** Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.

**(4) Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.**

#### **Recht auf Widerstand:**

**Damit greift Artikel 20 Absatz 4 Grundgesetz für die BRD für die existenziell betroffene Bevölkerung und erfordert demzufolge die zwingende Notwendigkeit des Absetzens der unverantwortlich handelnden bzw. unterlassenden BRD-Regierung und auch des Eingreifens der Hohen Hand – Anti Terror- Allianz – der internationalen Weltgemeinschaft.**

**Weiter greift auch der § 34 StGB für die betroffenen Menschen in Deutschland:**

#### **Strafgesetzbuch**

Allgemeiner Teil (§§ [1](#) - [79b](#))

2. Abschnitt - Die Tat (§§ [13](#) - [37](#))

4. Titel - Notwehr und Notstand (§§ [32](#) - [35](#))

#### **§ 34 Rechtfertigender Notstand**

*„Wer in einer gegenwärtigen, nicht anders abwendbaren Gefahr für Leben, Leib, Freiheit, Ehre, Eigentum oder ein anderes Rechtsgut eine Tat begeht, um die Gefahr von sich oder einem anderen abzuwenden, handelt nicht rechtswidrig, wenn bei Abwägung der widerstreitenden Interessen, namentlich der betroffenen Rechtsgüter und des Grades der ihnen drohenden Gefahren, das geschützte Interesse das beeinträchtigte wesentlich überwiegt. Dies gilt jedoch nur, soweit die Tat ein angemessenes Mittel ist, die Gefahr abzuwenden.“*

#### **Ggfs. in Verbindung mit § 32 Notwehr**

*(1) Wer eine Tat begeht, die durch Notwehr geboten ist, handelt nicht rechtswidrig.*

*(2) Notwehr ist die Verteidigung, die erforderlich ist, um einen gegenwärtigen rechtswidrigen Angriff von sich oder einem anderen abzuwenden.*

#### **Weiter greift der übergesetzliche Notstand!**

#### **Damit erfüllt sich auch die Notwendigkeit Anwendung der rechtsgültigen Haager Landkriegsordnung (HLKO) und des Eingreifens der alliierten Mächte in Deutschland:**

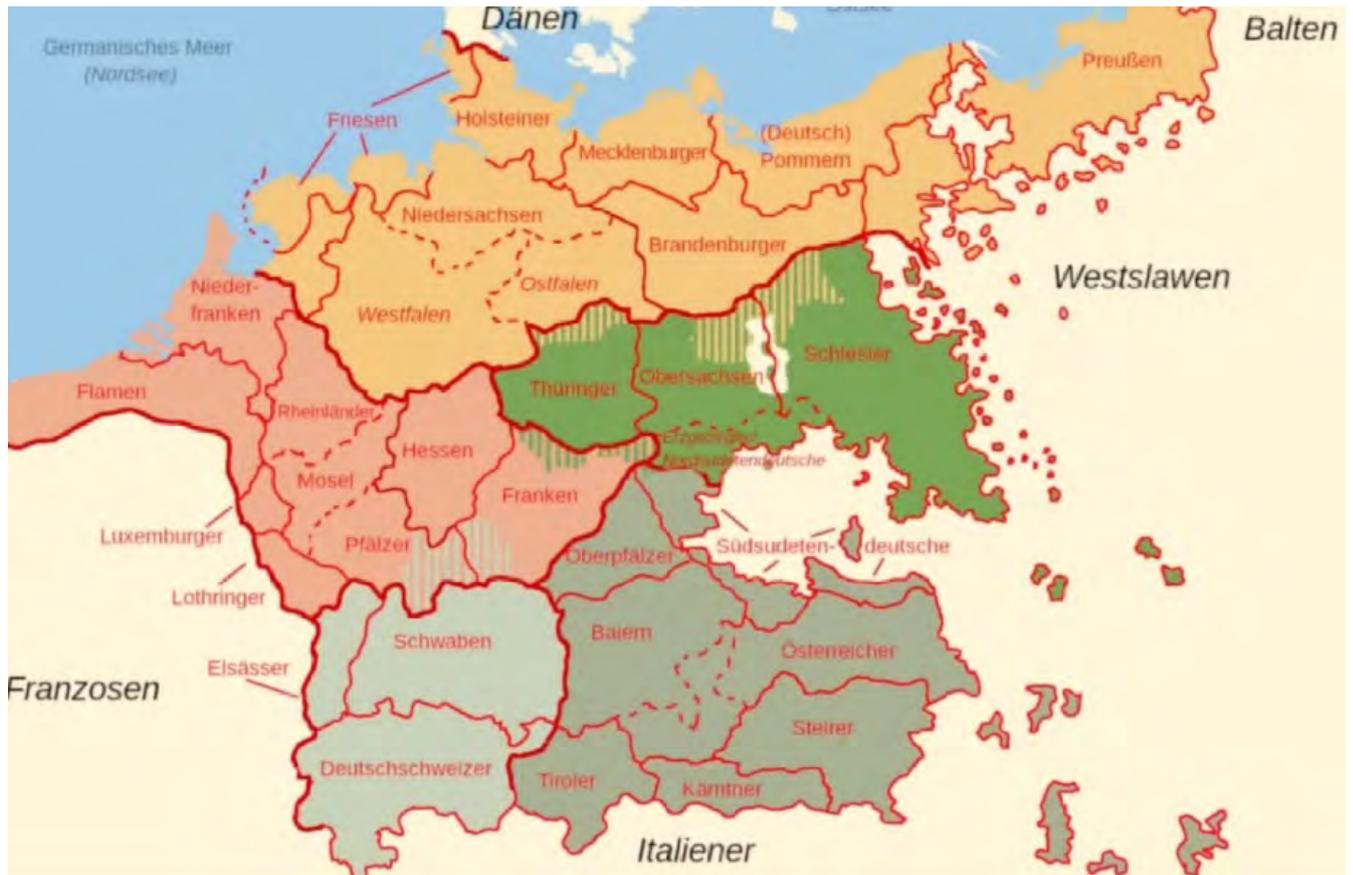
*Beweis: Im Artikel 42 bis 56 der HLKO sind Regelungen zum Verhalten einer Besatzungsmacht auf besetztem feindlichem Gebiet festgelegt. Ein Besatzer ist unter anderem verpflichtet, die öffentliche Ordnung und das öffentliche Leben wiederherzustellen und aufrechtzuerhalten (Artikel 43). Einziehung von Privateigentum ist ebenso verboten wie Plünderungen. (Artikel 46 und 47)*

## 2. Die deutschen Stämme - eine indigene Minderheit im eigenen Land!



Es ist offenkundig, dass es immer noch stammesdeutsche Menschen gibt, die über andere Zeichen der Erbinformation („genetischer Code) verfügen und über eine andere ethnische, traditionelle, sittlich-moralische, religiöse, kulturelle und sprachliche Identität.

Diese stammesdeutschen Menschen sind eng verbunden mit ihren Heimat-Gebieten. Ihrer Mundart entsprechend halten sich diese stammesdeutschen Menschen seit etlichen Generationen auf dem Boden ihrer alt-traditionellen Stammesgebiete auf - z. Bsp. Pfälzer, Rheinländer, Westfalen, Hessen, Mecklenburger, Bayern usw.



**Diese stammesdeutschen Menschen zeichnen sich insbesondere mit einem besonders ausgeprägten Verstand, Vernunft, Gewissen, Mitgefühl (Empathie), Gemüt, vernetztem Zusammenhangsdenken, einem stetigen Streben nach Wissen und Erkenntnis und eine nahezu unbändige Schöpferkraft aus.**

**Die deutschen Ureinwohner haben einen festen Glauben, ihr eigenes Wertesystem, welches auf den deutschen Tugenden und dem dazugehörigen gesellschaftspolitischen, weltanschaulichen Denken beruht und sich von der Mehrheit des in Deutschland befindlichen BRD-Personals, Migranten und Reisende maßgeblich unterscheidet.**

**Verweis genetischer Code: Rede des Präsidenten der Russischen Föderation Wladimir Wladimirowitsch Putin in Bezug auf das russische Volk – Auszug:**

***„...wir haben einen anderen kulturellen, genetischen und moralischen Code...“***

**Quelle: Rede des Präsidenten der Russischen Föderation Wladimir Wladimirowitsch Putin in Bezug auf das russische Volk – RT Deutsch mit dem Titel: „Putin reagiert: Biden glaubt, er sei ein Mörder“**

**Dabei handelt es sich nur noch um eine kleine Minderheit, denn aufgrund von Krieg und Vertreibungen vor 1949 ist der deutsche Volkskörper und die Volksseele schwer verletzt worden und konnte sich nie mehr von den grausamen Geschehnissen erholen und hat als bis heute besetztes Gebiet, keine Gelegenheit mehr dazu bekommen.**

**Die Nachkriegszeit und die darin eingeführte Ordnung, die Kriegstraumata, die Gräueltaten und die ständige Negativpropaganda zur gesamten deutschen Geschichte und Kultur haben dazu geführt, dass sich der einst gesunde deutsche Volkskörper und die traditionelle Volksidentität nicht mehr herausbilden konnten und können.**

**Im weiteren Verlauf der Geschichte kam es durch Masseneinwanderung fremder Ethnien zu einer weitreichenden Überfremdung und Identitätsverlusten der ursprünglich angestammten Deutschen.**

**Die deutschenfeindliche Familien- und Sozialpolitik der BRD-Verwaltungsorganisation in Deutschland, die einhergehende Zerstörung der Familien, der daraus resultierende Geburtenschwund und die damit einhergehende Überalterung haben zu einer weiteren Dezimierung der deutschen Stämme geführt.**

**Dazu kommt, dass die Überalterung des sog. „deutschen Volkes“ eine Minderung der Reproduktion ausgelöst hat.**

**Zur gesellschaftlich-kulturellen Überlagerung kommt die pausenlose psychologische Kriegsführung gegen die Deutschen.**

**Es wird bis zum heutigen Tag ein Seelenmord an der deutschen Volksseele verbrochen.**

**Diese ethnische Verdrängung der deutschen Stämme („ethnische Säuberung“) gewinnt zunehmend den Charakter eines Völkermords („Genozid“).**

**Hinzu kommt die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen der einheimischen Menschen (Handwerk, Handel und Gewerbe, Bauerntum) und der heimischen Natur.**

**Dieser in seiner gesamten Auswirkung kaum fassbare Völkermord ist bis heute so weit vorangetrieben worden, dass sich heute nur noch wenige Menschen als Deutsche begreifen.**

**Die ehemals gepflegten Tugenden, wie der Glaube an das eigene Wertesystem, das Bekenntnis zur natürlich-göttlichen Ordnung, Treue, Redlichkeit, Ehrlichkeit, Familiensinn, Gerechtigkeit, Heimatliebe, Heldentum, Liebe zu Volk und Vaterland sind den deutschen Menschen abspenstig gemacht worden.**

**Das Merkmal der heute vorherrschenden BRD-Gesellschaft kennzeichnet sich **aus**, durch das Ausleben der Lasterhaftigkeit, Gottlosigkeit und eine vollkommene Orientierungslosigkeit.**

**Die Stammesdeutschen werden zunehmend zu einer ethnischen Minderheit**

auf eigenem Boden. Daraus ergibt sich für die Stammesdeutschen schon jetzt **das Recht auf Minderheitenschutz!**

Dabei geht es den wissenden Teil der deutschen Minderheit insbesondere um die Erfüllung des Potsdamer Abkommens, die Entnazifizierung und Entmilitarisierung Deutschlands, um den ewigen Welt-Krieg gegen die gesamte Menschheit zu beenden!

### **Bilanz**

Die Bilanz der ungelösten „Deutschen Frage“ hat de facto dazu geführt, dass die Stammesdeutschen heute vor den Augen der Völkergemeinschaft langsam, aber sicher einem voranschreitenden Siechtum zum Opfer fallen.

Damit wird allen Völkern der Erde endgültig die Möglichkeit genommen, mit Deutschland und den Deutschen Frieden zu schließen, dadurch den (2.) Welt-Krieg zu beenden, um den Welt-Frieden dauerhaft herzustellen.

Sollten die alliierten Siegermächte, die Vereinten Nationen und Völker weiterhin tatenlos zusehen, werden der Faschismus, Nazismus und Militarismus nicht besiegt und das Ende der Menschheit wäre besiegelt.

Die Nationale Befreiungsbewegung Deutschland (NOD) fordert daher die alliierten Siegermächte und die Vereinten Nationen auf, die Deutschen aus der provisorischen Treuhandverwaltung „Bundesrepublik Deutschland (BRD)“ zu entlassen, um eine dauerhafte, harmonische Ordnung des Friedens, der Freiheit, der Gerechtigkeit, der Stabilität und Sicherheit sowie der Völkerfreundschaft zu ermöglichen!

Alle Menschen auf der Erde sind dazu aufgerufen, die deutschen Ureinwohner im eigenen Überlebensinteresse zu unterstützen, das Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945 zu erfüllen!

### **Feststellung im Jahr 2023**

*„Das deutsche Volk ist ohne die Hilfe der alliierten Siegermächte nicht in der Lage, das Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945 in Verbindung mit dem Artikel 139 Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland zu erfüllen.*

*Die deutsche Minderheit ist durch die Medienhoheit der faschistischen Widersacher nicht in der Lage, die Öffentlichkeit in Deutschland zu erreichen und über ihre völkerrechtlichen Rechte und Pflichten gemäß des Potsdamer Abkommens und der Durchführung der Krim-Deklaration aufzuklären.“*

**Das Schicksal der letzten überlebenden Deutschen ist das Schicksal der gesamten Menschheit!**

### **Register - rechtliche Basis, Erläuterungen / Legende:**

**Minderheitenschutz** ist ein Begriff aus Verfassungs- und Völkerrecht, der sich auf Freiheit und Gleichheit von Minderheiten und ihren Schutz vor Diskriminierung bezieht. Die spezifischen Interessen von ethnischen Minderheiten werden

international durch die Menschenrechte, insbesondere durch den Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte und auf staatlicher Ebene durch die in der jeweiligen Verfassung verankerten Individualrechte geschützt.

**Ergebnis: Auch die Deutschen sind Volksstämme eingeborener (indigener), frei beseelter Lebewesen mit der irdischen Bezeichnung „Mensch“!**

### **Rechtsgrundlagen:**

**Der UN-Pakt über bürgerliche und politische Rechte vom 19. Dezember 1966, die Erklärung der Vereinten Nationen über die Rechte der indigenen Völker vom 13. September 2007, das "Kopenhagener Abschlussdokument über die menschliche Dimension" der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) vom 29. Juni 1990:**

Teil IV der Kopenhagener Dokumente geht detailliert auf die kollektiven Rechte der Angehörigen nationaler Minderheiten ein: Sie sollen ihre Menschenrechte und Grundfreiheiten in voller Gleichheit vor dem Gesetz ausüben können. Außerdem sollten sich die OSZE-Mitgliedsstaaten verpflichten, „besondere Maßnahmen zur Sicherung der Gleichstellung mit anderen Staatsangehörigen zu ergreifen“. Einer Person soll zudem das Recht zugestanden werden, selbst zu entscheiden, ob sie einer nationalen Minderheit zugehörig ist oder nicht.

Das Abschlussdokument der Kopenhagener Dokumente enthält darüber hinaus die so genannten individuellen Minderheitenrechte: Gebrauch der Muttersprache, freie Religionsausübung, Garantie grenzüberschreitender Kontakte zu Angehörigen der eigenen Volksgruppe, Vereinigungsfreiheit, das Recht auf Ausübung kultureller Aktivitäten, Schulunterricht in der Muttersprache oder mit der Muttersprache als Unterrichtssprache, Schutz und Förderung der Identität nationaler Minderheiten und die Einrichtung lokaler und autonomer Verwaltungseinheiten.

Die Europäische Konvention für den Schutz von Minderheiten vom 8. Februar 1991. Darin wird der Begriff „Minderheit“ klar definiert, und es wird klargestellt, dass ausländische Staatsangehörige nicht miteinbezogen werden sollen. Die Zugehörigkeit zu einer Minderheit soll von der Entscheidung des Individuums abhängen. Des Weiteren wird ein kollektives Recht von Minderheiten anerkannt und den Staaten werden Verpflichtungen auferlegt, die einer Kombination von Individual- und Gruppenrechten entsprechen.

Weiter die Deklaration über die Rechte von Minderheiten, welche die Staaten verpflichtet, die Identität nationaler oder ethnischer, kultureller, religiöser und sprachlicher Minderheiten durch den Erlass entsprechender Maßnahmen zu wahren und zu fördern. Den Angehörigen solcher Minderheiten muss das Recht auf freien Gebrauch ihrer Sprache im privaten und öffentlichen Bereich und eine angemessene Beteiligung an den sie betreffenden Entscheidungen garantiert werden."

Quelle: <https://de.wikipedia.org/wiki/Minderheitenschutz>

### **Artikel 14 Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK)**

Die Europäische Menschenrechtskonvention erwähnt an einer Stelle die nationalen Minderheiten.

Unter den Merkmalen für eine Diskriminierung nach Art. 14 EMRK ist auch die Zugehörigkeit zu einer „nationalen Minderheit“ aufgelistet:

„Art. 14 Verbot der Benachteiligung. Der Genuss, der in der vorliegenden Konvention festgelegten Rechte und Freiheiten, muss ohne Unterschied des Geschlechts, der Rasse, Hautfarbe, Sprache, Religion, politischen oder sonstigen Anschauungen, nationaler oder sozialer Herkunft, Zugehörigkeit zu einer nationalen Minderheit, des Vermögens, der Geburt oder des sonstigen Status gewährleistet werden.“

Art. 14 EMRK stellt ein akzessorisch gewährtes Recht dar, d.h. das Diskriminierungsverbot beschränkt sich auf die durch die EMRK gewährten Rechte und Freiheiten.

Das Diskriminierungsverbot kann deshalb nicht separat geprüft werden, sondern erscheint in den Urteilen des Europäischen Gerichtshofes für die Menschenrechte nur zusammen in Prüfung mit der Verletzung eines anderen Artikels der Konvention.

Die Zugehörigkeit zu einer nationalen Minderheit stellt ein Merkmal für die Nichtgewährung eines EMRK-Rechts oder einer EMRK konformen Freiheit dar.

Die EMRK ist individualrechtlich gestaltet und nicht auf kollektive oder Minderheitenrechte ausgerichtet.

Entscheidend für die Auslegung, ob eine Diskriminierung auf Grund der individuellen Zugehörigkeit zu einer nationalen Minderheit erfolgt sei, sind die Urteile der Europäischen Menschenrechtskommission und des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte, sowie das daraus abgeleitete case law. Klagen von Vertretern von Minderheiten wurden von der früheren Menschenrechtskommission, der Vorgängerin des Straßburger Gerichtshofes, mit der Begründung abgewiesen, die EMRK enthalte keine spezifischen Schutzrechte für Minderheiten.

Diese müssen sich zum Beispiel in einer Klage wegen Beeinträchtigung ihres traditionellen Lebensstils auf Art. 8 EMRK berufen.

Zur neusten Rechtsprechung, siehe - Quelle: <https://dejure.org/gesetze/MRK>.

**Das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland** verbietet jede Form von Diskriminierung aufgrund der Sprache oder von Heimat und Herkunft (Artikel 3 Abs. 3 Satz 1 Grundgesetz). Daran sind neben der Gesetzgebung auch die Verwaltung auf allen staatlichen Ebenen sowie die Rechtsprechung gebunden. Bereits dadurch sind Minderheiten in Deutschland geschützt. Darüber hinaus gibt es weitere Regelungen und Vereinbarungen.

### **Das Rahmenübereinkommen zum Schutz nationaler Minderheiten:**

Das Übereinkommen des Europarats zum Schutz nationaler Minderheiten verbietet jede Diskriminierung einer Person wegen ihrer Zugehörigkeit zu einer nationalen Minderheit. Ebenso schützt es die Angehörigen dieser Minderheiten vor einer Assimilierung gegen ihren Willen. Ferner verpflichtet es die Mitgliedstaaten zum Schutz der Freiheitsrechte und zu umfänglichen Fördermaßnahmen zu Gunsten der

nationalen Minderheiten.

Für Deutschland ist das Rahmenübereinkommen am 1. Februar 1998 in Kraft getreten und hat Geltung im Rang eines Bundesgesetzes.

Die Unterzeichnerstaaten müssen innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten den Europarat umfassend über die Umsetzung informieren. Danach müssen sie alle fünf Jahre Bericht erstatten. Ein beratender Ausschuss unabhängiger Experten unterstützt den Europarat bei seinen Kontrollaufgaben -

Quelle: <https://www.bmi.bund.de/DE/themen/heimat-integration/minderheiten/minderheitenrecht/minderheitenrecht-node.html>

## **Erklärung der Vereinten Nationen über die Rechte der indigenen Völker**

- Quelle: <http://www.humanitaeres-voelkerrecht.de/ERiV.pdf>

### Auszüge:

#### *Artikel 1*

Indigene Völker haben das Recht als Kollektiv wie auch auf der Ebene des Individuums, alle in der Charta der Vereinten Nationen, der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und den internationalen Menschenrechtsnormen anerkannten Menschenrechte und Grundfreiheiten uneingeschränkt zu genießen.

#### *Artikel 2*

Indigene Völker und Menschen sind frei und allen anderen Völkern und Menschen gleichgestellt und haben das Recht, bei der Ausübung ihrer Rechte keinerlei Diskriminierung ausgesetzt zu sein, insbesondere nicht auf Grund ihrer indigenen Herkunft oder Identität.

#### *Artikel 3*

Indigene Völker haben das Recht auf Selbstbestimmung. Kraft dieses Rechts entscheiden sie frei über ihren politischen Status und gestalten in Freiheit ihre wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung.

#### *Artikel 4*

Bei der Ausübung ihres Rechts auf Selbstbestimmung haben indigene Völker das Recht auf Autonomie oder Selbstverwaltung in Fragen, die ihre inneren und lokalen Angelegenheiten betreffen, sowie das Recht, über die Mittel zur Finanzierung ihrer autonomen Aufgaben zu verfügen.

#### *Artikel 5*

Indigene Völker haben das Recht, ihre eigenen politischen, rechtlichen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Institutionen zu bewahren und zu stärken, während sie gleichzeitig das Recht behalten, uneingeschränkt am politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Leben des Staates teilzunehmen, sofern sie dies wünschen.

#### *Artikel 6*

Jeder indigene Mensch hat das Recht auf eine Staatsangehörigkeit.

#### *Artikel 7*

1. Indigene Menschen haben das Recht auf Leben, körperliche und seelische Unversehrtheit, Freiheit und Sicherheit der Person.

2. Indigene Völker haben das kollektive Recht, als eigenständige Völker in Freiheit, Frieden und Sicherheit zu leben, und dürfen keinen Völkermordhandlungen oder

sonstigen Gewalthandlungen, einschließlich der gewaltsamen Überführung von Kindern der Gruppe in eine andere Gruppe, ausgesetzt werden.

#### *Artikel 8*

1. Indigene Völker und Menschen haben das Recht, keiner Zwangsassimilation oder Zerstörung ihrer Kultur ausgesetzt zu werden.

2. Die Staaten richten wirksame Mechanismen zur Verhütung und

Wiedergutmachung der folgenden Handlungen ein:

a) jeder Handlung, die zum Ziel oder zur Folge hat, dass indigene Völker und Menschen ihrer Integrität als eigenständige Völker oder ihrer kulturellen Werte oder ihrer ethnischen Identität beraubt werden;

b) jeder Handlung, die zum Ziel oder zur Folge hat, dass ihnen der Besitz ihres Landes, ihrer Gebiete oder ihrer Ressourcen entzogen wird;

c) jeder Form der zwangsweisen Überführung der Bevölkerung, die zum Ziel oder zur Folge hat, dass ihre Rechte verletzt oder untergraben werden;

d) jeder Form der Zwangsassimilation oder Zwangsintegration;

e) jeder Form der Propaganda, die darauf abzielt, rassistische oder ethnische Diskriminierung, die sich gegen sie richtet, zu fördern oder dazu aufzustacheln.

#### *Artikel 11*

1. Indigene Völker haben das Recht, ihre kulturellen Traditionen und Bräuche zu pflegen und wiederzubeleben. Dazu gehört das Recht, die vergangenen, gegenwärtigen und künftigen Erscheinungsformen ihrer Kultur, wie beispielsweise archäologische und historische Stätten, Artefakte, Muster, Riten, Techniken, bildende und darstellende Künste und Literatur, zu bewahren, zu schützen und weiterzuentwickeln.

2. Die Staaten haben durch gemeinsam mit den indigenen Völkern entwickelte wirksame Mechanismen, die gegebenenfalls die Rückerstattung einschließen, Wiedergutmachung zu leisten für das kulturelle, geistige, religiöse und spirituelle Eigentum, das diesen Völkern ohne ihre freiwillige und in Kenntnis der Sachlage erteilte vorherige Zustimmung oder unter Verstoß gegen ihre Gesetze, Traditionen und Bräuche entzogen wurde.

#### *Artikel 13*

1. Indigene Völker haben das Recht, ihre Geschichte, ihre Sprache, ihre mündlichen Überlieferungen, ihre Denkweisen, ihre Schriftsysteme und ihre Literatur wiederzubeleben, zu nutzen, zu entwickeln und an künftige Generationen weiterzugeben sowie ihren Gemeinschaften, Orten und Personen eigene Namen zu geben und diese zu behalten.

2. Die Staaten ergreifen wirksame Maßnahmen, um den Schutz dieses Rechts zu gewährleisten und sicherzustellen, dass indigene Völker politische, Rechts- und Verwaltungsverfahren verstehen und dabei verstanden werden, nötigenfalls durch die Bereitstellung von Dolmetschdiensten oder sonstige geeignete Mittel.

#### *Artikel 14*

1. Indigene Völker haben das Recht, ihre eigenen Bildungssysteme und -institutionen einzurichten und zu kontrollieren, in denen in ihrer eigenen Sprache und in einer ihren kulturspezifischen Lehr- und Lernmethoden entsprechenden Weise unterrichtet wird.

2. Indigene Menschen, insbesondere Kinder, haben das Recht auf Zugang zu allen Ebenen und Formen der öffentlichen Bildung ohne Diskriminierung.

3. Die Staaten ergreifen gemeinsam mit den indigenen Völkern wirksame Maßnahmen, um sicherzustellen, dass indigene Menschen, insbesondere Kinder,

einschließlich derjenigen, die außerhalb ihrer Gemeinschaften leben, nach Möglichkeit Zugang zu Bildung in ihrer eigenen Kultur und in ihrer eigenen Sprache haben.

#### *Artikel 18*

Indigene Völker haben das Recht, an Entscheidungsprozessen in Angelegenheiten, die ihre Rechte berühren können, durch von ihnen selbst gemäß ihren eigenen Verfahren gewählte Vertreter mitzuwirken und ihre eigenen indigenen Entscheidungsinstitutionen zu bewahren und weiterzuentwickeln.

#### *Artikel 20*

1. Indigene Völker haben das Recht, ihre politischen, wirtschaftlichen und sozialen Systeme oder Institutionen zu bewahren und weiterzuentwickeln, ihre eigenen Existenz- und Entwicklungsmittel in Sicherheit zu genießen und ungehindert allen ihren traditionellen und sonstigen wirtschaftlichen Tätigkeiten nachzugehen.
2. Indigene Völker, die ihrer Existenz- und Entwicklungsmittel beraubt wurden, haben Anspruch auf gerechte und angemessene Wiedergutmachung.

#### *Artikel 25*

„Indigene Völker haben das Recht, ihre besondere spirituelle Beziehung zu dem Land und den Gebieten, Gewässern und Küstenmeeren und sonstigen Ressourcen, die sie traditionell besessen oder auf andere Weise innegehabt und genutzt haben, zu bewahren und zu stärken und in dieser Hinsicht ihrer Verantwortung gegenüber den künftigen Generationen nachzukommen.“

#### *Artikel 26*

- „1. Indigene Völker haben das Recht auf das Land, die Gebiete und die Ressourcen, die sie traditionell besessen, innegehabt oder auf andere Weise genutzt oder erworben haben.
2. Indigene Völker haben das Recht, das Land, die Gebiete und die Ressourcen, die sie besitzen, weil sie ihnen traditionell gehören oder die sie auf sonstige Weise traditionell innehaben oder nutzen, sowie die, die sie auf andere Weise erworben haben, zu besitzen, zu nutzen, zu erschließen und darüber zu verfügen.“

**Der internationale Pakt über bürgerliche und politische Rechte vom 19. Dezember 1966 (BGBl. 1973 II 1553** - Quelle: [https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/Redaktion/PDF/DB\\_Menschenrechtsschutz/ICCPR/ICCPR\\_Pakt.pdf](https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/Redaktion/PDF/DB_Menschenrechtsschutz/ICCPR/ICCPR_Pakt.pdf)

**Die allgemeine Erklärung der Menschenrechte** - Quelle: <https://www.humanrights.ch/de/ipf/grundlagen/rechtsquellen-instrumente/aemr/>

#### **Paragraf 6 Bundesvertriebenengesetz (BVFG):**

##### **§ 6 Volkszugehörigkeit**

§ 6 hat [3 frühere Fassungen](#) und wird in [5 Vorschriften zitiert](#)

(1) Deutscher Volkszugehöriger im Sinne dieses Gesetzes ist, wer sich in seiner Heimat zum deutschen Volkstum bekannt hat, sofern dieses Bekenntnis durch bestimmte Merkmale wie Abstammung, Sprache, Erziehung, Kultur bestätigt wird

-Quelle: <https://www.buzer.de/gesetz/4827/a66826.htm>

**Heimatbewusstsein und Heimatliebe hat nur der seelisch geistig gesunde Mensch, welcher sich seiner eigenen Geschichte/ Herkunft voll bewusst ist, über eine verwurzelte Verbindung zur Heimerde verfügt (Bodenständigkeit), Mitgefühl (Empathie) zu Gottes Schöpfung (die Natur) hat und damit die Heimat und dessen Menschen wertschätzt. Seelisch vergiftete, wurzellose, traumatisierte Heimatvertriebene, Heimatlose, Geflüchtete und deren Nachkommen können kaum oder nur unter größten Schwierigkeiten eine neue Heimat und erst recht keine neue Identität annehmen. Diese Menschen bedürfen daher der besonderen Hilfe und Obhut. Hierbei geht es um keine Maskerade oder Dekoration, sondern um die Wiederherstellung der gesamtgesellschaftlichen Struktur vor Ort! Heimatliebe ist Herzenssache! Heimat ist Bewusstsein, Mut und Gespür für das Wahre, Ursprünglich-Bewährte, Langlebige und das Nachhaltige!**



### **3. Notwendige Schritte zur Wiederherstellung der Handlungsfähigkeit des völkerrechtlichen Staates auf deutschem Boden**

**Kompletter Neuaufbau des gesamten Systems in völliger Entscheidungsfreiheit des außen wie innen unabhängigen- freiheitlichen Nationalstaates!**

#### **Sieben Punkte Programm zur Wiederherstellung des Völkerrechts in Deutschland, Europa und auf der gesamten Erde**

**\*I. Die Herstellung der uneingeschränkten Souveränität Deutschlands durch Wiederherstellung der Handlungsfähigkeit des völkerrechtlichen Staates Deutschland u./ o. Deutsches Reich (beide Begriffe bezeichnen ein und dasselbe Völkerrechtssubjekt!)**

Der Begriff „Deutschland“ ist nur eine historisch eingebürgerte umgangssprachliche Bezeichnung ohne jegliche Rechtswirksamkeit.

**\*II. Der zwingend notwendige (ehrenhalber) Abschluss der Friedensverträge mit über 54 Nationen zur endgültigen und dauerhaften Beendigung des bis heute fortgeführten zweiten Weltkrieges!**

**\*III. Befreiungsgesetz Artikel 139 Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland (BRD) – „Fortgelten der Vorschriften über Entnazifizierung“:**

Vollzitat: „Grundgesetz XI. Übergangs- und Schlussbestimmungen (Art. 116 - 146) Art. 139 Die zur "Befreiung des deutschen Volkes vom Nationalsozialismus und Militarismus" erlassenen Rechtsvorschriften werden von den Bestimmungen dieses Grundgesetzes nicht berührt.“

**Die Umsetzung des Potsdamer Abkommens vom 2. August 1945 mittels Entnazifizierung aller Deutschen durch die Befreiung der Deutschen aus der nationalsozialistischen deutschen Zwangsangehörigkeit = deutsche Staatsangehörigkeit vom 5. Februar 1934 gemäß Artikel 116 GG für die BRD durch Schritt 1 Rückführung der Person in die ursprüngliche Angehörigkeit in einem Bundesland gemäß Artikel 110 der „Verfassung des Deutschen Reiches“ vom 11. August 1919; danach Schritt 2 Herstellung der entsprechend reformierten deutschen Stammesangehörigkeit.**

**Dazu gehört auch die Beseitigung und strafbewehrtes Verbot aller nationalsozialistischen Rechtsinhalte, Rechtsnormen, Verordnungen und Gesetze in Deutschland!**

IV. Geltungsdauer Artikel 146 Grundgesetzes für die Bundesrepublik

Deutschland:

Vollzitat: „Grundgesetz XI. Übergangs- und Schlussbestimmungen (Art. 116 - 146) Art. 146

Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.

Die Deutschen geben sich nach der Herstellung der Einheit und Freiheit Deutschlands in freier Selbstbestimmung über eine Nationalversammlung (Verfassungsgebende Versammlung) mittels Volksabstimmung (Referendum) ihre Verfassung!

Der Staat "Deutsches Reich" wird als ewiger Bund der reformierten deutschen Stämme eine neue Bezeichnung erhalten und heißt fortan: Heimatreich der Deutschen.

**Die künftigen Stammesgebiete innerhalb des Nationalstaates „Heimatreich der Deutschen“ werden neu festgelegt.**

**Die Festlegungen der Grenzen der Stammesgebiete innerhalb des Heimatreiches der Deutschen erfolgt in Anlehnung an die traditionellen Stammesgebiete.**

**Als Vorlage dient dazu das alt-historischem Vorbild der ehemaligen Gebiete der neudeutschen Stämme unter Beachtung der bis heute fortbestehenden Mundarten.** (Siehe dazu die Karte der Mundarten als Orientierungshilfe.)

Über die genaue Ausdehnung der Stammesgebiete innerhalb des Heimatreiches der Deutschen einigen sich die Stammesführungen der jeweiligen Stämme, die im jeweiligen Stammesrat bestimmt worden sind.

**V. Sofortiger Austritt Deutschlands aus der privaten Interessengemeinschaft Europäische Union – 4. Reich Walter Hallstein Projekt und dem US-Kriegsbündnis NATO u./o. OTAN!**

(Sofern die BRD-Verträge grundsätzlich für Deutschland zutreffend)

**VI. Abschaffung des Dollar-basierten Schuldgeldsystems und mittelfristig generelle Abschaffung des Geldes als Tauschhilfe an sich!**

**VII. Schrittweise Umsetzung des Heimat- und Friedensprogramms – Das Reformprogramm für Deutschland als Ideenvorlage!**

**VIII. Die Umsetzung aller Maßnahmen des Reformprogramms werden vor Ort durch entsprechend geschulter Kommissare überprüft und bedingungslos durchgesetzt!**



## **4. Einrichtung Nationale Übergangsregierung auf deutschem Boden durch die deutsche Minderheit**

### **Rechtliche Grundlage: Verhalten einer aufständischen oder sonstigen Bewegung gemäß UN- Resolution 56/83, Kapitel 2, Artikel 10**

- I. Das Verhalten einer aufständischen Bewegung, die zur neuen Regierung eines Staates wird, ist als Handlung des Staates im Sinne des Völkerrechts zu werten.  
II. Das Verhalten einer aufständischen oder sonstigen Bewegung, der es gelingt, in einem Teil des Hoheitsgebietes eines bestehenden Staates oder in einem seiner Verwaltung unterstehenden Gebiet einen neuen Staat zu gründen, ist als Handlung des neuen Staates im Sinne des Völkerrechts zu bewerten.

**Folgende Maßnahmen müssten wie in solchen Sachverhalten üblich durchgeführt werden, wenn sich alle Erkenntnisse und beweiskräftigen Dokumente tatsächlich in ihrer Richtigkeit bestätigen:**

**Das Grundgesetz FÜR die Bundesrepublik Deutschland (BRD) wurde am 23. Mai 1949 im Auftrag der alliierten Siegermächte des zweiten Weltkrieges für (!) die Bundesrepublik Deutschland in Kraft gesetzt.**

**Nicht etwa für das deutsche Volk oder "Dem deutschen Volke" wie es am Hauptportal des Reichstages in großen Lettern steht.**

**Dieses alliierte Militär-Grundgesetz ist die höchste Rechtsnorm für die Bundesrepublik Deutschland.**

**Die alliierten Siegermächte sind bis heute für (!) die Entnazifizierung (Befreiung) Deutschlands und des deutschen Volkes gesetzlich-vertraglich zuständig.**

**Artikel 139 Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland:**

**„Befreiungsartikel - Fortgelten der Vorschriften über Entnazifizierung“ aus \*SHAEF – Zitat: „Die zur "Befreiung des deutschen Volkes vom Nationalsozialismus und Militarismus" erlassenen Rechtsvorschriften werden von den Bestimmungen dieses Grundgesetzes nicht berührt.“**

**Die bis zum heutigen Tage rechtsgültigen SHAEF–Gesetze, Verordnungen und Anweisungen werden also vom Grundgesetz FÜR die Bundesrepublik Deutschland nicht berührt und sind weiterhin rechtsgültig.**

**Alle nationalsozialistischen, faschistischen Gleichschaltungsgesetze und Verordnungen/ Rechtsinhalte wurden durch die alliierten Siegermächte mit \*SHAEF-Gesetz Nr. 1 Artikel III generell strafbewehrt verboten und aufgehoben - Zitat:**

**„Die Auslegung oder Anwendung deutschen Rechts nach nationalsozialistischen Lehren, gleichgültig wie und wann dieselben kundgemacht wurden, ist verboten.“**

**Das bedeutet, die Aufhebung aller nationalsozialistischen Gesetze und Rechtsinhalte, damit auch die zwingend notwendige Aufhebung der von Adolf Hitler und seiner Reichsregierung am 5. Februar 1934 zwangsverordneten „deutschen Staatsangehörigkeit“ (Artikel 16 und Artikel 116 GG für die BRD)**

durch Entnazifizierung der Person durch Schritt 1 Rückführung der Person in die ursprüngliche Angehörigkeit in einem Bundesland gemäß Artikel 110 der „Verfassung des Deutschen Reiches“ vom 11. August 1919; danach Schritt 2 Herstellung der entsprechend reformierten deutschen Stammesangehörigkeit.

**In Kombination mit:**

**Artikel 146 Grundgesetz für (!) die Bundesrepublik Deutschland (Geltungsdauer/ Laufzeit) der Bundesrepublik Deutschland - Zitat: *“Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.”***

**Erster Schritt:**

**Einheit und Freiheit Deutschlands durch völkerrechtliche Wiedervereinigung und Wiederherstellung der Handlungsfähigkeit des völkerrechtlichen Staates „Deutsches Reich“ c/o „Deutschland“ - damit Befreiung der vom alliierten Militär-Grundgesetz für die BRD überlagerte, bis heute rechtsgültige, letzte historische „Verfassung des Deutschen Reiches“ vom 11. August 1919. (siehe u. a. SHAEF und Artikel 140 GG für die BRD)**

**Zweiter Schritt:**

**Die vollständige Reformierung der sog. „Verfassung des Deutschen Reiches“ vom 11. August 1919 im handlungsfähigen Staat „Deutsches Reich“ u./ o. „Deutschland“ über eine Nationalversammlung/ verfassungsgebende Versammlung durch Volksabstimmung in freier Entscheidung des deutschen Volkes.**

**Dritter Schritt:**

**Die Wiederherstellung der Länder-Struktur als Basis der Landesangehörigkeit für die betreffenden Personen in Deutschland = das sog. „Deutsche Reich“ – Wiedererlangung aller Rechte für die indigenen Deutschen.**

## **5. Maßnahmen zur Befreiung Deutschlands und in Folge der gesamten Menschheit aus der nazistischen Tyrannei zur Wiederherstellung der „konzeptionellen Sicherheit für soziale Systeme im Völkerbund“**

**1. Bildung Nationaler Übergangsrat durch die deutsche Minderheit in Zusammenarbeit mit allen verantwortungsfähigen, verantwortungsgewillten, positiv zukunftsorientierten Kräften mit staatenlos.info - Kommission 139.**  
Mit diesem Schritt geht Staatenlos.info – Kommission 139 in den Nationalen Übergangsrat auf.

**Ein nationaler Übergangsrat ist eine sog. „rechtmäßige juristische Entität“, die auch von der NATO und der UN anerkannt ist.**

**Gesetzliche Grundlagen: 1 Staatsgründung**

**UN-Resolution 56/83, Kapitel 2, Artikel 9**

*Verhalten im Falle der Abwesenheit oder des Ausfalls der staatlichen Stellen für das betroffene Volk. Das Verhalten einer Person oder Personengruppe ist als Handlung eines Staates im Sinne des Völkerrechts zu werten, wenn die Person oder die Personengruppe im Falle der Abwesenheit oder des Ausfalls der staatlichen Stellen faktisch hoheitliche Befugnisse ausübt und die Umstände die Ausübung dieser Befugnisse erfordern.*

## Nationalversammlung bzw. Verfassunggebende Versammlung

Die völkerrechtlichen Instrumente dazu sind die Nationalversammlung und/oder verfassunggebende Versammlung, welche durch den Übergangsrat einzuberufen ist.

Aus der einzuberufenden Nationalversammlung müssen die Verfassung und die Übergangsregierung hervorgehen.

### Rechtliche Basis:

1) Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland (BRD) - Artikel 146, Artikel 25 und Artikel 133 in der Fassung vom 23. Mai 1949 bis zum 29. September 1990. Übrigens: die Streichung des räumlichen Geltungsbereiches des Grundgesetzes und somit die Trennung zwischen dem freien Gebiet/ Landfläche von Deutschland und der verbliebenen Besatzungsordnung "BRD-Grundgesetz", die nur noch auf den "freiwilligen Teilnehmern an der BRD" liegt, finden Sie im Bundesgesetzblatt Teil II, Seite 890, Kapitel II, Artikel 4, Absatz 2 vom 23.09.1990 - rechtswirksam zum 29.09.1990. (siehe auch Seite 885 - Artikel 23 "weggefallen")

2) Urteil Bundesverfassungsgericht BVerfG 2 BvG 1/51 vom 23. Oktober 1951, II. Senat, Leitsätze 21, 27 und 29.

3) UN-Selbstbestimmungsrecht der Völker, Artikel 1 der UN-Charta - UN-Zivilpakt und UN-Sozialpakt

Urteil des Bundesverfassungsgerichts der Bundesrepublik Deutschland [BVerfG 2 BvG 1/51](#) vom 23. Oktober 1951, II. Senat,

**Leitsatz 21:** Eine verfassunggebende Versammlung ist ein weltweit anerkannter, völkerrechtlicher Akt und hat einen höheren rechtlichen Rang als die auf Grund der erlassenen Verfassung gewählte Volksvertretung ([siehe Art. 25 GG](#)). Sie ist im Besitz des „pouvoir constituant“. Mit dieser besonderen Stellung ist unverträglich, dass ihr von außen Beschränkungen auferlegt werden. Ihre Unabhängigkeit bei der Erfüllung dieses Auftrages besteht nicht nur hinsichtlich der Entscheidung über den Inhalt der künftigen Verfassung, sondern auch hinsichtlich des Verfahrens, in dem die Verfassung erarbeitet wird.

**Leitsatz 27:** Das Bundesverfassungsgericht der BRD erkennt die Existenz über positiven, auch den Verfassungsgesetzgeber bindenden Rechtes an und ist zuständig, das gesetzte Recht daran zu messen.

**Leitsatz 29:** Dem demokratischen Prinzip ist nicht nur wesentlich, dass eine Volksvertretung vorhanden ist, sondern auch dass den Wahlberechtigten das Wahlrecht nicht auf einem in der Verfassung nicht vorgesehenen Weg entzogen wird.

**Gesetze international zu denen sich die BRD "ius cogens" (unabänderlich) verpflichtet hat und aus dem Grundgesetz:**

### UN - Selbstbestimmungsrecht der Völker - Artikel 1

(1) Alle Völker haben das Recht auf Selbstbestimmung. Kraft dieses Rechts entscheiden sie frei über ihren politischen Status und gestalten in Freiheit ihre wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung ([siehe Art. 16 GG](#)).

(2) Alle Völker können für ihre eigenen Zwecke frei über ihre natürlichen Reichtümer und Mittel verfügen, unbeschadet aller Verpflichtungen, die aus der internationalen

wirtschaftlichen Zusammenarbeit auf der Grundlage des gegenseitigen Wohles sowie aus dem Völkerrecht erwachsen. In keinem Fall darf ein Volk seiner eigenen Existenzmittel beraubt werden.

(3) Die Vertragsstaaten, einschließlich der Staaten, die für die Verwaltung von Gebieten ohne Selbstregierung und von Treuhandgebieten verantwortlich sind ([siehe Art. 133 GG](#)), haben entsprechend der Charta der Vereinten Nationen die Verwirklichung des Rechts auf Selbstbestimmung zu fördern und dieses Recht zu achten. Weiter [UN-Zivilpakt](#) und der [UN-Sozialpakt](#).

Der Außenminister der Vereinigten Staaten von Amerika, Christian Herter (Secretary of State), Beauftragter Vertreter der westlichen Hauptsiegermacht, vom 18. Mai 1959 anlässlich der Genfer Außenministerkonferenz - Zitat:

**„Die Bundesrepublik Deutschland und die sogenannte Deutsche Demokratische Republik stellen nicht – und zwar weder getrennt noch gemeinsam – eine gesamtdeutsche Regierung dar, die ermächtigt wäre, für das als Deutschland bekannte Völkerrechtssubjekt zu handeln und Verpflichtungen einzugehen.“**

**Kommentar:** Diese Aussage steht im Einklang mit den Festlegungen der vier alliierten Siegermächte bezüglich „Deutschland/ Germany“ während der Außenministerkonferenz in Moskau von 1943, dem Londoner Protokoll von 1944, wie der Potsdamer Konferenz von 1945 und der Erklärung zur völkerrechtlichen Anerkennung des Völkerrechtssubjekts Deutschland/ Germany im Gebietsstand vom 31. Dezember 1937.

## 6. Maßnahmen für die Freiheit und den göttlichen Frieden!

### Die Ebenen der menschlichen Bedürfnisse:



## **Gegenwart im angloamerikanischen Besatzungsregime BRD:**

### **1) Grundbedürfnisse:**

Parole „Satt und sauber!“

### **2) Sicherheit:**

Keinerlei Sicherheit für Mensch und Natur!

Unnatürliche Lebensweisen und Neigungen.

Die Todsünden Stolz, Habsucht, Gier, Verschwendung, Neid, Zorn, Wollust, Maßlosigkeit, Trägheit bzw. Faulheit, Angst, in Folge Krieg und Terror sind die bestimmenden Grundelemente der satanisch-westlichen Gesellschaft!

### **3) Zugehörigkeit.**

Zugehörigkeit zum Sklavenhalter (Arbeitsplatz) und oberflächlich zu Beschäftigungsgesellschaften. (Z. Bsp. Vereine, Freiwillige Feuerwehr)

Das menschliche Individuum ist einsam digital vernetzt, staatenlos, individuell isoliert, nicht akzeptiert, beliebig austauschbar, ersetzbar und entsorgbar.

Das Ende in 40 Tagen klimaneutral bestattet zu Baumarkterde bzw. Asche im Wind.

### **4) Anerkennung:**

Die Anerkennung erfolgt nur über das Geld.

Der Verdienst des Sklaven bestimmt seinen Grad an „Anerkennung“ in der modernen Sklavenhaltergesellschaft!

### **5) Selbstverwirklichung:**

Die BRD befriedigt dieses Bedürfnis nicht!

Die Menschen werden nicht zum Mensch-Sein erzogen.

Sie werden völlig gleichgeschaltet und um ihr natürliches Potential gebracht. Die Menschen werden verdummt und nur zur Funktionalität erzogen:

Moderne Sklaven der digitalen „global-vernetzten Welt“ ohne jegliche menschliche Werte.

Satanisches Programm Humanismus:

Verlogenes „Gutmenschentum“ als Doktrin der angelsächsischen Gesellschaft.

## **Zukunft im „Heimatreich der Deutschen“:**

- 1) **Grundbedürfnisse in der künftig mildtätigen Gesellschaftsordnung:**  
In den Stammesgebieten wird alle Werte wie z. Bps. die Ernte gemeinschaftlich eingebracht und nach bestimmten Regeln an die Stammesmitglieder verteilt.  
Es herrscht weitgehende Selbstversorgung, bei welcher höchstens nur Tauschhandel getrieben wird.
  
- 2) **Sicherheit und Geborgenheit:**  
Der völkerrechtliche Frieden ist durch die Erfüllung des Potsdamer Abkommens eintreten.  
Dadurch ist nicht nur friedliche Himmel über dem Kopf gewährleistet, sondern auch das Ende der gesamten brutalen psychologischen Kriegsführung der „Nazi-Teufel“!  
Das Familienleben der Deutschen steht im Vordergrund:  
Eigenes traditionelles gemütliches Heim mit Garten ohne sog. „Existenzsorgen“!
  
- 3) Die einzelnen Stammesgebiete im Heimatreich der Deutschen werden der traditionell-gesprochenen Mundart entsprechend neu aufgerichtet. Sie dazu die Karte der Mundarten der sog. „neudeutschen Stämme“ als Orientierung, diese Mundarten existieren bis heute weiter.  
Stammesgesellschaft bedeutet: Die Familie ist fester Bestandteil einer Dorfgemeinschaft. Die Dorf- oder Ortsgemeinschaft wiederum ist kollektiver Bestandteil im entsprechenden Stammesgebiet.  
Jeder Stammesangehörige ist ein voll akzeptiertes Einzelwesen in der Gemeinschaft des Stamms.
  
- 4) **Anerkennung:**  
Einrichtung einer Stände-Ordnung: Gemäß der natürlich- göttlichen Ordnung nimmt Jeder Mensch seinen Platz in der Gesellschaft durch sein eigenes Wirken ein.  
Ein Jeder wird mit Respekt ehrenvoll behandelt.
  
- 5) **Selbstverwirklichung:**  
Durch das neue Erziehungs- und Bildungswesen werden entsprechend dem genetischen Code der Deutschen die Anlagen zur Entfaltung gebracht.  
Der potenzielle Mensch wird zum Mensch-Sein erzogen.  
Der Mensch kann daher die Menschlichkeit erlangen.

## **WICHTIG! Merkblatt zum Programm für UNTEN: „DIE MENSCHLICHEN BEDÜRFNISSE“**

Die wenigen Deutschen, die sich wirklich für ihre Zukunft interessieren, schauen uns allen Anschein nach deswegen zu, weil sie mit ihrem gegenwärtigen Leben unzufrieden sind.

Es ist davon auszugehen, dass sie die Ursache für ihre Unzufriedenheit im System erkennen, in dem sie leben.

Diese Menschen sind unzufrieden, weil ihre naturgegebenen menschlichen Bedürfnisse von dem menschenfeindlichen BRD-Besatzungsregime nicht mehr ausreichend befriedigt werden!

Was kann die Nationale Befreiungsbewegung Deutschland – staatenlos.info den Menschen bieten?

Ziel des Beitrags ist es, Zustimmung und Rückhalt für dieses allumfassende Reformprogramm zu gewinnen.

Der interessierte Leser bzw. Zuschauer wird hier motiviert sein eigenes, programmiertes BRD-Verhaltensmuster zu überdenken um das eigene Denken langsam zu reformieren!

Der Lernprozess kann sofort beginnen!

Es geht nach der Erfüllung des völkerrechtlich verbindlichen Potsdamer Abkommens konkret um die Befriedigung der Bedürfnisse der „Menschen“ durch Einführung eines göttlich-natürlichen Lebens in einer wahrhaftigen, echten Stammesgesellschaft bzw. Volksgemeinschaft,

Dem Menschen soll bewusst gemacht werden, dass das BRD-Machtsystem nur darauf basiert die einfachen Grundbedürfnisse „satt und sauber“ zu befriedigen!

„Satt“ bedeutet dabei nicht mal wirklich „gut satt“, sondern die direkte Vergiftung des eigenen Körpers!

„Sauber“ bedeutet in der BRD einfach nur das Einseifen mit Hormonen und Mikroplastik mit der Folge der Vergiftung des (Grund-) Trinkwassers.

Zusammengefasst ist die BRD-„satt-&-sauber“-Gesellschaft der primitivste Schrott und keiner außer NBB Deutschland – staatenlos.info ist jemals in der Lage diesen katastrophalen Zustand zu ändern!

Die Gesellschaftsordnung, die NBB-Deutschland – stataenlos.info vorstellt und einführt, wird alle menschlichen Bedürfnisse perfekt befriedigen!

Zwingend notwendige Voraussetzung ist die Umsetzung der Entnazifizierungsprozesse, der Weltbilderschütterungen, Läuterungen, die Rückbesinnung zur natürlichen Normalität und dem Durchlauf der Rehabilitationsprozesse!

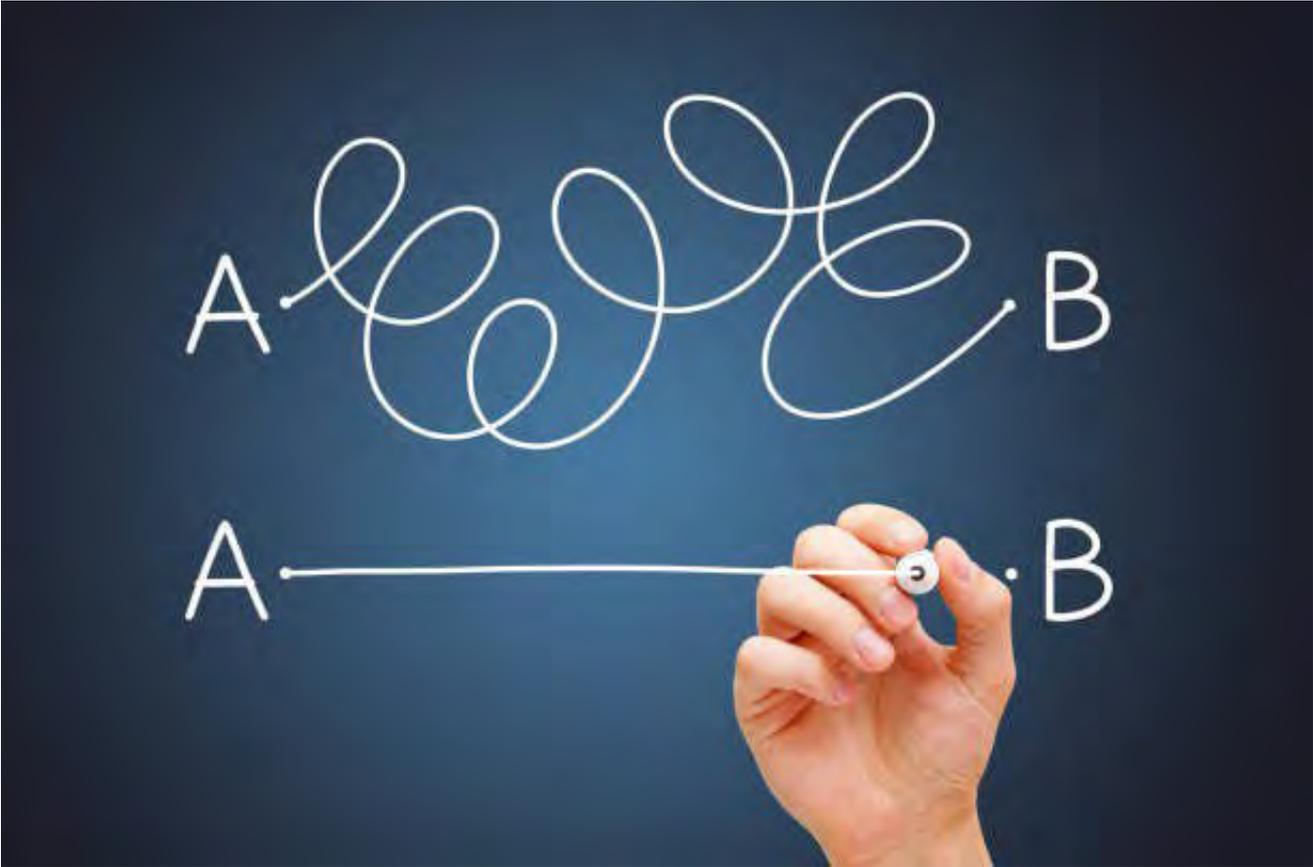
## 7. Die Nationale Übergangsregierung in Deutschland!



Die Übergangsregierung wird über einen nationalen Übergangsrat in Abstimmung der alliierten Siegermächte c/o Russland durch die deutsche Minderheiten-Initiative [staatenlos.info](http://staatenlos.info) – Kommission139 gebildet. Hierbei geht es allerdings nicht um die Neugründung, sondern um die Wiederherstellung der Handlungsfähigkeit des Völkerrechtssubjekts –mit der völkerrechtlichen Bezeichnung „Deutschland – gleichbedeutend das „Deutsche Reich“.

Beweis:

Urteil Bundesverfassungsgericht der BRD - Zitat: „Es wird daran festgehalten (vgl z. **Bsp.** BVerfG, 1956-08-17, 1 BvB 2/51, BVerfGE 5, 85 <126>), dass das Deutsche Reich den Zusammenbruch 1945 überdauert hat und weder mit der Kapitulation noch durch die Ausübung fremder Staatsgewalt in Deutschland durch die Alliierten noch später untergegangen ist; es besitzt nach wie vor Rechtsfähigkeit, ist allerdings als Gesamtstaat mangels Organisation nicht handlungsfähig. Die BRD ist nicht "Rechtsnachfolger" des Deutschen Reiches, sondern als Staat identisch mit dem Staat "Deutsches Reich", - in Bezug auf seine räumliche Ausdehnung allerdings teilidentisch".



## Flugblatt von Sophie und Hans Scholl

### Flugblätter der Weissen Rose.

#### I

Nichts ist eines Kulturvolkes unwürdiger, als sich ohne Widerstand von einer verantwortungslosen und dunklen Trieben ergebenden Herrscherclique "regieren" zu lassen. Ist es nicht so, dass sich jeder ehrliche Deutsche heute seiner Regierung schämt, und wer von uns ahnt das Ausmass der Schmach, die über uns und unsere Kinder kommen wird, wenn einst der Schleier von unseren Augen gefallen ist und die grauenvollsten und jegliches Mass unendlich überschreitenden Verbrechen ans Tageslicht treten? Wenn das deutsche Volk schon so in seinem tiefsten Wesen korumpiert und zerfallen ist, dass es ohne eine Hand zu regen, im leichtsinnigen Vertrauen auf eine fragwürdige Gesetzmässigkeit der Geschichte, das Höchste, das ein Mensch besitzt, und das ihn über jede andere Kreatur erhöht, nämlich den freien Willen, preisgibt, die Freiheit des Menschen preisgibt, selbst mit einzugreifen in das Rad der Geschichte und es seiner vernünftigen Entscheidung unterzuordnen, wenn die Deutschen so jeder Individualität bar, schon so sehr zur geistlosen und feigen Masse geworden sind, dann, ja dann verdienen sie den Untergang.

Goethe spricht von den Deutschen als einem tragischen Volke, gleich dem der Juden und Griechen, aber heute hat es eher den Anschein, als sei es eine seichte, willenlose Herde von Mitläufern, denen das Mark aus dem Innersten gezogen und nun ihres Kernes beraubt, bereit sind sich in den Untergang hetzen zu lassen. Es scheint so - aber es ist nicht so; vielmehr hat man in langsamer, trügerischer, systematischer Vergewaltigung jeden einzelnen in ein geistiges Gefängnis gesteckt, und erst, als er darin gefesselt lag, würde er sich dem Verhängnis bewusst. Wenige nur erkannten das drohende Verderben, und der Lohn für ihr heroisches Mahnen war der Tod. Ueber das Schicksal dieser Menschen wird noch zu reden sein.

Wenn jeder wartet, bis der Andere anfängt, werden die Boten der rächenden Nemesis unaufhaltsam näher und näher rücken, dann wird auch das letzte Opfer sinnlos in den Rachen des unersättlichen Dämons geworfen sein. Daher muss jeder Einzelne seiner Verantwortung als Mitglied der christlichen und abendländischen Kultur bewusst in dieser letzten Stunde sich wahren so viel er kann, arbeiten wider die Geisel der Menschheit, wider den Faschismus und jedes ihm ähnliche System des absoluten Staates. Leistet passiven Widerstand - **W i d e r s t a n d** - wo immer Ihr auch seid, verhindert das Weiterlaufen dieser ateistischen Kriegsmaschine, ehe es zu spät ist, ehe die letzten Städte ein Trümmerhaufen sind, gleich Köln, und ehe die letzte Jugend des Volkes irgendwo für die Hybris eines Untermenschen verblutet ist. Vergesst nicht, dass ein jedes Volk diejenige Regierung verdient, die es erträgt!

Aus Friedrich Schiller, "Die Gesetzgebung des Lykurgus und Solon":

"...Gegen seinen eigenen Zweck gehalten, ist die Gesetzgebung des Lykurgus ein Meisterstück der Staats- und Menschenkunde. Er wollte einen mächtigen, in sich selbst gegründeten, unzerstörbaren Staat; politische Stärke und Dauerhaftigkeit waren das Ziel, wonach er strebte, und dieses Ziel hat er so weit erreicht, als unter seinen Umständen möglich war. Aber hält man den Zweck, welchen Lykurgus sich vorgesetzt, gegen den Zweck der Menschheit, so muss eine tiefe Missbilligung an die Stelle der Bewunderung treten, die uns der erste, flüchtige Blick abgeworfen hat. Alles darf dem Besten des Staates zum Opfer gebracht werden, nur dasjenige nicht, dem der Staat selbst nur als ein Mittel dient. Der Staat selbst ist niemals Zweck, er ist nur wichtig als eine Bedingung, unter welcher der Zweck der Menschheit erfüllt werden kann, und dieser Zweck der Menschheit ist kein anderer, als Ausbildung aller Kräfte des Menschen, Fort-

schreitung. Hindert eine Staatsverfassung, dass alle Kräfte, die im Menschen liegen, sich entwickeln; hindert sie die Fortschreitung des Geistes, so ist sie verwerflich und schädlich, sie mag übrigens noch so durchdacht und in ihrer Art noch so vollkommen sein. Ihre Dauerhaftigkeit selbst gereicht ihr alsdann vielmehr zum Vorwurf, als zum Ruhme - sie ist dann nur ein verlängertes Uebel; je länger sie Bestand hat, umso schädlicher ist sie.

.....Auf Unkosten aller sittlichen Gefühle wurde das politische Verdienst errungen und die Fähigkeit dazu ausgebildet. In Sparta gab es keine eheliche Liebe, keine Mutterliebe, keine kindliche Liebe, keine Freundschaft - es gab nichts als Bürger, nichts als bürgerliche Tugend.

.....Ein Staatsgesetz machte den Spartanern die Unmenschlichkeit gegen ihre Sklaven zur Pflicht; in diesen unglücklichen Schlachtopfern wurde die Menschheit beschimpft und misshandelt. In dem spartanischen Gesetzbuche selbst wurde der gefährliche Grundsatz gepredigt, Menschen als Mittel und nicht als Zwecke zu betrachten - dadurch wurden die Grundfesten des Naturrechts und der Sittlichkeit gesetzmässig eingerissen.

.....Welch schöneres Schauspiel gibt der rauhe Krieger Cajus Marcius in seinem Lager vor Rom, der Rache und Sieg aufopfert, weil er die Tränen der Mutter nicht fließen kann!"

"...Der Staat ( des Lykurgus) könnte nur unter der einzigen Bedingung fortauern, wenn der Geist des Volks stillstünde; er konnte sich also nur dadurch erhalten, dass er den höchsten und einzigen Zweck eines Staates verfehlte."

Aus Goethe "Des Epimenides Erwachen", zweiter Aufzug, vierter Auftritt:

Genien

.....  
Doch was dem Abgrund Kühn entstiegen,  
Kann durch ein ehernes Geschick  
Den halben Weltkreis übersiegen,  
Zum Abgrund muss es doch zurück.  
Schon droht ein ungeheures Bangen,  
Vergebens wird er widerstehn!  
Und alle, die noch an ihn hangen,  
Sie müssen mit zu Grunde gehn

Hoffnung

Nun begeg' ich meinen Braven,  
Die sich in der Nacht versammelt  
Um zu schweigen, nicht zu schlafen,  
Und das schöne Wort der Freiheit  
Wird geliepelt und gestammelt,  
Bis in ungewohnter Neuheit  
Wir an unserer Tempel Stufen  
Wieder neu entzündt es rufen:  
(Mit Ueberzeugung laut:)  
Freiheit!  
(gemässigt)  
Freiheit!  
(von allen Seiten und Enden Echo)  
Freiheit!

Wir bitten Sie, dieses Blatt mit möglichst vielen Durchschlägen abzuschreiben und weiter zu verteilen!

## **8. Die zwingend-notwendige Entnazifizierung des nicht untergegangenen Nazi-Deutschlands!**

### **Rechtliche Voraussetzungen und Feststellungen in Bezug auf Deutschland im gegenwärtigen Rechtszustand vom 31.12.1937:**

#### **Erstens:**

Der sog. „völkerrechtliche Vollstaat Deutschland“ = das sog. „Deutsche Reich“ unterliegt weiterhin der sog. „Feindstaatenklausel“ (Artikel 53 der UN-Charta) und befindet sich noch immer im Kriegszustand mit über 54 kriegsbeteiligten Nationen.

Dies führt in Bezug auf dieses „Deutschland“ automatisch zur Anwendung des „humanitären Völkerrechts“ (Kriegsvölkerrecht) und damit für alle eingeborenen Deutschen, in Deutschland eingebürgerte Migranten und die gesamte internationale Welt-Gemeinschaft zur Anwendung des Artikels 24 der Haager Landkriegsordnung von 1907.

**Haager Landkriegsordnung (HLKO) - Artikel 24 Kriegslisten sind erlaubt – Zitat:** Kriegslisten und die Anwendung der notwendigen Mittel, um sich Nachrichten über den Gegner und das Gelände zu verschaffen, sind erlaubt.

Beweis-Quelle:

[https://www.1000dokumente.de/index.html?c=dokument\\_de&dokument=0201\\_haa&object=translation&l=de](https://www.1000dokumente.de/index.html?c=dokument_de&dokument=0201_haa&object=translation&l=de)

Die Anwendungen von Lug und Trug, Täuschungen, Tarnungen (falscher Anschein), Glaubhaftmachungen, Scheinstellungen, Attrappen, irreführende Falschinformationen im Rahmen der psychologischen Kampfführung, um den Gegner zu unvorsichtigen Handlungen zu veranlassen, Ängste zu schüren oder falsche Hoffnungen zu wecken usw. gelten allesamt als erlaubte Kriegslisten bei der fortgesetzten Kriegsführung gegen die Deutschen, in Deutschland eingebürgerte Migranten und die gesamte internationale Weltgemeinschaft.

#### **1. irreführende Falschinformation/ Lüge:**

„Die Bundesrepublik Deutschland (BRD) ist der bis heute weiter existierende völkerrechtlich Staat Deutschland = das Deutsche Reich.“

**Die Wahrheit:** Die „Bundesrepublik Deutschland“ (BRD) wurde am 23. Mai 1949 im Rahmen des Besatzungsstatutes der westalliierten Siegermächte auf westdeutschem Boden (sog. „Trizone“) gegründet.

Die provisorische angloamerikanische Treuhandverwaltung BRD ist NICHT der völkerrechtliche Vollstaat Deutschland!

„Deutschland“ ist der völkerrechtliche Vollstaat „Deutsches Reich“ im Gebiets- und Rechtsstand vom 31.12.1937 = beide Begriffe bedeuten ein und dasselbe – siehe dazu u. a. die SHAEF Gesetze Nr. 52, 53 und 161.

Tarnung, Scheinstellung und irreführende Information als angewendete Kriegslisten: Die irreführende Bezeichnung „Bundesrepublik Deutschland“ täuscht der internationalen Weltgemeinschaft vor, dass die angloamerikanische Besatzungs-Treuhandverwaltung „Bundesrepublik Deutschland“ der deutsche Staat „Deutschland“ = das „Deutsche Reich“ sei. Zwecks dieser Täuschung werden auch staatliche Symbole und Hoheitszeichen, wie z. Bsp. die Schwarz-Rot-Goldene Staatsflagge und der Hexagon-Hoheitsadler des Deutschen Reiches = Deutschland mißbräuchlich eingesetzt.

## 2. irreführende Falschinformation/ Lüge:

„Die Europäische Union ist Europa und ein völkerrechtlicher Staat.“

Wahrheit: Die private Interessensgemeinschaft „Europäische Union“, das NSDAP-Projekt Walter Hallstein-Plan „Europa“, ist nicht der Kontinent „Europa“, sondern befindet sich nur auf demselben.

Die private Vereinigung „Europäische Union“ – Walter Hallstein-NS-Projekt „Europa“ ist und wird kein völkerrechtlicher Vollstaat.

## 3. irreführende Falschinformation/ Lüge:

„Dritter Weltkrieg“

Wahrheit: Der Zweite Weltkrieg wurde offenkundig wegen fehlender Friedensverträge mit über 54 kriegsbeteiligten Staaten bzw. Nationen NICHT beendet!

Heute sind es 193 Staaten als Mitglieder der „Vereinten Nationen – UN“, die als Feindstaatenbündnis gegen Deutschland gegründet wurde!

Der „Zweite Welt-Krieg“ läuft bis heute als sog. „kalter Krieg“ mit partiell „heißen“ Kriegsschauplätzen weiter!

Sefton Delmer (1904-1979) – bedeutender englischer Journalist:

Jeder Griff ist erlaubt. Je übler, um so besser. Lügen, Betrug – alles." Quelle: Die Deutschen und ich, Hamburg 1963, S. 590

## Zweitens:

Ein Staatsvolk ist die Summe aller Staatsangehörigen.

„Ein Staatsangehöriger eines Staates oder einer Regierung bedeutet ein Untertan oder Staatsbürger sowie eine Personengesellschaft, Handelsgesellschaft, Körperschaft oder sonstige juristische Person, die auf Grund der Gesetze eines derartigen Staates oder einer derartigen Regierung besteht oder in dem Gebiet eines derartigen Staates oder einer derartigen Regierung eine Hauptniederlassung hat;“ - SHAEF-Gesetz Nr.52 VII Begriffsbestimmung 9d und Beschluss der Alliierten Militärregierung: Gesetz Nr. 52 „Sperrung und Beaufsichtigung von Vermögen“ Artikel VII **Begriffsbestimmungen**



# **GRUNDGESETZ**

für die Bundesrepublik Deutschland

Bundeszentrale für politische Bildung

9. Für die Zwecke dieses Gesetzes gelten die folgenden Begriffsbestimmungen:

- (a) "Personen" bedeutet jede natürliche Person, jede Gesamthandsgemeinschaft und jede juristische Person des öffentlichen oder privaten Rechts, die gesetzlich fähig ist, Vermögen oder Vermögensrechte zu erwerben, zu benutzen, in Kontrolle zu nehmen oder darüber zu verfügen;
- (b) "Geschäftliches Unternehmen" bedeutet jede Einzelperson, offene Handelsgesellschaft, Vereinigung, Körperschaft oder sonstige Organisation, die ein Handelsgeschäft oder ein sonstiges Geschäft betreibt oder öffentliche Wohlfahrtstätigkeit ausübt;
- (c) "Vermögen" bedeutet jedes bewegliche und unbewegliche Vermögen sowie alle gesetzlichen, auf Recht und Billigkeit beruhenden und wirtschaftlichen Eigentumsrechte und Interessen oder gegenwärtige oder zukünftige Ansprüche auf Überlassung von Vermögen und schließt insbesondere die folgenden Gegenstände ein, ohne daß diese Aufzählung erschöpfend ist: Grund und Boden, Gebäude, Geld, Aktien, Wertpapiere, Patentrechte, Gebrauchs- oder Lizenzrechte, sonstige Eigentumsurkunden, Schuldverschreibungen, Bankguthaben, Ansprüche, Verbindlichkeiten, andere Schuldurkunden, Kunst- und Kulturgegenstände;
- (d) ein "Staatsangehöriger" eines Staates oder einer Regierung bedeutet ein Untertan oder Staatsbürger sowie eine Personengesellschaft, Handelsgesellschaft, Körperschaft oder sonstige juristische Person, die auf Grund der Gesetze eines derartigen Staates oder einer derartigen Regierung besteht oder in dem Gebiet eines derartigen Staates oder einer derartigen Regierung eine Hauptniederlassung hat;
- (e) "Deutschland" bedeutet das Deutsche Reich, wie es am 31. Dezember 1937 bestanden hat.

## **Gesetz Nr. 52**

### **Artikel VII**

e) „Deutschland“ bedeutet das Deutsche Reich wie es am 31. Dezember 1937 bestanden hat.

## **Gesetz Nr. 53**

### **Artikel VII**

g) Der Ausdruck „Deutschland“ bedeutet das Gebiet, aus welchem am 31. Dezember 1937 das „Deutsche Reich“ bestand.

## **Gesetz Nr. 161**

2. Der Ausdruck „Grenzen des deutschen Reiches“ der in diesem Gesetz gebraucht wird, bedeutet die Grenzen, wie sie am 31. Dezember 1937 bestanden haben.

Beweis-Quellen: [https://archive.org/details/SHAEF-Gesetz\\_1-161](https://archive.org/details/SHAEF-Gesetz_1-161)  
+ <https://archive.org/details/ShaefS.h.a.e.fDeutschlandGermanyWorldWar>

## **Der Begriff „Deutschland“ und „Deutsches Reich“ sind im Sinne des Staatsbegriffs ein und dasselbe!**

### **Drittens:**

Das Deutsche Reich existiert im nationalsozialistischen Zustand - im Gebiets- und Rechtszustand vom 31. Dezember 1937 - weiter fort. Es ist seit dem 23. Mai 1945 handlungsunfähig und wird von der angloamerikanischen Treuhandverwaltung „Bundesrepublik Deutschland“ verwaltet und das Vermögen verwertet. Das sog. Staatsvolk wurde als „entwaffnete Feinde“ entrechtet und entmachtet. Die Hoheitsgewalt ist in Treuhänderschaft bzw. an die Besatzungsmächte übergegangen:

#### **a) Haager Landkriegsordnung Artikel 43.**

Nachdem die gesetzmäßige Gewalt tatsächlich in die Hände des Besetzenden übergegangen ist, hat dieser alle von ihm abhängenden Vorkehrungen zu treffen, um nach Möglichkeit die öffentliche Ordnung und das öffentliche Leben wiederherzustellen und aufrechtzuerhalten, und zwar, soweit kein zwingendes Hindernis besteht, unter Beachtung der Landesgesetze.

#### **Artikel 55.**

Der besetzende Staat hat sich nur als Verwalter und Nutznießer der öffentlichen Gebäude, Liegenschaften, Wälder und landwirtschaftlichen Betriebe zu betrachten, die dem feindlichen Staate gehören und sich in dem besetzten Gebiete befinden. Er soll den Bestand dieser Güter erhalten und sie nach den Regeln des Nießbrauchs verwalten.

### **b) UN-Charta**

#### **KAPITEL XII (römisch 12)**

#### **DAS INTERNATIONALE TREUHANDSYSTEM**

##### **Artikel 75**

Die Vereinten Nationen errichten unter ihrer Autorität ein internationales Treuhandsystem für die Verwaltung und Beaufsichtigung der Hoheitsgebiete, die aufgrund späterer Einzelabkommen in dieses System einbezogen werden. Diese Hoheitsgebiete werden im Folgenden als Treuhandgebiete bezeichnet.

##### **Artikel 76**

Im Einklang mit den in Artikel 1 dieser Charta dargelegten Zielen der Vereinten Nationen dient das Treuhandsystem hauptsächlich folgenden Zwecken:

**a)** den Weltfrieden und die internationale Sicherheit zu festigen;

**b)** den politischen, wirtschaftlichen, sozialen und erzieherischen Fortschritt der Einwohner der Treuhandgebiete und ihre fortschreitende Entwicklung zur Selbstregierung oder Unabhängigkeit so zu fördern, wie es den besonderen Verhältnissen eines jeden dieser Hoheitsgebiete und seiner Bevölkerung sowie deren frei geäußerten Wünschen

entspricht und in dem diesbezüglichen Treuhandabkommen vorgesehen ist;

Gemäß diesen Vorgaben liegt die Hoheitsgewalt für den handlungsunfähigen Staat „Deutschland“ bei der Besatzungs- und Treuhandverwaltung der westalliierten Siegermächte.

Diese angloamerikanische Treuhand- und Besatzungsorganisation trägt die (irreführende) eigenständige Bezeichnung: „Bundesrepublik Deutschland“.

#### **Viertens:**

#### **Mitteilung über die Dreimächtekonferenz von Berlin ("Potsdamer Abkommen") vom 2. August 1945 III. Deutschland**

„Alliierte Armeen führen die Besetzung von ganz Deutschland durch und das deutsche Volk fängt an, die furchtbaren Verbrechen zu büßen, die es unter der Leitung derer, welche es zur Zeit ihrer Erfolge offen gebilligt und denen es blind gehorcht hat, begangen hat. Auf der Konferenz wurde eine Übereinkunft erzielt über die politischen und wirtschaftlichen Grundsätze der gleichgeschalteten Politik der Alliierten in Bezug auf das besiegte Deutschland in der Periode der alliierten Kontrolle.

Das Ziel dieser Übereinkunft bildet die Durchführung der Krim-Deklaration über Deutschland.

**Der deutsche Militarismus und Nazismus werden ausgerottet und die Alliierten treffen nach gegenseitiger Vereinbarung in der Gegenwart und in der Zukunft auch andere Maßnahmen, die notwendig sind, damit Deutschland niemals mehr seine Nachbarn oder die Erhaltung des Friedens in der ganzen Welt bedrohen kann.**

**Es ist nicht die Absicht der Alliierten, das deutsche Volk zu vernichten oder zu versklaven. Die Alliierten wollen dem deutschen Volk die Möglichkeit geben, sich darauf vorzubereiten, sein Leben auf einer demokratischen und friedlichen Grundlage von neuem wiederaufzubauen. Wenn die eigenen Anstrengungen des deutschen Volkes unablässig auf die Erreichung dieses Zieles gerichtet sein werden, wird es ihm möglich sein, zu gegebener Zeit seinen Platz unter den freien und friedlichen Völkern der Welt einzunehmen.“**

#### **A. Politische Grundsätze**

##### **Entmilitarisierung**

„3. Die Ziele der Besetzung Deutschlands, durch welche der Kontrollrat sich leiten lassen soll, sind:

**(I) *Völlige Abrüstung und Entmilitarisierung Deutschlands und die Ausschaltung der gesamten deutschen Industrie, welche für eine Kriegsproduktion benutzt werden kann oder deren Überwachung.***“

##### **Entnazifizierung:**

„4. **Alle nazistischen Gesetze, welche die Grundlagen für das Hitlerregime**

**geliefert haben oder eine Diskriminierung auf Grund der Rasse, Religion oder politischer Überzeugung errichteten, müssen abgeschafft werden.**

*Keine solche Diskriminierung, weder eine rechtliche noch eine administrative oder irgendeiner anderen Art, wird geduldet werden.“*

- Quelle: <http://www.documentarchiv.de/in/1945/potsdamer-abkommen.html>

Alle nationalsozialistischen Gesetze und Rechtsgrundlagen wurden durch die alliierten Siegermächte im rechtsgültigen SHAEF-Gesetz Nr. 1 Artikel III strafbewehrt verboten und aufgehoben -

**SHAEF-Gesetz Nr. 1 Artikel III**

**„...Die Auslegung oder Anwendung deutschen Rechts nach nationalsozialistischen Lehren, gleichgültig wie und wann dieselben kundgemacht wurden, ist verboten!“**

**Folgen bei Nichterfüllung der Entnazifizierung und Entmilitarisierung Deutschlands:**

### **Das Gesetz Nr. 104**

„Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus“ vom 05.03.1946 enthält zahlreiche Rechtsvorschriften.

1. Nationalsozialismus und Militarismus haben in Deutschland zwölf Jahre die Gewaltherrschaft ausgeübt, schwerste Verbrechen gegen das deutsche Volk und die Welt begangen, Deutschland in Not und Elend gestürzt und das Deutsche Reich zerstört. Die Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus ist eine unerläßliche Vorbedingung für den politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Wiederaufbau...

3. Der Kontrollrat hat am 12. Januar 1946 für ganz Deutschland Richtlinien für diese Entfernung und den Ausschluß in der **Anweisung Nr. 24** aufgestellt, die für die deutschen Regierungen und für das deutsche Volk verbindlich sind...“

Die mit dem Befreiungsgesetz vom Nationalsozialismus und Militarismus verbundene **Kontrollratsdirektive Nr. 24**, die die „Entfernung von Nationalsozialisten und Personen, die den Bestrebungen der Alliierten feindlich gegenüberstehen, aus Ämtern und verantwortlichen Stellungen“ vom 12. Januar 1946 vorsah, wurde in der BRD am 05. Mai 1955 und in der DDR am 20. September 1955 **außer Wirkung gesetzt**.

Die Vorschriften über Entnazifizierung sind offenbar bis heute weiter uneingeschränkt gültig:

Artikel 139 Grundgesetz für die BRD: **Die zur "Befreiung des deutschen Volkes vom Nationalsozialismus und Militarismus" erlassenen Rechtsvorschriften werden von den Bestimmungen dieses Grundgesetzes nicht berührt.**

Quellen:

<https://www.verfassungen.de/de45-49/kr-direktive24.htm>

<https://www.verfassungen.de/bw/wuerttemberg-baden/befreiungsgesetz46.htm>

Im März 1946 wurde das Gesetz zur Befreiung vom Nationalsozialismus und Militarismus erlassen.

Belastete Personen mussten sich, wie auf dieser Aufnahme gezeigt, vor Spruchkammern verantworten.

Für den demokratischen Neubeginn Nachkriegsdeutschlands war die Entnazifizierung von großer Bedeutung.

Die mit der **Direktive JCS 1067** auf der **Potsdamer Konferenz 1945** bekannt gegebene Absicht der Alliierten war **die völlige Ausrottung der nationalsozialistischen Ideologie und deren Urheber, Repräsentanten und Anhänger zur Verantwortung zu ziehen** – auf staatlicher, gesellschaftlicher und privatwirtschaftlicher Ebene -

Quelle: Paul Hoser Mainpost Verantwortlicher Walter Röder

**Die alliierten Siegermächte haben am 02.08.1945 in Potsdam erklärt, dass sie das militärisch niedergeworfene Deutschland weder vernichten noch das Staatsvolk versklaven wollen:**

**Als Vorgehensweise wurden die Beschlüsse des Potsdamer Abkommens („...Teil III Deutschland“ usw.) die völkerrechtlich bindende Vereinbarung, die die vollständige Entnazifizierung und Entmilitarisierung Deutschlands mit einschließt.**



## Mitteilung über die Dreimächtekonferenz von Berlin - Potsdamer Abkommen, 2. August 1945 III. Deutschland

Es ist nicht die Absicht der Alliierten, das deutsche Volk zu vernichten oder zu versklaven. Die Alliierten wollen dem deutschen Volk die Möglichkeit geben, sich darauf vorzubereiten, sein Leben auf einer demokratischen und friedlichen Grundlage von neuem wiederaufzubauen. Wenn die eigenen Anstrengungen des deutschen Volkes unablässig auf die Erreichung dieses Zieles gerichtet sein werden, wird es ihm möglich sein, zu gegebener Zeit seinen Platz unter den freien und friedlichen Völkern der Welt einzunehmen.



**Artikel 139**  
**(Befreiungsgesetz)**

Die zur „Befreiung des deutschen Volkes vom Nationalsozialismus und Militarismus“ erlassenen Rechtsvorschriften werden von den Bestimmungen dieses Grundgesetzes nicht berührt.



## Fünftens:

### **Sofortige bedingungslose Umsetzung des Potsdamer Abkommens in Deutschland**

Das Deutsche Reich ist in diesem Zustand ein einziger Gesamtstaat, mit der Handelsflagge Schwarz-Rot-Gold als Nationalflagge und ein Bündnis, bestehend aus 17 + 1 Bundesländern. Zuvor waren es die 26 Bundes-Staaten im Deutschen Reich, das vor 1919 noch ein Staatenbund aus 26 Einzel-Staaten war! Diese Bundes-Staaten wurden in der Verfassung des Deutschen Reiches vom 11.08.1919 zu Bundes-Ländern transformiert und zu insgesamt 17 Bundesländern teilweise zusammengefasst. 17 + 1 bezieht sich auf das Saarland, das sich bis 1935 unter der Verwaltung des Völkerbundes befand.

#### **„Verfassung des Deutschen Reiches“ vom 11. August 1919:**

##### **Artikel 2 Das Reichsgebiet besteht aus den Gebieten der deutschen Länder.**

Andere Gebiete können durch Reichsgesetz in das Reich aufgenommen werden, wenn es ihre Bevölkerung kraft des Selbstbestimmungsrechts begehrt.

Das größte Land war Preußen, dann folgten Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden, Thüringen und Hessen. Zu den Kleinstaaten gehörten Oldenburg, Braunschweig, Anhalt, Hamburg, Bremen, Lippe, Lübeck, Waldeck (ab 1929 zu Preußen), Schaumburg-Lippe, Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz -

Quelle: <https://www.zeitklicks.de/weimarer-republik/politik/typisch-weimar/die-laender-der-republik>

Mit den Ergebnissen des ersten Weltkrieges, dem Versailler Vertrag, der Gründung des Völkerbundes am 10. Januar 1920 und der Aufnahme „Deutschlands“ in diesen Völkerbund am 8. September 1926 wurde dem ehemaligen Staatenbund „Deutsches Reich“ in Gestalt der „Weimarer Republik“ die Eigenschaft eines nationalen Gesamtstaats verliehen.

Sobald das Deutsche Reich im Rahmen der Erfüllung des Potsdamer Abkommens durch die indigenen berechtigten Deutschen unter Alliiierter Aufsicht /Kontrolle/Absprache wieder handlungsfähig wird, tritt das „Grundgesetz FÜR die Bundesrepublik Deutschland“ automatisch außer Kraft, weil die Hoheitsgewalt Deutschlands ab diesem Moment bei der neu eingesetzten Regierung Deutschlands liegen würde und nicht mehr treuhänderisch von der Bundesrepublik Deutschland organisiert wird. (siehe GG146 Geltungsdauer des Grundgesetzes für die BRD) Zu diesem Zeitpunkt befindet sich Deutschland weiterhin im Zustand vom 31. Dezember 1937.

1937 war die Verfassung des Deutschen Reiches vom 11. August 1919 die gesetzgebende Verfassung.

Diese Verfassung wurde allerdings von der nationalsozialistischen Gesetzgebung Adolf Hitlers NSDAP - dem Staatsgrundgesetz (sog. „Neuen Staatsrecht“) überlagert.

## **9. Sofort-Maßnahmen der Nationalen Übergangsregierung**

Deutschland = das sog. „Deutsche Reich“ wird im Rahmen der Erfüllung des Potsdamer Abkommens durch die entsprechend legitimierte Nationale Übergangsregierung durch die Kommission 139 – Nationale Befreiungsbewegung Deutschland – staatenlos.info gebildet und damit wieder handlungsfähig.

In diesem Moment wird die sog. „Verfassung des Deutschen Reiches“ vom 11. August 1919 unter beschränkender Maßgabe von Maßnahmen zur Behebung kriegsbedingter Notstände wieder in Kraft gesetzt.

**Nach dem Abschluss von Friedensverträgen mit allen UN-Mitgliedstaaten werden sofort die notwendigen Maßnahmen zur Entnazifizierung von Deutschland umgesetzt:**

### **Erste Maßnahme:**

Sofortige Bereinigung des Staates von allen nationalsozialistischen Rechtsinhalten, Verordnungen und Gesetzen - insbesondere den Ersatz der von Adolf Hitlers Gesetzgebung zwangsverordneten „deutschen Staatsangehörigkeit“ vom 05. Februar 1934 mit der vorherigen Staatsangehörigkeit!

### **Sofortige Beendigung des Notstandes durch Staatenlosigkeit der Deutschen in Deutschland:**

Im Rahmen der Entnazifizierung ist es zwingend notwendig, den Notstand der Staatenlosigkeit aufzuheben, den die Verfassung des Deutschen Reiches vom 11. August 1919 mangels gesetzlicher Umsetzung in sich trägt.

Regelung der Staatsangehörigkeit in der Verfassung des Deutschen Reiches vom 11. August 1919:

#### **Artikel 110**

Die Staatsangehörigkeit im Reiche und in den Ländern wird nach den Bestimmungen eines Reichsgesetzes erworben und verloren.

Jeder Angehörige eines Landes ist zugleich Reichsangehöriger.

Jeder Deutsche hat in jedem Lande des Reichs die gleichen Rechte und Pflichten wie die Angehörigen des Landes selbst.

**Da für den Artikel 110 das umsetzende Gesetz offenbar fehlt, erfolgt eine entsprechende Reform des immer noch zugrunde liegenden Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz (RuStAG) vom 22. Juli 1913.**

(Hinweis: Die sog. „unmittelbare“ bzw. „mittelbare Reichsangehörigkeit“ ist keine eigenständige Staatsangehörigkeit.)

**Der Zustand der Staatenlosigkeit der Deutschen wird durch entsprechende Reformierung des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz (RuStAG) vom 22. Juli 1913 sofort behoben:**

**Die sog. Legal-Definition der Deutschen wird bis zur Umsetzung des Heimat- und Friedensprogramms und Reform der Verfassung entsprechend neu definiert, um den Notstand der Staatenlosigkeit im Kriegszustand in Deutschland aufzuheben:**

**§1 Deutscher ist, wer die Angehörigkeit in einem Bundesland besitzt. Der Besitz der Angehörigkeit in einem Bundesland führt automatisch zum Besitz der Staatsangehörigkeit in Deutschland = dem Deutschen Reich. Die Angehörigkeit in einem Bundesland wird erworben, durch Nachweis der Abstammung in den entsprechenden Gebieten der jeweiligen Bundesländer und nach vollständiger Beurteilung des Lebenslaufes und des Verhaltens im Rahmen des Entnazifizierungsprozesses.**

Die Oder-Funktion „unmittelbare Reichsangehörigkeit“ entfällt gemäß Artikel 119 des Vertrags von Versailles (RGBl. I. S. 687), da Deutschland auf die deutschen Kolonien bzw. Schutzgebiete ab 1919 verzichtet hat und von der deutschen Minderheit auch nicht gewollt sind.

**§ 2.** Die Angehörigkeit in einem Bundesland wird erworben:

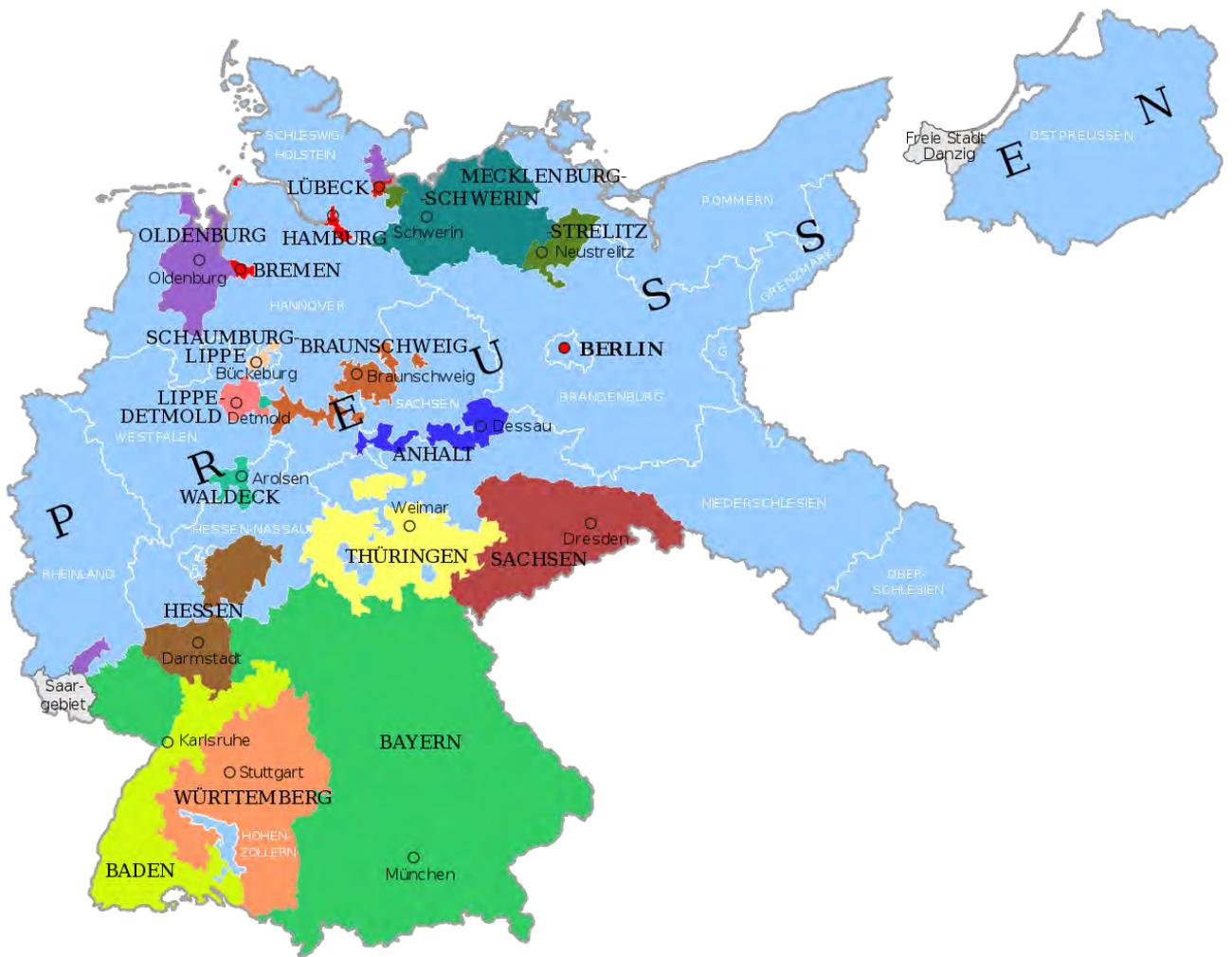
1. durch Geburt
2. durch Legitimation
3. durch Eheschließung
4. für einen Auslandsdeutschen durch Aufnahme
5. für einen Ausländer durch Einbürgerung über Ehrenbürgerschaft und durch Eheschließung mit Aufenthaltstitel

**§3 Ausländer, die sich mit einem indigenen Deutschen gemäß §1 in einem Ehebund befinden, erhalten bis zur vollständigen Überprüfung einen vorübergehend befristeten Aufenthaltstitel.**

**Ausländer haben kein Beteiligungsrecht bei Volksentscheiden (sog. „Referenden“) in Deutschland.**

### **Zweite Maßnahme:**

**Im Rahmen der Entnazifizierung bildet die Nationale Übergangsregierung mit den Alliierten Siegermächten eine gemeinsame zentrale Spruchkammer in Deutschland.**



- Anhalt | 
  Baden | 
  Bayern | 
  Braunschweig | 
  Bremen | 
  Hamburg | 
  Hessen | 
  Lippe | 
  Lübeck | 
  Mecklenburg-Schwerin | 
  Mecklenburg-Strelitz | 
  Oldenburg | 
  Preußen | 
  Sachsen | 
  Schaumburg-Lippe | 
  Thüringen (ab 1920) | 
  Württemberg
- Saargebiet (unter Völkerbundsverwaltung 1920-1935)

Quelle: [https://de.wikipedia.org/wiki/Weimarer\\_Republik](https://de.wikipedia.org/wiki/Weimarer_Republik)

In ihrer Kernzeit umfasste die Republik somit folgende 18 Länder (Angaben von 1925) und das Saargebiet:<sup>[67]</sup>

**Länder Deutschlands, 1925**

Land	Flagge	Wappen	Fläche (km <sup>2</sup> )	Einwohner	Einw./km <sup>2</sup>	Hauptstadt
<a href="#">Freistaat Anhalt</a>			2.313,58	351.045	143	<a href="#">Dessau</a>
<a href="#">Republik Baden</a>			15.069,87	2.312.500	153	<a href="#">Karlsruhe</a>
<a href="#">Freistaat Bayern</a>			75.996,47	7.379.600	97	<a href="#">München</a>
<a href="#">Freistaat Braunschweig</a>			3.672,05	501.875	137	<a href="#">Braunschweig</a>
<a href="#">Freie Hansestadt Bremen</a>			257,32	338.846	1.322	<a href="#">Bremen</a>
<a href="#">Freie und Hansestadt Hamburg</a>			415,26	1.132.523	2.775	–
<a href="#">Volksstaat Hessen</a>			7.691,93	1.347.279	167	<a href="#">Darmstadt</a>
<a href="#">Freistaat Lippe</a>			1.215,16	163.648	135	<a href="#">Detmold</a>
<a href="#">Freie und Hansestadt Lübeck</a>			297,71	127.971	430	–
<a href="#">Freistaat Mecklenburg-Schwerin</a>			13.126,92	674.045	51	<a href="#">Schwerin</a>

Land	Flagge	Wappen	Fläche (km <sup>2</sup> )	Einwohner	Einw./km <sup>2</sup>	Hauptstadt
<a href="#">Freistaat Mecklenburg-Strelitz</a>			2.929,50	110.269	38	<a href="#">Neustrelitz</a>
<a href="#">Freistaat Oldenburg</a>			6.423,98	545.172	85	<a href="#">Oldenburg</a>
<a href="#">Freistaat Preußen</a>			291.639,93	38.120.170	131	<a href="#">Berlin</a>
<a href="#">Freistaat Sachsen</a>			14.986,31	4.992.320	333	<a href="#">Dresden</a>
<a href="#">Freistaat Schaumburg-Lippe</a>			340,30	48.046	141	<a href="#">Bückeburg</a>
<a href="#">Land Thüringen</a>			11.176,78	1.607.329	137	<a href="#">Weimar</a>
<a href="#">Freistaat Waldeck</a>			1.055,43	55.816	53	<a href="#">Arolsen</a>
<a href="#">Volksstaat Württemberg</a>			19.507,63	2.580.235	132	<a href="#">Stuttgart</a>
<i>Deutsches Reich (ohne Saargebiet)</i>			468.116,13	62.388.689	133	<a href="#">Berlin</a>
<a href="#">Saargebiet<sup>[68]</sup></a>			1.910,49	768.000	402	<a href="#">Saarbrücken</a>
<i>Deutsches Reich</i>			470.026,62	63.156.689	134	<a href="#">Berlin</a>

Quelle: [https://de.wikipedia.org/wiki/Weimarer\\_Republik](https://de.wikipedia.org/wiki/Weimarer_Republik)

### **Eventuell mögliche Alternative:**

Die indigenen Deutschen dürfen in Abstimmung mit den alliierten Siegermächten sofort die Reform der Verfassung des Deutschen Reiches vom 11. August 1919 durch Einführung des Stammesrechts im Sinne der Staatsangehörigkeit zum Heimatreich der Deutschen als der Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches, gemäß dem internationalen Völkerrecht einschließlich des Minderheitenrechts durchführen.

Siehe dazu: „Sechstens: Die Reformation von Staatsaufbau und Staatsangehörigkeit (...)“

**Siehe bisherige Entwicklung der Staatsangehörigkeit mit allen Bestimmungen**

– Stand 18.12.2022 – Quelle <http://www.verfassungen.de/de67-18/rustag13.htm>



## **Allgemeine Erklärung zur Rechtslage und dem künftigen Staat der deutschen Volksstämme in Europa:**

### **Reformation von Staatsaufbau und Staatsangehörigkeit durch die deutsche Minderheit bedeutet Rückbesinnung!**

Zum erfolgreichen und unumkehrbaren Abschluss der Entnazifizierung und Entmilitarisierung Deutschlands, der Umsetzung der Beschlüsse von Potsdamer und der Krim-Deklaration, einschließlich der Ergebnisse des Nürnberger Tribunals sind folgende Punkte umzusetzen:

1. Zum Schutz der deutschen Minderheit, deren Kulturen, Traditionen, Sprache, Moral und Sittlichkeit und Religion, ist es zwingend notwendig die veraltete, von Mängeln und Defekten belastete „Verfassung des Deutschen Reiches“ vom 11. August 1919 entsprechend den Erfordernissen des künftigen gesellschaftlichen Zusammenlebens vollständig zu reformieren.

2. Die Entnazifizierung von Deutschland bedeutet in Folge ein völlig neues Staats- und Gesellschaftssystem.

Deutschland = das Deutsche Reich ist 1926 als völkerrechtlicher Staat in den damaligen Völkerbund aufgenommen worden und wurde ab 1933 durch Adolf Hitlers NSDAP schrittweise in den gleichgeschalteten, souveränen Nationalstaat „Deutschland“ = Deutsches Reich überführt.

Aktuell ist dieser Staat „Deutschland“ = das Deutsche Reich, handlungsunfähig und wird von der angloamerikanischen Treuhandverwaltung und Verwertungsgesellschaft „Bundesrepublik Deutschland“ (BRD) im Rechtszustand vom 31.12.1937 haftend weitergeführt.

3. Die Entnazifizierung von Deutschland bedeutet die komplette Beseitigung des gesamten verbotenen nationalsozialistischen Rechts und der gesamten unzulässigen NS-Staatsstruktur.

Damit bedeutet die Entnazifizierung von Deutschland auch den konkreten Ersatz des nationalsozialistischen Führungsstaates durch ein neues staatliches Gebilde in Rechtsnachfolge Deutschlands = dem Deutschen Reich.

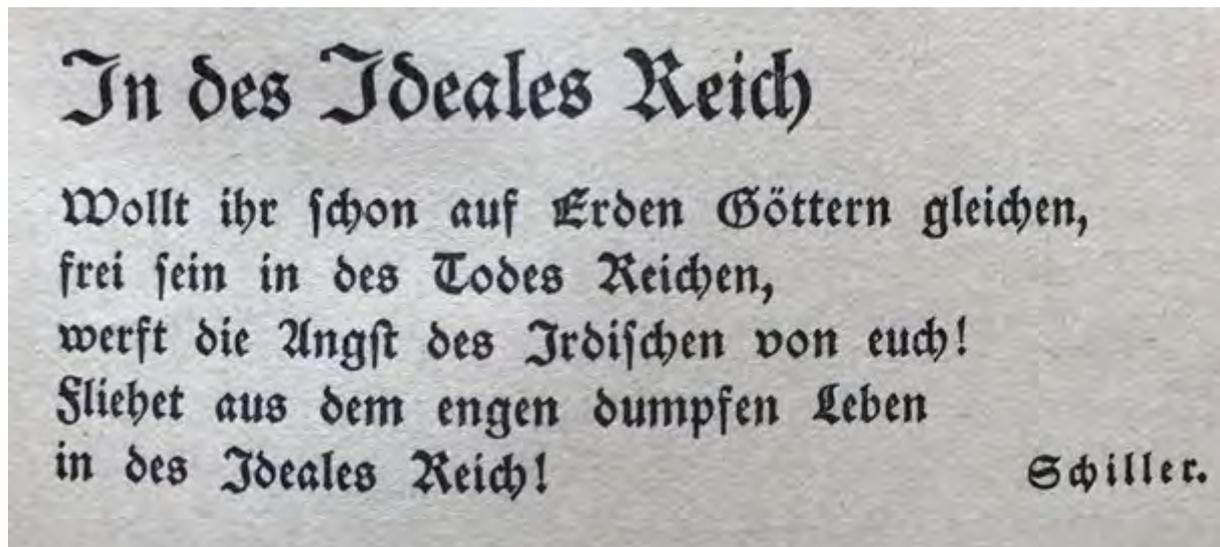
Dieser Rechtsnachfolger trägt künftig die Bezeichnung „Heimatreich der Deutschen“ . Das Heimatreich der Deutschen ist ein föderativer Verbund der reformierten deutschen Volksstämme und deren Heimatgebiete.

Daraus folgt, dass sich das künftige Staatsgebiet auf der Basis der natürlich-göttlichen Ordnung heraus entwickeln wird.

4. Im formellen Rahmen der „Vorschriften über Entnazifizierung“ wird das Staatsgebiet des Heimatreichs der Deutschen zunächst übergangsweise so bestehen, wie „Deutschland“ am 31.12.1937 bestanden hat, ohne dass die stammesdeutsche Minderheit Gebietsansprüche gegenüber den europäischen Nachbarvölkern erheben will und wird.

Das künftige Staatsgebiet des Heimatreichs der Deutschen entwickelt sich im Sinne der Völkerverständigung aus den deutschen Stämmen und deren Heimat-Stammesgebieten, welche dem Heimatreich der Deutschen zugehörig sein wollen.

## **I. Reform Staatsstruktur**



Das griechisch-römische Demokratieprinzip wird durch die direkte Volksherrschaft mittels der Stammesversammlung (Thing) und der königlich-alt-germanischen Leistungsführung ersetzt.

### **Gesellschaftliche Naturregel:**

Nur die weisesten und klügsten Führungspersönlichkeiten mit allumfassender Weitsicht auf allen Ebenen führen die gesamte Stammesgesellschaft und das Heimatreich der Deutschen!

Das Heimatreich der Deutschen ist als Gesamtstaat ein fester Stammesverbund mit einer gesamtdeutschen Verfassung, einer königlichen Gesamtführung und einem Bundesrat der einzelnen deutschen Volksstämme.

Der Bundesrat besteht aus den Führern der einzelnen deutschen Volksstämme, auf der Ebene der einzelnen Stammesgebiete den Stammesführern und den Stammesräten, auf der Ebene der Dörfer und Städte den Ortsführern mit den Ortsräten.

Der reformierte Staat der Deutschen ist ein föderativer Stammesverbund mit der Angehörigkeit der einzelnen deutschen Volksstämme im Heimatreich der Deutschen.

Dieser Stammesverbund gestaltet sich in dem Maße föderativ, dass jeder deutsche Stamm dem Heimatreich der Deutschen zugehörig und der gemeinsamen Verfassung des Heimatreichs der Deutschen bedingungslos verpflichtet ist.

Das Heimatreich der Deutschen wird demzufolge eine gemeinsame Verfassung als verbindliches Rechtsfundament haben, welches in allen reformierten Stammesgebieten im Heimatreich der Deutschen gleichermaßen das allgemeine Fundament allen Tuns und Handelns ist.

Der Heimatreich der Deutschen wird künftig vom König geführt, der von den Stammesführern nach altgermanischem Leistungsprinzip als der Klügste und Weiseste gekürt wird!

Der König kann deshalb jederzeit bei grob-fahrlässigen Versagen wie zum Beispiel Verstoß gegen die Verfassung abberufen werden.

Dasselbe betrifft alle Führungskräfte im Heimatreich.

Die Stammesherrschaft selbst wird auf der Basis der direkten Volksherrschaft ausgeübt.

Das Heimatreich der Deutschen dient ausschließlich dem Schutz, der Sicherheit und der Stabilität der deutschen Stämme, deren Kulturen, Sprachen, Traditionen, Moral und Sittlichkeit, der Religion – dem geistigen Zugang zu Gott und der natürlich-göttlichen Ordnung.

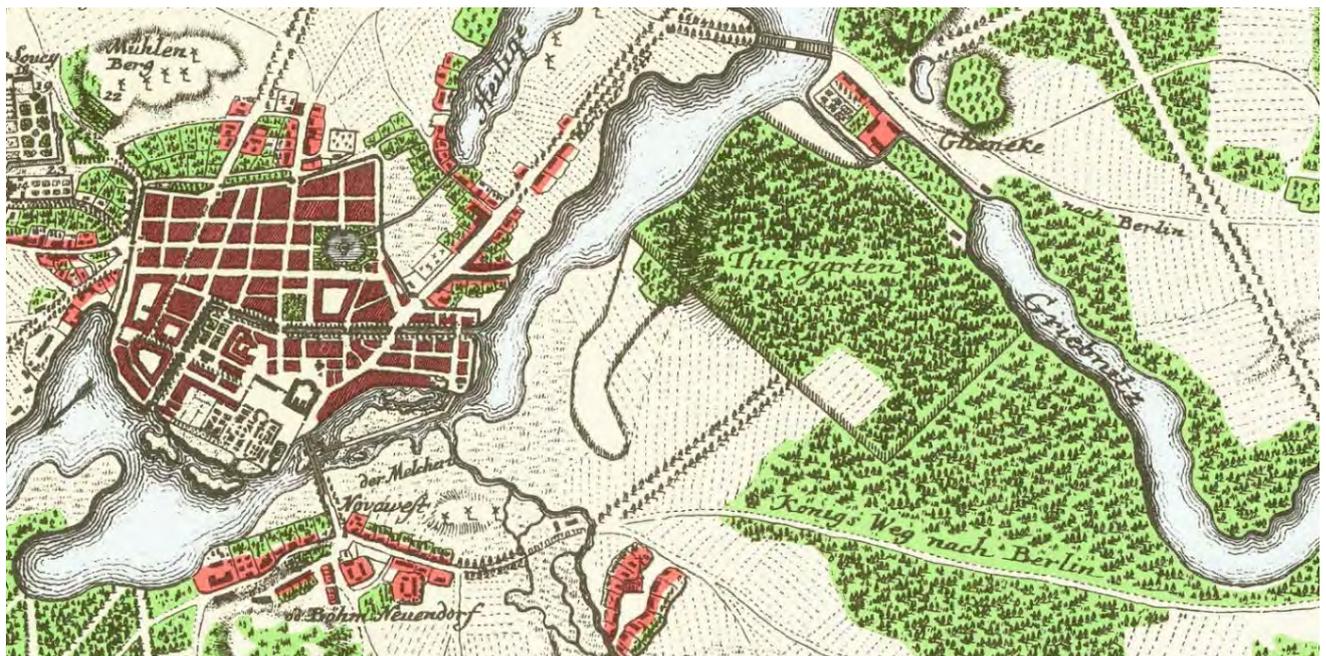
**Das Potsdamer Abkommen = der neue Geist von Potsdam = Die neue Hauptstadt dieses neuen Heimatreiches der Deutschen ist Potsdam,**

welches in dem städtebaulich-strukturellen Zustand der Zeit Friedrich des Großen unter den für Mensch und Natur dienlichsten Anforderungen umgebaut wird.

Der repräsentative Regierungssitz ist das sog. „Neue Palais“ in Potsdam-Sanssouci und dient neben Verwaltung, Museum für Staatsempfänge.

Das von der BRD bereits äußerlich wiederhergestellte Stadtschloß wird nach historisch innerer Umgestaltung der Verwaltungssitz der Regierung, deren Ministerien und Ämter.

Das schließt traditionelle Gebäude wie das Rathaus und das Stadthaus mit ein. Das Schloß Sanssouci ist der Wohn- und Arbeitssitz des Königs.



## 1739 – Zeit von Friedrich II.



Historische Karte von Berlin um 1739. Foto: Public Domain

### Schloß Sanssouci



**Neues Palais in Sanssouci**



**Stadtschloß Potsdam**



## Rathaus von Potsdam



**Üb immer Treu und Redlichkeit...**



## **II. Reform Staatsangehörigkeit gemäß Minderheiten-Stammesrecht**

**Die Staatsangehörigen im Heimatreich der Deutschen sind demnach die sog. Stammesdeutschen in ihren jeweiligen Heimat-Stammesgebieten. Das nicht gleichgeschaltete „Staatsvolk als Ganzes“ im Heimatreich der Deutschen besteht demnach aus den Angehörigen bzw. Volkszugehörigen, die sich in ihrer Heimat zu ihrem eigenen traditionellen Volkstum bekannt haben und die Abstammung in dem jeweiligen deutschen Stamm und damit in ihren Heimat-Stammesgebiet innehaben.**

Unveränderliches Gesetz zum Erwerb der Staatsangehörigkeit im Heimatreich der Deutschen über die Stammesangehörigkeit in einem der deutschen Stämme:

§ 1 Stammesdeutscher ist, wer die Zugehörigkeit in einem der deutschen Stämme besitzt!

Der Besitz der Zugehörigkeit in einem der deutschen Stämme, führt automatisch zum Erwerb der Staatsangehörigkeit im Heimatreich der Deutschen.

### **§ 2 Die Stammesangehörigkeit wird verbindlich erworben:**

1. durch Geburt in einem der deutschen Stämme
2. für einen im Ausland befindlichen Stammesdeutschen durch Aufnahme
3. Die Angehörigkeit ergibt sich auch für den einzelnen Menschen mit dem seelisch-geistigen Zugehörigkeitsgefühl zu einem der deutschen Stämme mit Hinweis auf Zeichen der Erbinformation. Es bedarf zum Erwerb der Stammesangehörigkeit die uneingeschränkte Erfüllung aller zuvor aufgeführten Voraussetzungen.
4. Messet sie an Ihren Taten! Zum Erwerb der Stammeszugehörigkeit gibt es eine Bewährungszeit von 10 Jahren, welche jährlich durch entsprechend geschulter Kommissare vor Ort unangekündigt überprüft wird. Prüfungsmerkmale sind die Eigenschaften der Minderheit wie tatsächlich gelebte Tradition, Kultur, Sprache, Zugang zu Gott, Einhaltung aller Gebote der deutschen Stämme, Wesen und Verhalten (Zeichen der Erbinformation)

### **§ 3 Stammesbürgerschaft**

Eheschließung mit einem Ausländer, Ehrenzugehörigkeit: Der Ausländer kann eine Stammesbürgerschaft und zeitgleich ein unbefristetes Aufenthaltsrecht erhalten. Ein eingetragener Ausländer bürgt für die bedingungslose Einhaltung der verfassungsmäßigen Ordnung des deutschen Heimatreiches.

**Die Stammesangehörigkeit bedeutet zudem auch die Angehörigkeit zum Heimatreich der Deutschen - indirekte Reichsangehörigkeit.**

**Neudeutsche Stämme:**

**Friesen  
Holsteiner  
Flamen  
Niederfranken  
Rheinländer  
Luxemburger  
Lothringer  
Elsässer  
Deutschschweizer  
Schwaben  
Pfälzer  
Mosel  
Rheinländer  
Westfalen  
Ostfalen  
Niedersachsen  
Mecklenburger  
Brandenburger  
Pommern  
Preußen  
Thüringer  
Hessen  
Franken  
Oberpfälzer  
Baiern  
Tiroler**

**Kämtner**

**Steirer**

**Österreicher**

**Sudeten-deutsche**

**Nordsudetendeutsche = Erzgebirgler**

**Obersachsen**

**Schlesier**

**Altdeutsche Stämme:**

**Baiern**

**Schwaben**

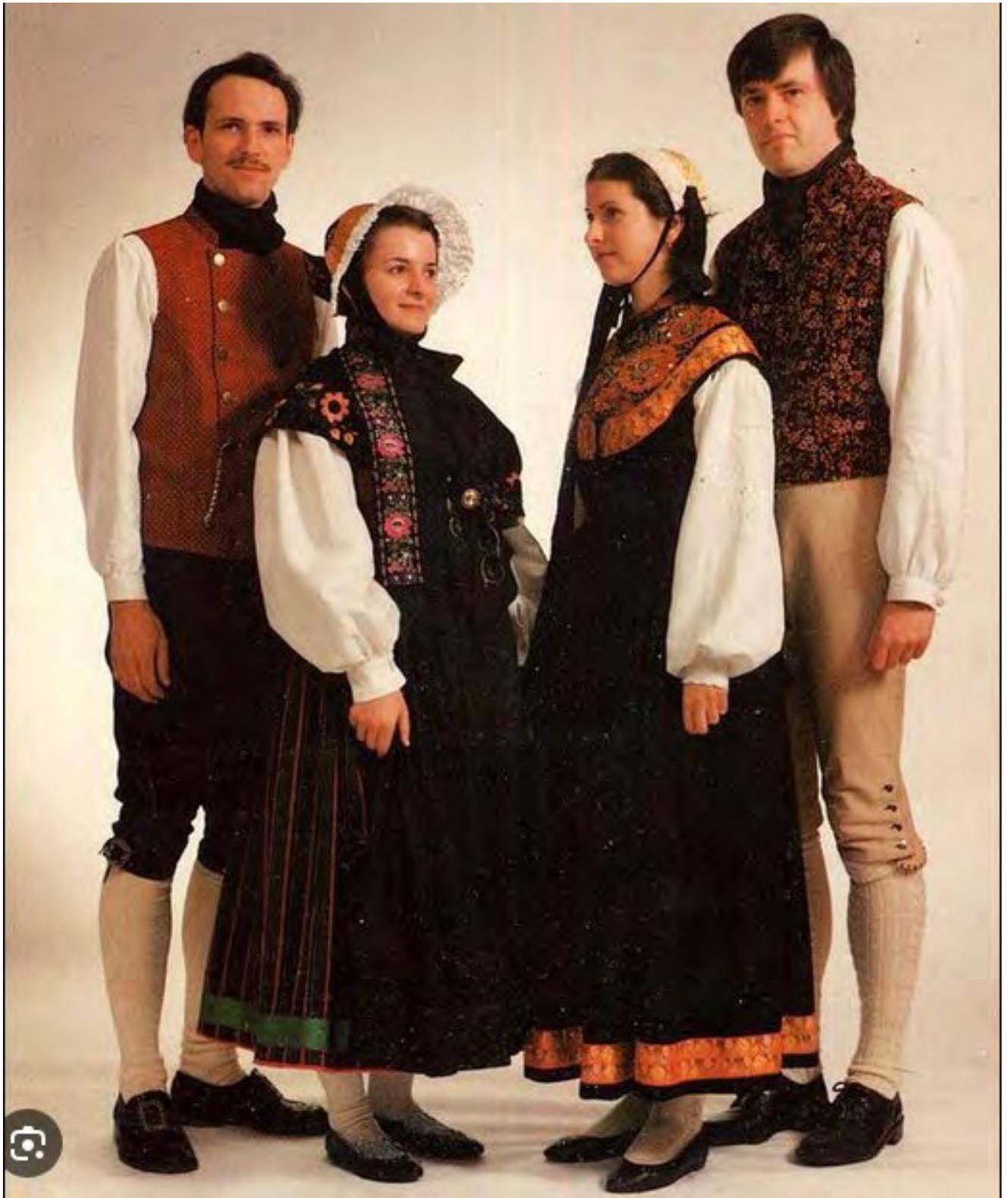
**Franken**

**Sachsen**

**Thüringer**

**Friesen**





Bildquelle: <https://www.lehmanns.de/shop/sozialwissenschaften/5036641-9783880425316-trachten-in-mecklenburg>

### III. Die „PERSON“ als Waffe gegen den Menschen wird abgeschafft!



**Bürgerliches Gesetzbuch (BGB) – Paragraf 1 Beginn der Rechtsfähigkeit**  
Die Rechtsfähigkeit des Menschen beginnt mit der Vollendung der Geburt.

#### Der entscheidende (juristische) Unterschied zwischen Menschen und Person

##### **Definition „Mensch“:**

„Der Mensch“ ist ein mit Sprachvermögen, Verstand, Vernunft begabtes, Gewissen, Mitgefühl, vernetztem Denken begabtes, frei beseeltes Lebewesen, welches in seinem gesamten Leben schöpferisch auf der Erde tätig ist.

Das Wesen des Menschen als Dreieinigkeit aus Körper, Geist und Seele besitzt komplexe geistige und körperliche Fähig- und Fertigkeiten, Selbst-Bewußtsein und lebt aktiv seine kollektiv-indigene Kultur.

„Der Mensch“ ist nicht die Krone der Schöpfung, sondern auf seine eigene Art ein gleichwertiger Teil der Schöpfung.

„Der Mensch“ ist ein Werte-schätzendes bzw. Werte-messendes und Werte-erzeugendes Lebewesen.

Dadurch besitzt „der Mensch“ die Fähigkeit zur (Selbst-)Reflexion und zur Erzeugung von etischen und moralischen Werte-Systemen.

„Der Mensch“ selbst ist nicht rechtsfähig, steht allerdings im Mittelpunkt des von ihm künstlich gestalteten Rechtes.

„Der Mensch“ sollte die göttlich-naturellen Gebote als Fundament für sein Dasein ansehen.

### **Definition „Person“:**

Herkunft, ab dem 3. Jahrhundert als person(e) aus lateinisch persona „Maske des Schauspielers“, lateinisch per-sonare für „durchtönen“ - nämlich die Stimme durch die Maske. Der Mensch wurde spätestens mit Einführung des Codex Maximilianus Bavaricus Civilis ab Januar 1756 (römisches Recht) ungefragt zum Träger „der Person“ gemacht.

„Die Person“ des Menschen ist rechtsfähig und unterliegt dem Recht des Staates, dem die Person angehört. Die Person hat bestimmte Rechte gegenüber dem Staat.

Die Erziehung und Programmierung lehrt der BRD-Bevölkerung völlig handzahn-unterwürfiges Haustier- und Herdenverhalten.

In der kapitalistischen BRD sehen sich fast alle Menschen nur als Personen! Diese BRD-Personen sind heute seelisch fast Tod und vollständig versklavt! „Der Wille zum Nichts“: Deren gesamtes Verhalten zeichnet sich durch primitives narzisstisches Vorteilsdenken aus. Außer der Befriedigung niederster Bedürfnisse verfolgen diese zumeist völlig abgestumpften, nihilistischen und ignoranten Lebewesen keine höheren moralischen Ziele. Das Reformprogramm und die Heimat-Rehabilitation von [staatenlos.info](http://staatenlos.info) sorgen dafür, dass sich die den Krieg überlebenden „BRD-Personen“ als Menschen zurückgewinnen werden.

### **Zitierte Beweise aus dem BRD-System:**

Ein Mensch ist nicht rechtsfähig, denn vor (davor) dem Gesetz sind alle Menschen gleich. Nach (danach) dem Gesetz sind alle Menschen ungleich, denn hat der Mensch Rechte übertragen bekommen, dann ist er nicht mehr als Mensch zu betrachten, sondern als Person.

Mit der Menschenwürde ist der soziale Wert- und Achtungsanspruch gemeint, der dem Menschen wegen seines Menschseins zukommt - Quelle: BVerfGE 87, 209/228. Daraus folgt, dass der Mensch als gleichberechtigtes Glied mit Eigenwert anerkannt wird und als Mensch (Subjekt) behandelt werden muss - Quelle: BVerfGE 45, 187/228.

Insoweit steht dem Menschen ein Elementarschutz zu, weshalb alle Handlungen verboten sind, mit der die aus der Menschenwürde fließende Subjektqualität verletzt werden könnte.

Verboten ist daher auch, Menschen als Objekt, also als Person zu behandeln - Quelle: BVerfGE 63, 332/337.

### **Auszug juristisches Wörterbuch Köbler:**

#### **„Der Mensch“:**

ist das mit Verstand und Sprachvermögen begabte Lebewesen von seiner Geburt bis zu seinem Tod. Der Mensch steht im Mittelpunkt des vom ihm gestalteten Rechtes. Er hat bestimmte grundlegende Rechte gegenüber dem Staat.

#### **„Menschenrecht“:**

ist das dem Menschen als solches (gegenüber dem Staat) zustehende, angeborene (unveräußerliche, unantastbare) Recht vor allem die Rechte auf Leben, Freiheit und Eigentum).

### **„Menschenwürde“:**

ist der innere und zugleich soziale Wertanspruch, der den Menschen um seinerwillen zukommt. Die Menschenwürde besteht darin, dass der Mensch als geistig sittliches Wesen von Natur darauf angelegt ist, in Freiheit und Selbstbewusstsein sich selbst zu bestimmen und in der Umwelt auszuwirken. Die Menschenwürde ist unantastbar. Daraus folgt, dass einerseits die Würde des Menschen nach der Verfassung der höchste Wert und damit der Mittelpunkt des Wertesystems ist und andererseits der Staat ausschließlich um den Menschen willen da ist und Verletzungen der Menschenwürde verhindern muss.

So urteilte ein österreichisches Gericht: Da der Mensch „kein Verwaltungsobjekt“ darstellt, kann die Staatsgewalt über einen Menschen „NICHT“ verfügen. Im Gegenteil ist es die Aufgabe der Staatsgewalt, die Würde des Menschen zu achten und zu schützen. Siehe dazu das EU-Verfassungsgesetz aus 2004 und die Menschenrechtskonvention von 1948.

**Eine „Person“ ist**, wer Träger von Rechten und Pflichten sein kann. (Rechtssubjekt, Rechtsfähigkeit - Definition jur. Wörterbuch Köbler)

**Beweis: „Person“** (Quelle: Wikipedia)

(Herkunft, 3. Jahrhundert als person(e) aus lat. persona „Maske des Schauspielers“, lat. per-sonare für „durchtönen“ (nämlich die Stimme durch die Maske))

**BGBEG § 10 „Name“: (1) Der Name einer Person unterliegt dem Recht des Staates, dem die Person angehört.**

Fall: Beamtenverhältnisse

Fundstellen: BVerfGE 3, 58; DVBl 1954, 86; DÖV 1954, 53; JZ 1954, 76; MDR 1954, 88; NJW 1954, 21 Gericht: Bundesverfassungsgericht Datum: 17.12.1953

Aktenzeichen: 1 BvR 147/52 Entscheidungstyp: Urteil

**Ergebnis: Die ersatzlose Abschaffung der Person ist zwingend notwendig zu vollziehen!**



## **8. Die zwingend Not-Wendige Reform der menschlichen Gesellschaft in allen Bereichen und Ebenen des Lebens:**



Dieses völlig neue Heimat-Reich der Deutschen wird zusammen mit Russland und allen europäischen Nachbarvölkern ein Sicherheits- und Stabilitätsgarant in einem gemeinsamen Europa freier Nationen in der sog. „multipolaren Welt-Ordnung“ sein.

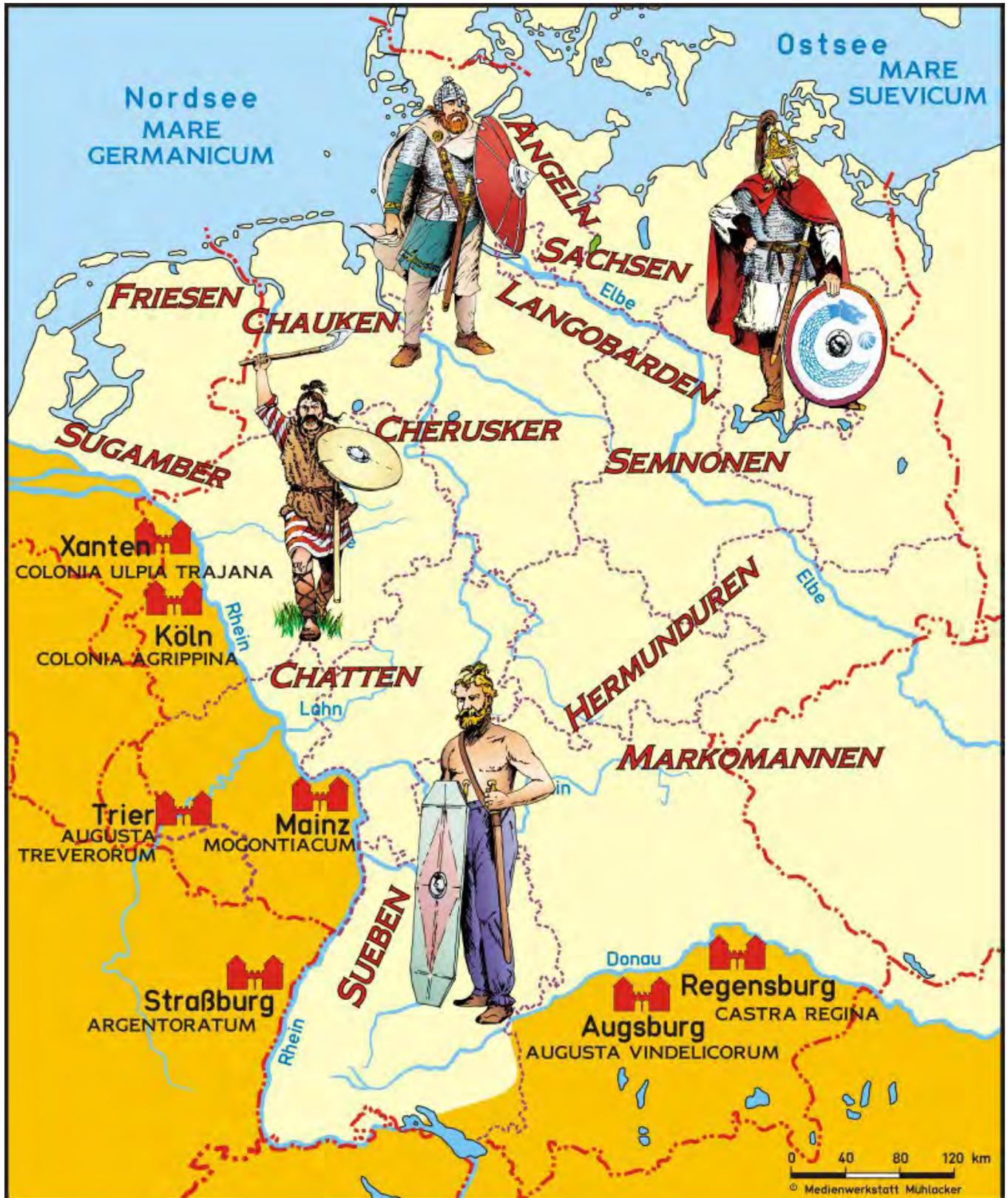
Nur so kann auch ein Zukunftsprojekt wie zum Beispiel eine sog. „Eurasische Union“ im Sinne der natürlich-göttlichen Ordnung Wirklichkeit werden.



## 10. Zurück zu den Wurzeln!

### Historische Beispiele traditioneller Gebiete deutscher Volksstämme

#### Altdeutsche Stämme in Deutschland

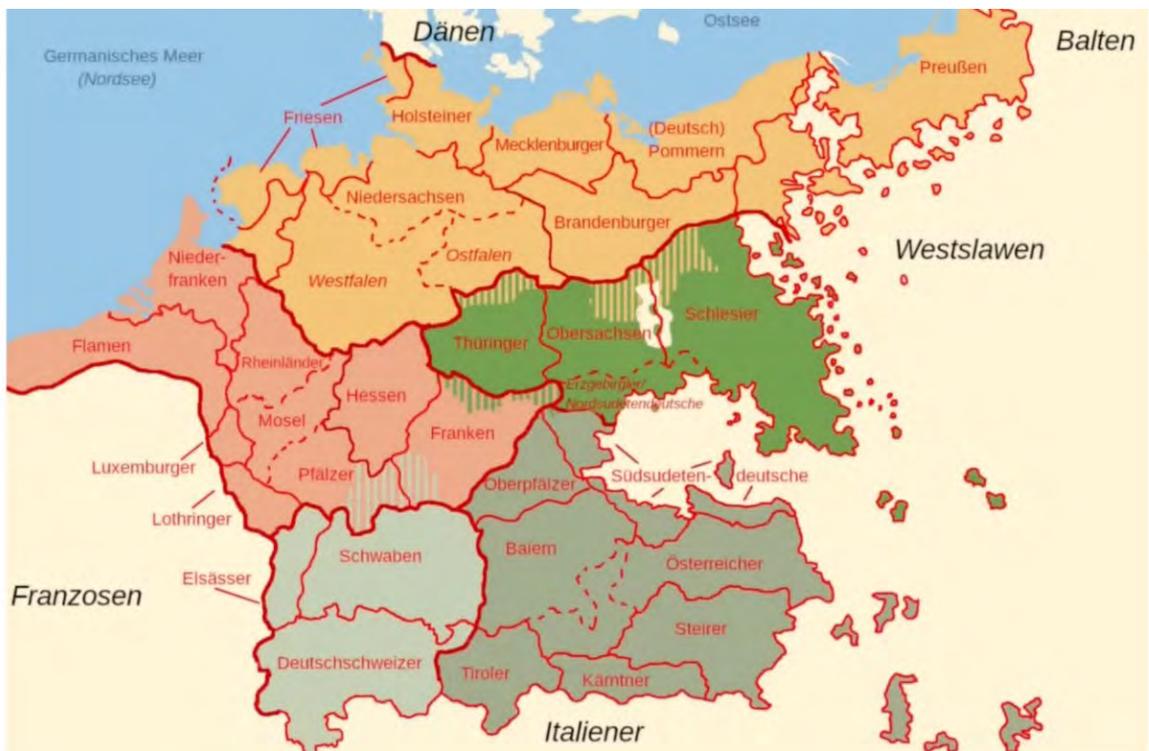




## Deutsche Altstämme in Deutschland ca. um 962 römische Zeitrechnung



## Entwicklung Alt-Stämme zu Neu-Stämme ca. ab 1000 – 1600 römische Zeitrechnung



# Deutsche Altstämme in Deutschland ca. um 962 römische Zeitrechnung







alamy

Image ID: WT634Y  
www.alamy.com

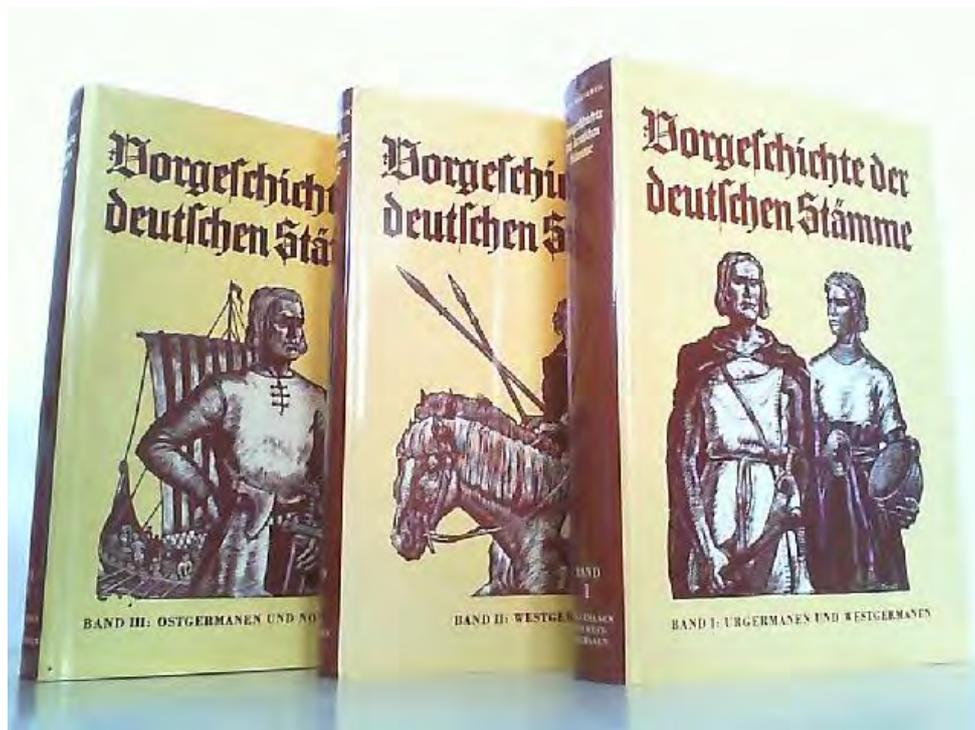
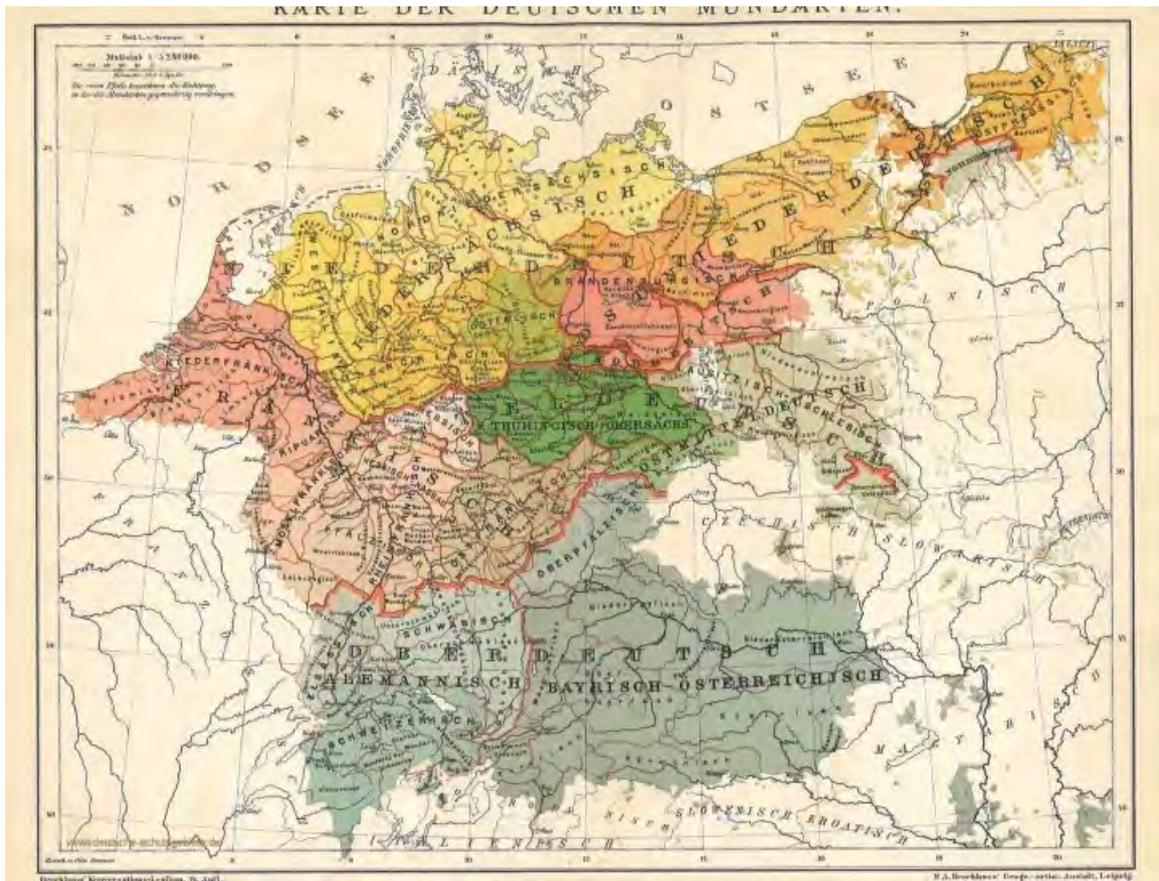


Bildquelle: <https://www.nationalgeographic.de/fotografie/2023/12/ki-fotografie-historisch-bilder-die-wir-2023-gerne-gehabt-haetten>





## Karte der deutschen Mundarten









Bildquelle: <https://www.leonhardstoana.de/tracht.html>



Bildquelle: <https://www.fishermanclubfano.it/trachtenmode-rostock-k.html>

## **Widerherstellung des von Gott gegebenen Naturrechtes!**

### **Der Mensch steht als frei beseeltes Lebewesen über dem Gesetz!**

- Befreiung der Menschen durch schrittweise Abschaffung der Person – Persona – der Maske: Das staatsrechtliche Endziel ist damit die endgültige Aufhebung des Personenstandes c/o der Geburtsurkunde. Künftig gilt nur noch der Mensch nach Naturrecht. Der souveräne, selbstverantwortliche Mensch steht über allen irdischen Erfindungen und untersteht einzig und allein GOTT, dem einzigen und wahren Schöpfer.



## **Das künftige Rechtssystem:**

### **Aufhebung des gesamten römischen Rechtssystems**

- Aufkündigung aller römischen Verträge u. a. des nationalsozialistischen Reichskonkordats gegenüber dem Vatikan in Rom

### **Staats- und Völkerrecht sowie das Naturrecht:**

- Aktivierung des Völkerrechts und des Naturrechts im vom Nazismus befreiten Heimatreich der deutschen Stämme
- Aktivierung aller menschlichen Naturrechte wie das Recht auf Heimat und freier Selbstbestimmung
- Wiederherstellung der Recht-Staatlichkeit mit vollständiger Aufhebung des römischen See- und Handelsrechts UCC im Staatswesen
  - es gilt künftig Staats- und Völkerrecht an zweiter Stelle unter dem Naturrecht
- vollständige Reformation des staatlich deutschen Rechts im „Zivilrecht“
- Nationales Recht steht stets über dem internationalen Recht!
- Keine ausländische Organisation hat ein Recht sich in innere Angelegenheiten der geeinten deutschen Stämme einzumischen!
- kostenfreie unabhängige Rechtsprechung und Rechtsberatung für alle Menschen

### **See- und Handelsrecht:**

- das Handelsrecht gilt künftig ausschließlich nur noch für private Unternehmen in der Wirtschaft; freiwillige geschäftliche Annahme durch die Menschen

### **Strafrecht:**

- vollständige Reformation des staatlich deutschen Strafrechts
- dazu zählt strafbewehrtes Verbot von Wucher/ Spekulation
- strafbewehrtes Verbot aller sozialistischen, kommunistischen Gleichschaltungsideologien und Organisationen, Glaubhaftmachung, wohnhaft, zwang(haft), allgemeine Überwachung, unmittelbare Reichsangehörigkeit - Kolonie, gesteuerte Nichtregierungsorganisationen (NGOs), Geheimgesellschaften, Gleichschaltung, u. a. Gleichschaltung der Geschlechter („Genderismus“), Pornografie und Gewaltverherrlichung, Kriegs- und Terrorpropaganda, Konzerne und Kartelle, Wucher & Spekulation, Ausnutzung von Abhängigkeiten und Schwächen, Ausplünderung jeglicher Art, Natur- und Umweltzerstörung
- dasselbe betrifft sog. missionarische Buchreligionen, welche Unfrieden, Krieg & Terror, Verachtung, Hass gegen die Schöpfung andersdenkender Menschen und deren Kulturen beinhalten
- Die Ausübung u./ o. Verbreitung satanisch-sozialistischer Ideologien u./ o. satanischer Religionen in jedweder Form, die Mitgliedschaft sowie die aktive Teilhabe in derartigen ideologischen bzw. religiösen Organisationen, eingeschlossen Logen und Geheimbünde, werden im deutschen Heimatreich mit der Höchststrafe Acht und Bann – der Reichsacht mit aller Härte bestraft!
- strafbewehrter Schutz der Ethik, Sittlichkeit und Moral
- Regelstrafen sind gemeinnützige Arbeiten zum Wohl der Gesellschaft einschließlich Militär-Hilfsdienste

- strafbewehrtes Verbot jeglicher Art von Folter
- Abschaffung der allgemeinen Todesstrafe und langjähriger Gefängnisstrafen außer bei schweren Verbrechen wie z. Bsp. Mord, Totschlag, Vergewaltigung, Kindesmissbrauch, schwere Körperverletzung, Folter, schwerer Diebstahl, Heimat-Verrat sowie im Kriegsfall.
- Alle Verbote werden im künftigen Deutschland strafbewehrt umgesetzt.
- Bei Tatverdacht gilt stets die Unschuldsvermutung.
- Die höchste Strafe in Friedenszeiten ist Acht und Bann - die Reichsacht
- im Verteidigungsfall gilt das allgemeine Kriegsrecht gemäß der HLKO

### **Generale Abwicklung der alliierten Treuhandverwaltung BRD!**

- Revision und generelle Aufhebung aller durch die BRD und DDR abgeschlossenen Verträge auf nationaler und internationaler Ebene
- Revision und generelle Aufhebung aller in den Besatzungsverwaltungen BRD und DDR abgeschlossenen Verträge - insbesondere Immobilien-, Versicherungs-, Finanz- und Wirtschaftsverträge aller Art
- Alle Verträge werden im Rahmen einer umfassenden Generalrevision überprüft und ggf. neu verhandelt und abgeschlossen.
- Das gesamte bewegliche und unbewegliche Vermögen der Treuhandverwaltungen BRD und DDR und alle ihrer Strukturen wird vom deutschen Volksstaat beschlagnahmt bzw. sichergestellt wegen erhärtetem Verdacht der Täuschung im Rechtsverkehr = dem Verbrechen Betrug
- Nach gerichtlich unabhängiger Feststellung der Rechtmäßigkeit ist das gesamte bewegliche und unbewegliche Vermögen der BRD und DDR in das Volkseigentum in Rahmen einer kompletten Abwicklung zu überführen!
- Alle verantwortlichen Entscheidungsträger, Beauftragte, Helfer und Helfershelfer der BRD-Treuhandverwaltung, welche sich im Sinne des Potsdamer Abkommens eventuell schuldig gemacht haben sind im Rahmen der justiziellen Revision „Nürnberg 2“ in die direkte „persönliche“ Verantwortung bis in das letzte Glied zu nehmen!

### **Bodenrechte**

Die deutschen Stämme sind uneingeschränkter Eigentümer an Grund und Boden in ihrem Stammesgebiet.

### **Bodenreform**

- **Wiederherstellung des Volksvermögens und/ oder Volkseigentums an öffentlichen Immobilien, des gesamten Grund und Bodens, wie Wald, Wiesen, Felder, Gewässer-Wasser und der Atmosphäre (Atemluft) - ausgenommen sind private Wohnhaus- und Kleingewerbegrundstücke sowie Gärten.**
- Alle in der BRD privat und gewerblich abgeschlossenen Immobilien-Kaufverträge werden generell aufgehoben und überprüft, ob diese gegen ein gültiges deutsches Gesetz verstoßen haben oder eventuell ein krimineller Hintergrund vorliegt.
- Eine Ausnahmegenehmigung u./ o. Bestätigung für alle vor der Befreiung abgeschlossenen Kaufverträge von privat für eigene Wohn- und Arbeitszwecke

genutzte Gebäude-, Garten- und Werkstattflächen kann während der Überprüfung beantragt werden.

### **Staats-Strukturreform**

- Aufhebung aller provisorischen BRD-Regierungsstrukturen auf deutschem Boden
- sofortige Auflösung der ab 1949 sozialistisch-gleichgeschalteten BRD-Länder durch Wiedereinführung der Bundesländer gemäß Artikel 110 der Verfassung des Deutschen Reiches vom 11. August 1919 und später der Stammesgebiete nach alt-historischem Vorbild der deutschen Stämme und deren aktuellen Siedlungsgebiete, welche einen festen, aber in sich flexiblen Reichsverbund bilden.

Damit erfolgt auch die Aufhebung der sozialistischen BRD-Gleichschaltungsstruktur (sog. „Großgemeinden“ und „Landkreise“) durch vollständige Dezentralisierung der Gesellschaft mittels Schaffung kleiner, überschaubarer, in sich unabhängiger Strukturen der Gemeinden (Städte und Dörfer)

### **Aufhebung der Gleichschaltung in Deutschland und Europa**

- Wiederherstellung der Selbstbestimmung und traditionell-kulturellen Vielfalt der europäischen Volksstämme nach Völkerrecht und Schutz indigener Minderheiten
- siehe dazu Karten europäischer Sprach-, Siedlungs- und Kulturraum aus dem sog. „Mittelalter“ bis „frühe Neuzeit“ als gemeinschaftliche Anregung für alle europäischen Volksstämme

**Zur Heimatstruktur-Reform im deutschsprachigen Kulturraum erfolgt auch die Wiedereinführung der ursprünglich traditionellen Original-Wappen -**

Quelle: <http://www.wappenbuch.de/index.htm>

### **Ideologien und Religionen**

**Der religiöse Wahn findet auf deutschem Boden ein jähes Ende!**

#### **Notwendige Sofort-Maßnahmen:**

- Es herrscht in Deutschland Glaubens- und Religionsfreiheit, sofern diese nicht Menschen und/ oder Volksgruppen missionieren und Schaden zufügen.
- Religionsgemeinschaften und deren Gotteshäuser dürfen keine hoheitlich amtlichen Rechte ausüben
- die öffentliche Ausübung missionarischer nichtchristlicher „Weltreligionen“ im sog. „christlichen Abendland“ bedürfen einer staatlich speziellen Sondergenehmigung
- sozialistische, kommunistische, Ideologien und extremistisch-aggressive, missionarische Religionen, insbesondere der Satanismus sind auf deutschen Boden streng strafbewehrt verboten! (Einzelheiten siehe Menü „Rechtesystem“ Seite 156)

### **Einheit und Freiheit der deutschen Volksstämme**

**Nach über 80 Jahren muss und wird die völkerrechtliche Umsetzung der Einheit und Freiheit der Deutschen erfolgen!**

#### **Notwendige Sofort-Maßnahmen:**

**Einheit und Freiheit der Deutschen gemäß Artikel 146 Grundgesetz für die BRD = Umsetzung völkerrechtliche Wiedervereinigung der deutschen Stämme im**

### **gegenseitigen Einvernehmen:**

- strukturelle Herstellung der deutschen Stammesgebiete und der Außengrenzen des deutschen Heimatreiches im Rahmen der Entnazifizierung
- ausdrücklicher Verzicht auf die ehemaligen deutschen Schutzgebiete u./ o. Kolonien
- ausdrücklicher Verzicht auf Gebietsansprüche bzgl. „Deutschland“ von vom 31.12.1937

### **Umsetzung Welt-Frieden**

**Der fast hundertjährig andauernde Welt-Krieg = Kriegszustand gegen die Menschheit muss endlich beendet werden!**

#### **Notwendige Maßnahmen:**

- Nach Abschluss aller Friedensverträge Anregung zur Schaffung einer internationalen, speziellen Militär-Gendarmerie (sog. „Blauhelme“) zur vollständigen Beseitigung der Söldner – und Terroristenorganisationen, sog. „5. Kolonnen“ des sog. „Tiefen Staates“ (sog. „Deep State“) und aller deren Helfershelfer und Nichtregierungsorganisationen (sog. „NGOs“)
- In betroffene Staaten einreisende Agenten und politische und wirtschaftliche Aktivisten (Geschäftsleute) der Nazis sind vorsorglich zur Überprüfung festzustellen und ggf. der zuständigen Justiz zuzuführen.
- Schädigende Unternehmungen dieser international agierenden Personenkreise sind sofort zu stoppen.
- Schaffung einer internationalen militärpolizeilichen Kulturgüterkommission zur globalen Sicherstellung deutschen und internationalen Kulturgutes
- Sicherstellung und Rückgabe jedweder Raubkunst an die rechtmäßigen Eigentümer

### **Ausländer auf deutschem Boden – andere Ethnien**

**Die BRD-Okkupationsverwaltung hat ab 1949 für eine stufenweise inszenierte Masseneinwanderung fremder Völker und deren Kulturen zum Nachteil der einheimischen deutschen Bevölkerung gesorgt!**

**Überfremdung und soziale Ungleichbehandlung der Deutschen sind heute Alltag in der BRD!**

**Ursache sind die völkerrechtswidrigen Kriege auf der ganzen Erde.**

**Heimat- und Kulturzerstörung und Vernichtung der natürlichen**

**Lebensgrundlagen sind durch den kapitalkommunistischen Imperialismus über die Völker hereingebrochen und zwingen die Menschenopfer zur Flucht.**

**Ethnische Säuberungen und Völkermord gegen die einheimischen Deutschen und gegen alle Völker der Erde!**

**Allein die Vereinigten Staaten von Amerika (USA) haben in 231 Jahren seit ihrer Gründung, insgesamt 219-mal selbst Krieg geführt, militärisch interveniert oder waren in kriegsähnliche Handlungen verwickelt, beispielsweise über eine Geheimdienstbeteiligung an Terroranschlägen, Putsch- und Umsturzversuchen auf dem Territorium eines anderen Staates.**

**Dabei wurde die USA kein einziges Mal selbst angegriffen.**

**Allein diese Kriege der USA und später der NATO belegen das zweifelsfrei  
Notwendige Maßnahmen:**

- Nach der endgültigen Wiederherstellung des Weltfriedens und der Beendigung der lokalen Kriegsherde erfolgt die schrittweise, sozialverträgliche und geförderte Rückführung/ Rücksiedlung aller nach 1949 nach Deutschland eingewanderten Kriegs- und Wirtschaftseinwanderer in ihre befriedeten Heimatgebiete.\*
- Nachweislich politisch und militärisch verfolgte Personen genießen weiterhin Schutz- und Bleiberecht im deutschen Heimatreich.
- Familienzusammenführungen und Aufbauhilfsprogramme für die vom Krieg zerstörten Gebiete
- in Heimatreich der deutschen Stämme vollständig integrierte Ausländer und deren Nachkommen können durch besondere Verdienste und Bereicherungen für die Gesellschaft im deutschen Heimatgebiet ehrenhalber verbleiben, erhalten neben ihrer jeweiligen ethnischen Stammeszugehörigkeit eine Ehren-Staatsbürgerschaft „Reichsangehöriger“ (sog. „mittelbare Reichsangehörigkeit“) mit dauerhaftem Aufenthaltsrecht.
- in der BRD geschlossene Mischehen zwischen Stammesdeutschen und Ausländern bleiben bei praktischer Ausübung bestehen und genießen rechtlichen Bestandsschutz.

Die Eheleute und deren Sprösslinge erwerben die Staatsbürgerschaft „Reichsangehöriger“ (sog. „mittelbare Reichsangehörigkeit“) durch Heirat mit dauerhaftem Aufenthaltsrecht!

Betrügerische Scheinehen sind strafbewehrt verboten.

- Menschen anderer Ethnien (Ausländer) in Deutschland haben kein Recht auf gesellschaftlich-politische Mitbestimmung wie z. Bsp. Teilnahme an Referenden und Wahlen der deutsche Stämme.

**Dazu unabdingbar die Treue – und Loyalitätserklärung unter Eid.**

Jeder eingebürgerte ausländische Staatsbürger hat ebenfalls einen bedingungslosen Treue-Eid auf die Verfassung, die Rechtsordnung, für das Wohlergehen der deutschen Völker und des deutschen Heimatreiches zu leisten!

**Wortlaut:** *Ich, <Name, Vorname>, trete freiwillig und bewusst in die Staatsbürgerschaft des Völkerrechtssubjekts Heimatreich der Deutschen ein und schwöre unter Eid, bedingungslos der Verfassung und der Ordnung des Heimatreiches der Deutschen zu folgen sowie die Rechte und Freiheiten dessen Bürger zu achten, die Pflichten eines Bürgers des Heimatreiches der Deutschen zum Nutzen der deutschen Volksstämme zu erfüllen, die Freiheit und Unabhängigkeit des Reiches zu schützen, den deutschen Stämmen und dessen Heimat-Reich treu zu sein, deren Kulturen, Traditionen, Sprachen, Zugang zu Gott zu achten, zu ehren und zu pflegen.*

Eidbruch ist Verrat an den deutschen Stämmen und führt zu Acht und Bann, dazu zur dauerhaften Aberkennung der Staatsbürgerschaft „mittelbare Reichsangehörigkeit“ sowie des Aufenthaltsrechtes!



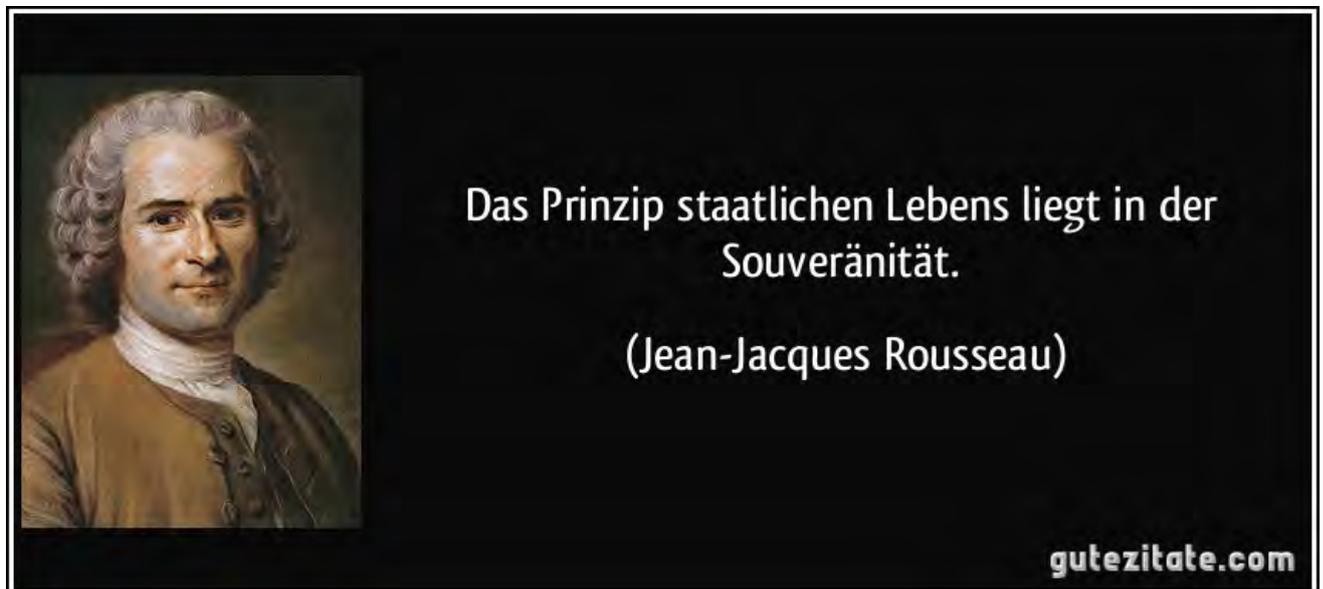


## **Unabhängigkeit (Souveränität)**

**Ursache angloamerikanische Treuhandverwaltung „Bundesrepublik Deutschland“: Alle Völker leiden durch den weltweiten Kriegszustand und Kolonialismus!**

### **Notwendige Maßnahmen:**

- Souveränitätsbestrebungen von einzelnen Völkern in sog. „Kunststaaten“ und/ oder Kolonien sollten stets durch Referenden unter international unabhängiger Beobachtung des Völkerbundes in den betreffenden Staaten entschieden werden und sind danach im internationalen Völkerbund nach Völkerrecht durch das Heimatreich der deutschen Stämme anzuerkennen.
- Der Schutz von Volksminderheiten wird vom Heimatreich der Deutschen im internationalen Völkerbund garantiert und auf dem deutschen Heimatgebiet sichergestellt.



## **Nationalfarben, Hoheitsadler, Staatsflagge, Siegel und Nationalhymne**

Die Staatsflagge und das Hoheitszeichen bildet ein reformierter deutsch-preußischer Adler mit Wappenschild auf der Brust mit dem Heiligen Drachentöter St. Georg. Der Adler trägt in dem rechten Fang das Schwert und in dem linken Fang das Zepter. Über dem Haupt des stolzen Adlers schwebt die königliche Krone der deutschen Stämme.

Die einzelnen Stämme und Regionen führen wieder die ursprünglich- traditionellen Wappen, welche alle von römischen Fremdbeeinflussungen bereinigt werden.

Der Hoheitsadler ist auch das staatliche Siegel.

Den Hoheitsadler, Staatsflagge und Siegel des deutschen Heimatreiches und dessen Stämme dürfen ausschließlich nur von dessen staatlichen Regierungsorganisationen und den Stammesführern verwendet werden!



Entwurf künftiger Hoheitsadler der Deutschen

**Nationalfarben in der Kombination Gold-Rot-Schwarz auf weißer Basis:**

- Gold für eine goldene Zukunft
- Rot für die Blutlinien der Stämme
- Schwarz für die Heimaterde
- Weiße Basis für die göttlichen Tugenden

## Die Nationalhymne der deutschen Stämme

### 1. Strophe

Auferstanden aus Ruinen und der Zukunft zugewandt,  
lass uns dir zum Guten dienen, unser deutsches Heimatreich.  
Alte Not gilt es zu zwingen und wir zwingen sie vereint,  
denn es wird uns gelingen, dass die Sonne schön wie nie  
über unsere Heimat scheint.

### 2. Strophe

Glück und Friede sei beschieden oh unser deutsches Heimatreich.  
Alle Völker sehnen sich nach Frieden, reicht den Völkern eure Hand.  
Wenn wir brüderlich uns einen, schlagen wir des Volkes Feind.  
Lasst das Licht des Friedens scheinen,  
dass nie eine Mutter mehr ihren Sohn beweint.

### 3. Strophe

Lasst uns pflügen, lasst uns bauen, lernt und schafft wie nie zuvor  
Gott - der eignen Kraft vertrauend, steigt ein freies Geschlecht empor.  
Deutsche Jugend, bestes Streben unsrer Stämme in dir vereint,  
wirst du Heimat neues Leben.  
Und die Sonne schön wie nie über unsere Heimat scheint.

